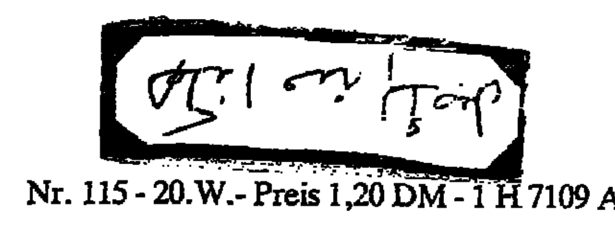


Donnerstag, 17. Mai 1984 - D * * *

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 115 - 20.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 130,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Philippinen: Staatspräsident Marcos hat sich zum Sieger der Wahlen erklärt. Inoffizielle Erfolgsmeldungen der Opposition wies Marcos als falsch zurück. Seine Partei habe etwa 140 der 183 Wahlkreise erobert. (S. 5)

Präsidentenwahl: Die Grünen haben die 73jährige Schriftstellerin Luise Rinser als Gegenkandidatin zu dem CDU-Politiker von Weizsäcker aufgestellt.

BAFöG: Die Umstellung der Studentenförderung auf Darlehen hatte nach Angaben des Deutschen Studentenwerks eine „abschreckende Wirkung". 1983/84 seien insgesamt mehr als 180 Millionen Mark weniger ausgegeben worden als ein Jahr zuvor, obwohl die Studentenzahl um sechs Prozent gestiegen sei.

Westliche Allianz: Ein Streit zwischen Griechenland und der Türkei überschattete die NATO-Frühjahrstagung in Brüssel. Athen lehnte türkische Pläne ab, Anti-Schiffs-Raketen des Typs Harpoon einzuführen und drohte, die Beschlüsse über die Streitkräfteziele zu torpedieren. (S. 10)

Olympia: Als neuntes Land hat Ungarn seinen Verzicht auf die Teilnahme an den Sommerspielen in Los Angeles erklärt. Die USA leisteten nicht die erforderlichen Sicherheits-Garantien für die Sportler.

Golfkrieg: Iran hat mit der totalen Lähmung des Schiffsverkehrs im Golf für den Fall gedroht, daß Irak die Zufahrt zum iranischen Ölterminal Kharg sperrt. Der Golf sei entweder für alle da oder für niemanden. Von einem nicht identifizierten Flugzeug wurde im Golf wieder ein saudischer Supertanker in Brand geschossen.

El Salvador: Der Zentrale Wahlrat lehnte eine Neuauszählung der Stimmen bei der Präsidentschafts-Stichwahl ab und bestätigte den Christdemokraten Duarte als Sieger. (S. 5)

China/Vatikan: Peking bekräftigte, daß es so lange keine Kontakte zum Vatikan geben werde, wie der Heilige Stuhl sich in die religiösen Angelegenheiten Chinas einmische und Beziehungen zu Taiwan unterhalte.

Nahost: Israelische Truppen in Südlibanon haben bei der Fahndung nach Terroristen das palästinensische Flüchtlingslager Ein el Hilweh südlich von Sidon gestürmt. Angeblich nahmen sie 150 Menschen fest und beschädigten oder zerstörten 20 Häuser.

Heute: Kanzler Kohl und Außenminister Genscher zu offiziellem Besuch nach Spanien. – OECD-Ministerratstagung in Paris. – SPD-Parteitag beginnt in Essen. – Zweite Runde der iranischen Parlamentswahlen.

ZITAT DES TAGES



»Die Partei muß lernen, in wichtigen Fragen eine eigenständige Position zu entwickeln. Wir sind weder der verlängerte Arm des DGB noch der Friedensbewegung«

Der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Hans Apel, in einem „Bunte"-Interview FOTO: L. KUCHARZ

WIRTSCHAFT

Bayer AG: Der Welt-Umsatz stieg im ersten Quartal 1984 gegenüber dem Vorjahrszeitraum um 20,6 Prozent auf 10,936 Milliarden DM und der Gewinn vor Steuern um 40,1 Prozent auf 636 Millionen. Für 1983 soll eine um drei auf sieben DM erhöhte Dividende gezahlt werden. (S. 13)

China: Die Industrieproduktion soll in diesem Jahr um fünf Prozent, die Agrarproduktion um vier Prozent steigen, teilte das Planungsministerium mit.

US-Zinsen: Die jüngste Erhöhung der Zinssätze wird die Schuldenlast der armen Länder allein in diesem Jahr um 1,25 Milliarden Dollar steigern, schätzt die Weltbank.

Börse: Die deutschen Aktienmärkte haben sich gestern weiter erholt. Auch am Rentenmarkt herrschte deutlich bessere Stimmung. WELT-Aktienindex 149,9 (148,9); Dollarmittelkurs 2,7362 (2,7537) Mark; Goldpreis je Feinunze 374,80 (373,25) Dollar.

KULTUR

Gauguin: Für den Rekordpreis von 10,6 Millionen Mark hat Paul Gauguins „Mata Mua" auf einer Auktion in New York den Besitzer gewechselt. Das Gemälde wurde im Auftrag von Baron Hans Heinrich Thyssen ersteigert.

Wörterbuch: Der Oxford English Dictionary, das größte Wörterbuch der englischen Sprache, wird mit einem Aufwand von 28 Millionen Mark, an dem sich auch Firmen beteiligen, in einen Zentralcomputer eingegeben. Eines Tages soll er von jedermann gegen Gebühr per Heimcomputer konsultiert werden können.

SPORT

Fußball: Das Erste Deutsche Fernsehen (ARD) wird das Länderspiel zwischen Weltmeister Italien und Vize-Weltmeister Deutschland am 22. Mai in Zürich ab 20.10 Uhr live übertragen. Spielbeginn ist um 20.15 Uhr.

Olympia: Die afrikanischen Nationen werden an den Spielen in Los Angeles teilnehmen. An einen Boykott sei nicht zu denken, meinte Amadou Lamine Ba, Generalsekretär des Obersten Afrikanischen Sportrates. (S. 8)

AUS ALLER WELT

Airbus: Einst als „Pilger-Dampfer" verspottet, hat der Europäische Airbus die US-Konkurrenz in zehn Jahren das Fürchten gelehrt. Heute fliegen knapp 300 Maschinen. (S. 22)

Krebsmittel: Wissenschaftler der Johns Hopkins-Universität in Baltimore haben ein neues Krebsmittel entwickelt, das angeblich in der Lage ist, gleichzeitig die körpereigenen Abwehrstoffe zu aktivieren und direkt das Wachstum der Krebszellen zu stören. (S. 22)

Wetter: Etwas freundlicher, vereinzelt Schauer. 16 bis 21 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Streiks bei Regionalzeitungen behindern den WELT-Vertrieb. Wo irgend möglich, wird auf Zustellung per Post umgestellt.

Steinkühler: „Vorhutgefecht" für Machtkampf in Europa

Der Streik in der Metallindustrie wirkt sich auch im Ausland aus

SAD/DW. **Rotterdam/Bonn**

Der zweite IG-Metall-Vorsitzende Franz Steinkühler hat die derzeitigen Streiks in der Bundesrepublik Deutschland als „Vorhutgefecht" eines langfristigen Machtkampfes auf europäischer Ebene zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern definiert. Es gehe um prinzipielle Dinge und nicht um regionale Arbeitskonflikte, so zitierte die in Rotterdam erscheinende Zeitung „Algemeen Dagblad" gestern Steinkühler.

Auf die Frage seines Interviewers „Was ist nun die Wahrheit – daß Sie die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich erreichen?" antwortete der IG-Metall-Spitzenfunktionär: „Einen Arbeitskampf kann man nicht mit dem Rechenlineal führen. Das materielle Ergebnis steht nie fest. Die Wahrheit ist, daß es ein harter Kampf sein wird." Und auf die Zusatzfrage „Auch deshalb, weil von jenseits der Grenzen zugeschaut wird?" antwortete Steinkühler: „Auch das spielt eine Rolle. Der Einsatz könnte sehr wohl ein Kampf um neue Machtverhältnisse in der europäischen Gesellschaft werden – nämlich ob die Arbeitgeber für zehn Jahre freie Hand bekommen oder nicht. Sie haben sich für den Kampf entschieden."

Den Einwand, daß durch das Verhalten der Gewerkschaften der sich abzeichnende Wirtschaftsaufschwung zunichte gemacht werden könnte, wies Steinkühler zurück: „Ich sehe überhaupt keinen Wirtschaftsaufschwung." Zur Situation von Arbeitnehmern jener Unternehmen, die als Folge der Streikwelle

SEITE 2:
Das Vorhutgefecht
SEITEN 3 UND 10:
Weitere Beiträge

gezwungen sind, ihre Werke zu schließen, erklärte der Gewerkschaftsführer: „Wenn Kohl zuläßt, daß diese nach Hause geschickten Leute keine Arbeitslosenunterstützung erhalten, dann müssen wir wohl unsere Aktion beenden. Aber dann ist in diesem Lande ein politischer Konflikt mit weitreichenden Konsequenzen da. Unsere Schwesterorganisationen in den Nachbarländern werden uns in einem solchen Fall nicht im Stich lassen."

Der Vorstand der Bundesanstalt für Arbeit will morgen entscheiden, ob die von den Produktionsdrosselungen betroffenen Arbeitnehmer Kurz- oder Arbeitslosengeld erhalten sollen oder nicht. Neben BMW haben bereits Audi und andere Automobilunternehmen außerhalb des Streikgebiets angekündigt, wegen fehlender Zulieferungen Werke stillzulegen. *Die Streiks wirken sich auch im benachbarten Ausland aus.* Das BMW-Motorenwerk in Steyr müßte bei einem Anhalten des Arbeitskampfs in der kommenden Woche die Produktion um 20 Prozent einschränken. Gefährdet werden auch die Arbeitsplätze von 37 500 Belgiern. Die fünf in Belgien angesiedelten Automontagefabriken ausländischer Unternehmen haben im vergangenen Jahr mehr als 972 000 Kraftfahrzeuge vom Fließband laufen lassen. Sie alle sind vom Materialnachschub aus deutschen Firmen abhängig.

DER KOMMENTAR

Gefahr im Verzug

HERBERT KREMP

Die Bonner Koalition kleinzukriegen, ist keine Kunst – die Beteiligten müssen es nur selber tun auf dem selbstgewählten Nebenkriegsschauplatz der Spendenamnestie. Der Gesetzentwurf wurde gestern quittiert. Aber die Wellen der Empörung, die Wogen der Enttäuschung, der Heuchelei und der Ressentiments gehen weiter hoch. Wenn der Bundestag in der kommenden Woche über die Sache debattiert, wird es nicht der Reinigung, sondern der Bezichtigung wegen geschehen. Die Parteien werden Schaden nehmen. Auch die SPD kann niemandem weismachen, sie sei gut und rein wie die lieben Engelein.

Daß die Opposition das Scheitern der Regierung in einer spektakulären *Sache öffentlich notiert*, gehört zu ihren Rechten und Ritualen. Bedeutungsvoller sind die knirschenden Geräusche aus dem Regierungslager. Das hört sich so an, als würden Gelenke ausgekugelt. Der FDP-Vorsitzende befindet sich in einer schmerzlichen Lage. Seine Partei führt ihn vor, die CSU führt ihn vor, und der Kanzler wird ihn im Parlament vorführen, wenn er dort sein Ja zu dem Amnestie-Entwurf vertritt, den er ja keineswegs allein erfunden hat. Genscher sieht sich von allen Seiten und aus den verschiedensten Motiven bedrängt. Verglichen damit war seine Wende eine gut ausgefahrene Kurve.

Die Union, in erster Linie die CSU, muß sich fragen, welchen Gewinn es bringt, wenn sie sich an der Genscher-Beutelei beteiligt. Die Frage Gerold Tandlers, was das Wort der FDP noch wert sei, ist nicht unberechtigt. Zu den Interessen der Koalition, in deren Vereinbarungen von Amnestie nicht die Rede war, paßt es jedoch wie die Faust aufs Auge. Formulierungen wie „Wortbruch Genschers" und *„Umfall der FDP"* gleichen Pfeilen mit Widerhaken. Was haben diejenigen, die jetzt so daherreden, eigentlich zu bieten? Haben sie eine Mehrheit ohne FDP im Hut? Den Versuch, die Regierungsmehrheit auf eine Minderheitsregierung herunterzubringen, sollten die homerischen Helden lieber der Opposition überlassen.

Die SPD wird in der Debatte vom 24. Mai durch einen Entschließungsantrag zur Spendensache Heiligenschein verbreiten und verwirrte FDP-Abgeordnete zur Zustimmung locken. Wer weiß, ob das gelingt. In der angeschlagenen FDP gibt es Stimmen, die einer angeblichen Gesundung in der Opposition das angebliche Siechtum in der Regierung vorziehen. Ein Alarmsignal für den Kanzler.

Auch Kohl ist über FDP enttäuscht

Erregte Telefonate zwischen dem Kanzler und Strauß / Amnestie-Entwurf zurückgezogen

MANFRED SCHELL, **Bonn**

Bundeskanzler Helmut Kohl und der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß hatten sich für den gestrigen Abend in Bonn verabredet, um über die Zukunft der Koalition nach dem gescheiterten Amnestiegesetz zu sprechen. Vorausgegangen waren zwei zum Teil erregte Telefongespräche zwischen beiden Politikern. Dabei hatte Strauß Zweifel an der Verläßlichkeit der FDP als Koalitionspartner geäussert und die Frage nach der Zukunft des FDP-Vorsitzenden Genscher aufgeworfen. Jedenfalls sei jetzt das Führungspersonal der FDP entscheidend beschädigt.

Bundeskanzler Helmut Kohl ist offenkundig enttäuscht über die Haltung der FDP, aber er versucht, den Schaden für die Koalition insgesamt zu begrenzen. Aus der Sicht des Bundeskanzlers zumindest gibt es keine Alternative zur Koalition mit den Freien Demokraten. Freilich macht man sich auch im Bundeskanzleramt Gedanken über die Zukunft des FDP-Vorsitzenden Genscher. Es ist bekannt, daß dieser schon früher erwogen hat, den Parteivorsitz abzugeben. Damals dachte Genscher noch an Graf Lambsdorff, was jetzt nach dem laufenden Ermittlungsverfahren gegen den Minister und der Stimmung in der FDP nicht mehr denkbar ist. Auch gab es vor nicht allzu langer Zeit Spekulationen, Genscher werde

SEITE 2:
Vogel-Gate
SEITE 4:
Weitere Beiträge

sich ganz aus der Bonner Politik zurückziehen und das Amt des EG-Präsidenten anstreben. Dafür ist jetzt freilich der CDU-Politiker Kurt Biedenkopf im Gespräch.

Nicht nur bei der CSU-Führung, auch im Bundeskanzleramt, wird die Frage nach den Perspektiven für die Koalition gestellt. Bundeskanzler Kohl hat von Anbeginn erklärt, seine Strategie sei es, ein langfristiges Bündnis mit der FDP, auf 8 bis 12 Jahre, zu begründen. Strauß, so wurde im Hinblick auf den gestrigen Abendtermin erwartet, werde jetzt den Kanzler fragen, ob dieses Ziel angesichts der Entwicklung in der FDP und dem Verschleiß Genschers noch realistisch sei. Bereits in den vergangenen Tagen war in der CSU-Führung zu hören, man hätte doch im Herbst 1982 die absolute Mehrheit anstreben sollen. Kohl war damals dieses Spiel zu riskant. Er setzte auf die FDP und wurde bestätigt.

Ungeachtet aller Kritik aus der CSU gibt es auch aus deren Sicht keine Alternative zu dieser Koalition zumindest bis 1987. Eine Große Koalition kommt aus unterschiedlichen Gründen nicht in Betracht.

● **Fortsetzung Seite 10**

US-Kongreß tritt für Sacharow ein

DW. **Washington**

Das amerikanische Repräsentantenhaus hat in einer durch Akklamation angenommenen Entschließung das Verhalten der sowjetischen Behörden gegenüber dem Dissidenten Andrej Sacharow und dessen Frau Jelena Bonner verurteilt und eine Ausreisegenehmigung für das Ehepaar gefordert. Der Frau des sowjetischen Atomwissenschaftlers müsse *gestattet werden, zur medizinischen* Behandlung in den Westen auszureisen, heißt es in der Resolution. Gegen die mit dem Fall Sacharow verbundenen sowjetischen Menschenrechtsverletzungen wurde scharf protestiert.

Der Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten hat eine ähnliche Entschließung angenommen, die gestern vom Plenum des Senats verabschiedet werden sollte. Sacharow befindet sich nach Angaben aus sowjetischen Dissidentenkreisen seit 13 Tagen im Hungerstreik, um die sowjetischen Behörden zu zwingen, seiner Frau – die selbst im Hungerstreik ist – die Ausreise in den Westen zu gestatten.

Die Bundestagsfraktion der Grünen hat beim sowjetischen Parteichef Konstantin Tschernenko gegen „die unmenschliche Behandlung des Ehepaars Sacharow" protestiert. In einem Telegramm forderten die Grünen den Generalsekretär der KPdSU gestern auf, Sacharows Frau Jelena Bonner eine Reise ins Ausland zu gestatten, damit sie sich dort behandeln lassen und ihre Kinder und Mutter besuchen könne.

Seite 10: Sorge um Sacharow

Mitterrand kritisiert Kreml-Politik

DW. **Oslo/Bonn**

Der französische Staatspräsident François Mitterrand hat der Sowjetunion vorgeworfen, in der Verhärtung der Ost-West-Beziehungen nach der NATO-Nachrüstung im Westen zu weit gegangen zu sein. Mitterrand sprach auf einer Pressekonferenz zum Abschluß seines Staatsbesuchs in Norwegen.

Der Präsident ließ es offen, ob er, wie geplant, noch in diesem Jahr die Sowjetunion besuchen werde. Aus französischen Kreisen verlautete jedoch, Mitterrand habe Zweifel, ob für einen Besuch bei Konstantin Tschernenko der richtige Zeitpunkt gegeben sei, und erwäge, eine solche Reise unter Umständen bis nach den amerikanischen Präsidentschaftswahlen am 6. November zu verschieben.

Auf Fragen der Journalisten eingehend, sagte der französische Staatspräsident, es sei notwendig, daß der Dialog zwischen den Supermächten *fortgesetzt* werde. Er fürchte jedoch, daß sich das Klima der Ost-West-Beziehungen noch weiter verschlechtern werde, bevor es zu einer Wiederaufnahme der Genfer Verhandlungen kommen werde.

Im Falle eines Besuchs in Moskau will Mitterrand auch das Problem der Wahrung der Menschenrechte zur Sprache bringen. Er werde die „gleichen Ansichten wie gestern in Washington" vertreten und den „gleichen offenen Ton anschlagen", führte der Präsident aus, ohne den sowjetischen Olympia-Boykott und den Hungerstreik des Ehepaares Sacharow direkt zu erwähnen.

Häuser werden weiter billiger

Immobilienmarkt: Preisverfall hält nach wie vor an

HANS BAUMANN, **Köln**

Die Konsolidierung des westdeutschen Immobilienmarktes hält weiter an. In Problemregionen wie den Küstenstädten, im Ruhrgebiet und im Saarland sind die Preise für Ein- und Zweifamilienhäuser allein im vergangenen Jahr um rund 20 Prozent und zum Teil darüber *hinaus gefallen*. Seit 1981 sind die Preise im Durchschnitt der Bundesrepublik um 17 Prozent zurückgegangen.

Diese Tendenz hält auch im laufenden Jahr an. Die Nachfrage ist schwach, die Verschuldungsangst behindert nach Auskunft des Rings Deutscher Makler (RDM) den Neubau, und gebrauchte Häuser werden in hoher Zahl angeboten.

Der Marktverlauf hat nach Auskunft des Präsidenten des RDM, Rudolf Hübenthal, auf der Jahrestagung in Köln, dazu beigetragen, daß der Preisabstand zwischen Reihenhäusern und freistehenden Einfamilienhäusern immer stärker zusammengeschmolzen ist. Noch vor fünf Jahren waren Reihenhäuser um gut ein Drittel preiswerter als freistehende Häuser. Zur Zeit liegt der Preisabstand nur noch zwischen 15 und 20 Prozent. Reihenhäuser werden vom Ring Deutscher Makler aufgrund des geringeren Grundstückanteils als vergleichsweise teuer bezeichnet. In Problemgebieten werden Reihenhäuser nicht selten schon für weniger als 50 Prozent des Preises von 1980 angeboten.

Die Mieten für neuerrichtete freifinanzierte Wohnungen sind nach einer Stagnation im Vorjahr neuerdings auf dem Rückmarsch. Das Minus wird für Ballungsräume mit sieben Prozent angegeben, in kleineren Groß- und in den Mittelstädten jedoch nur mit zwei Prozent. Lagen die Durchschnittsmieten vor einem Jahr noch bei 12 Mark je Quadratmeter, so haben sie sich auf 9,20 bis 11 Mark reduziert. Nur noch Stuttgart, Köln und Hannover meldeten konstante Mieten für Wohnungen.

Bemerkenswert ist das Preisgefälle von süd- zu norddeutschen Großstädten. Der RDM beziffert es für vergleichbare Häuser auf bis zu 200 000 Mark. Die Makler rechnen mit einer *weiteren Zunahme des Angebotes* gebrauchter Häuser. Das stärkere Angebot stammt zum Teil aber auch aus Notverkäufen. Ein Ende des Käufermarktes können die Makler nicht sehen.

Der RDM empfiehlt Bauherren und Käufern, die in Zahlungsschwierigkeiten geraten, eine Zwangsmaßnahme ihrer Immobilie zu vermeiden, weil damit regelmäßig beträchtliche Verluste verbunden sind.

Im Trend der Häuser liegen auch die Grundstückspreise. Seit 1981 sind diese Preise für Ein- und Zweifamilienhäuser um durchschnittlich fünf Prozent gefallen.

Kommt der Führerschein auf Probe?

HANS-J. MAHNKE, **Bonn**

Der *„Führerschein auf Probe"* für alle Fahranfänger der Klassen 1 bis 4 und der Stufenführerschein für Motorräder gehören zu den wichtigsten Vorschlägen des Verkehrssicherheitsprogramms 1984, das gestern vom Bundeskabinett gebilligt wurde. Danach sollen die Geschwindigkeits-Regelungen *nicht* verändert werden.

Insgesamt: Die Bundesregierung wolle auch in diesem Bereich, wie Bundesverkehrsminister Werner Dollinger erklärte, nicht so sehr auf mehr Gebote und Verbote setzen. „Nicht mehr Staat, sondern mehr Eigenverantwortung ist gefragt." Daher werde der Verkehrserziehung und der Aufklärung Vorrang eingeräumt.

Allerdings bedeuteten mehr als 11 700 Tote, fast eine halbe Million Verletzte im vergangenen Jahr und volkswirtschaftliche Schäden in Höhe von *38 Milliarden Mark* einen aus der Sicht der Bundesregierung nicht hinnehmbaren Zustand. Sorge bereiteten auch die in letzter Zeit leicht steigenden Unfallzahlen. Daher hat sich Dollinger für ein Verwarnungsgeld von 40 Mark für Gurtmuffel ausgesprochen. Die Gurtanlegepflicht soll auch auf Rücksitze ausgedehnt werden, zunächst jedoch ohne Verwarnungsgeld.

Aus der Unfallentwicklung der vergangenen Jahre ergebe sich, daß vor allem junge Pkw- und Motorradfahrer besonders häufig an Verkehrsunfällen beteiligt gewesen sind. Mit dem Führerschein auf Probe solle das Gefährdungsrisiko der Fahranfänger nachhaltig abgebaut werden. Dieses Modell sieht so aus:

- Die Dauer der Probezeit beträgt zwei Jahre.
- Von mangelnder Bewährung wird dann ausgegangen, wenn der Fahranfänger während dieser Zeit gewichtige Verkehrszuwiderhandlungen begangen hat.
- Es werden drei Punkteschwellen vorgesehen. Nach der ersten Stufe wird ein Nachschulungskursus vorgeschrieben. Nach der zweiten Stufe muß die Fahrerlaubnisprüfung wiederholt werden und nach der dritten Stufe muß ein medizinisch-psychologisches Eignungsgutachten beigebracht werden.

Da die Motorradfahrer besonders gefährdet seien, solle die bisherige Teilung des Führerscheins Klasse 1 in Leichtkrafträder (Klasse 1 b) und Motorräder erweitert werden. Und zwar soll die Fahrerlaubnis für Motorräder ohne Leistungsbeschränkung erst ab einem Alter von 20 Jahren erworben werden dürfen. 18- und 19jährige sollen lediglich ein Motorrad mit einer Leistung von bis zu 27 PS fahren dürfen.

Überarbeitet werden solle auch die Abgrenzung der Fahrerlaubnisklassen 2 und 3. Gegenwärtig wird sie durch ein zulässiges Gesamtgewicht des Fahrzeugs von 7,5 Tonnen bestimmt, während international 3,5 Tonnen üblich sind.

Auch in Zukunft werde es bei der Eintragung in die Flensburger Verkehrssünderkartei bleiben. Das Punktesystem solle jedoch verbessert werden. Dabei werde auch die freiwillige Nachschulung gegen „Punktabzug" in das System eingebaut werden.

Die Bundesregierung appelliert an Länder und Gemeinden, die Flut der Verkehrszeichen auf ihre Notwendigkeit hin zu überprüfen. Der Verkehrsminister werde einen Versuch „Verkehrszeichenarme Stadt" unterstützen. Technische Vorschriften zur Verbesserung der Fahrzeugsicherheit können in der EG in der Regel nur gemeinsam verändert werden.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Das Vorhutgefecht

Von Wilfried Hertz-Eichenrode

Franz Steinkühler ist für den Freimut zu danken, mit dem er enthüllt, worum es der IG Metall beim gegenwärtigen Arbeitskampf wirklich geht. Folgt man ihm, so haben wir es mit einem Aufmarsch der Gewerkschaften im europäischen Maßstab zum Machtkampf mit den Arbeitgebern um die Gestaltung der dritten industriellen Revolution zu tun. In diesem Sinn nennt Steinkühler die Streikwelle in Deutschland ein „Vorhutgefecht".

Nimmt man ernst, was er sagt, dann sieht sich die IG Metall als Speerspitze der europäischen Gewerkschaftsbewegung. Da sie die mächtigste Einzelgewerkschaft der Welt ist, käme ihrem Sieg oder ihrer Niederlage für die europäischen Gewerkschaften Signal-, wenn nicht Symbolwert zu. Folgerichtig räumt Steinkühler ein, daß es sich bei den Streiks im Südwesten und in Hessen nicht um regionale Arbeitskonflikte handele. Es gehe um Prinzipielles. Der Vorstand der Nürnberger Anstalt für Arbeit wird diese Auskunft auf die Goldwaage legen, wenn er am Freitag beschließt, ob – und wenn ja: in welchem Umfang – die Anstalt das Lohnrisiko für die Arbeitnehmer jener Betriebe übernimmt, die zwar nicht bestreikt werden, aber als Folge des Streiks die Produktion einstellen müssen.

Und hier findet sich wohl die Erklärung für Steinkühlers europäische Gedankensprünge. Mit der ihm eigenen Direktheit hat er zugegeben, daß die IG Metall ihre Aktion abbrechen müsse, wenn „diese nach Hause geschickten Leute keine Arbeitslosen-Unterstützung erhalten". Im Klartext: Wenn Nürnberg mit den Geldern der Versicherten nicht die Funktion einer erweiterten Streikkasse der IG Metall übernimmt, dann geht der Gewerkschaft die Luft aus.

Steinkühler hält sich nicht damit auf, die Verantwortung für die Nürnberger Entscheidung dem Anstaltspräsidenten Franke aufzubürden, er lädt sie schon im Voraus keinem Geringeren als dem Bundeskanzler auf die Schultern. Und damit Kohl auch weiß, was Sache ist, droht er ihm einen geballten politischen Konflikt europäischen Ausmaßes an, denn die europäischen Brudergewerkschaften würden die IG Metall nicht im Stich lassen. Selten ist leichtfertiger mit dem Feuer gespielt worden.

Vogel-Gate

Von Enno v. Loewenstern

Irgendwie muß sich der SPD-Fraktionsvorsitzende Vogel doch seltsam vorkommen, wenn er abends sein von Sorge um die Reinheit unserer Demokratie zerfurchtes Antlitz im Spiegel betrachtet. Einen Anschlag auf den Rechtsstaat, einen Hauch von Watergate hat er in der Amnestievorlage entdeckt. Wessen Watergate?

Vogel tut so, als wolle die Koalition einen bestimmten Kreis, nämlich „ihre" Spender, vor den strafrechtlichen Folgen argen Tuns schützen. Vor allem: ihre Abgeordneten; denn auf SPD-Seite ist niemand bekannt, der Spenden aquiriert und nun die tapfere Staatsanwaltschaft Bonn zu fürchten hätte.

Nur eben: Natürlich ist auch zur SPD das große Geld geflossen, womöglich mehr als zu den Koalitionsparteien. Aber die Spender sind unbekannt geblieben, die Aquisiteure auch. Denn der unvergeßliche Parteikassier Nau hat alles – die Zahlen schwanken zwischen sechs und neun Millionen Mark – als eine Großspende verbucht. Er hat alle Unterlagen vernichtet, er hat nichts im Bundesanzeiger veröffentlicht. Als der heutige Parteikassier Halstenberg ihn fragte, wer die Spender seien, erwiderte Nau: Fritz, das sage ich auch dir nicht.

Das waren kriminelle Handlungen in großem Stil. Nau nahm sie auf seinen breiten, solidarischen Genossenbuckel. Man kann ihn heute nicht einmal mehr fragen, denn er ist gestorben. Graf, dieser Mortimer starb Euch sehr gelegen. Es gibt nur noch eine Möglichkeit der Abhilfe: wenn die SPD-Fraktion demnächst geschlossen zur großen Bundestagsdebatte über die Amnestiefrage antritt, dann sollte der Bundeskanzler jeden SPD-Abgeordneten bitten, der Spenden eingesammelt hat und dank Naus Fälschungen und Urkundenvernichtungen unbekannt geblieben ist, sich zu melden. Hilfsweise müßte Vogel vortreten und bekennen, was er über Naus Machenschaften weiß. Es sei denn – und dann müßten wir alle Nau Abbitte leisten –, Vogel könnte beweisen, daß ein himmlisches Wunder Naus Truhen mit Sterntalern füllte.

Schiffe versenken

Von Jürgen Liminski

Am Golf wird ein altes Spiel Wirklichkeit: Schiffe versenken. Irak und Iran schießen fast täglich einen Supertanker manövrierunfähig, in dieser Woche schon fünf. Die Tanker fahren für die Saudis, für Kuweit und Iran. Sie exportieren alle Rohöl in westliche Länder.

Die Eskalation zeigt zunächst zweierlei: Zum einen weiten beide Kriegsparteien ihren verbissenen Kampf auf unbeteiligte Dritte aus, um die Einnahmen des Gegners und somit dessen Kapazität zur Fortsetzung des Kriegs zu schmälern. Zum anderen handhaben beide, wohl auch mit Söldnerhilfe, moderne Waffensysteme.

Irak wird Ende des Jahres eine zweite Pipeline über die Türkei in Betrieb nehmen und dann als kaufkräftiger Waffenkunde auf dem westlichen Markt auftreten können. Wenn es Iran nicht gelingt, bis zu diesem Zeitpunkt eine Entscheidung herbeizuführen, fährt der Golfzug in die Zukunft ohne die Revolutionäre ab. Möglicherweise aber auch ohne die Amerikaner und die meisten Europäer. Bagdad hat sich in letzter Zeit mißbilligend über die Nahostpolitik Washingtons geäußert und gleichzeitig die Beziehungen zu Moskau wieder gefestigt. Seitdem fließt der Waffennachschub in einer Fülle, die das Regime Saddam Hussein wieder zu mittelfristigen Prognosen ermuntert. In diesen Plänen kommt von den westlichen Staaten nur Frankreich als nennenswerter Faktor vor.

Es ist ein billiger Trost für den Westen, zu wissen, daß die Meerenge von Hormus nicht direkt gefährdet ist und daß vorerst nur die Versicherungsprämien für Fahrten in den Golf steigen. Die iranischen Schüsse auf saudische Tanker in saudischen Hoheitsgewässern signalisieren noch ein weiteres: Die Revolutionäre in Teheran schrecken auch hier vor einem Bruch des Völkerrechts nicht zurück. Das ist sozusagen nur eine der kleineren Übungen. Größere und gefährlichere wären Sabotageakte in Saudi-Arabien selber. Diese Aussicht und die wilde Entschlossenheit der Mullahs muß die Prinzen in Riad, die Hauptfinanziers Saddam Husseins, beunruhigen. Das Golf-Spiel wird immer ernster.



Klar zur Spenden-Wende! ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Die Pest von heute

Von Werner Kahl

Eines Tages wird die Kriminalität für den Bürger eine ähnliche Rolle spielen wie im Mittelalter Pest und Pocken. Diese Befürchtung hat der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Wolfgang Zeidler, unverhohlen in einem Aufsatz ausgesprochen – bewegt durch einen Vergleich der Kriminalitätsstatistiken. Als 1967 die Zahl der Straftaten in der Bundesrepublik Deutschland erstmals die Zweimillionengrenze überschritt, wurde dies als „schockierend" angesehen. Für das Jahr 1983 registriert die Polizei bereits 4,3 Millionen Straftaten. Und die Kurve steigt an, wenn auch im letzten Jahr flacher.

Zeidler wurde bei einer Unionsveranstalteten Anhörung zur Kriminalitätsbekämpfung diese Woche im Deutschen Bundestag zitiert. Die letzte solche Anhörung liegt fast sechzehn Jahre zurück. Die Teilnehmer waren sich einig, daß die Kriminalitätsentwicklung nicht allein mit der Technik des repressiven Apparats umgekehrt werden kann. Die Bekämpfung muß bei den Wurzeln anfangen; also: die Erziehung des jungen Menschen, von den 68er Reformrevoluzzern mit der antiautoritären Phrase torpediert und danach von einer Säurewelle zur Auflösung der ethischen Werte überrollt, muß wieder in den Vordergrund rücken.

Bei der Anhörung hieß es wieder einmal: Wir sind alle gefordert, Vorbilder abzugeben. Wie macht man das? Ideales Benehmen allein genügt nicht immer, es muß eine vernünftige Familienpolitik, es müssen staats- und wertebejahende Unterrichtsinhalte und Lehrpläne entwickelt werden. Jugendschutz gegen Video-Auswüchse, nur weil das Monopol-Fernsehen um seine Vormacht bangt, ist wirklich nicht genug.

Die Anhörung räumte mit einem ehrwürdigen Vorurteil auf: Mittellosigkeit etwa als Folge von Arbeitslosigkeit ist bei sogenannten Bereicherungstätern nicht (jedenfalls längst nicht mehr) das bestimmende Motiv. Mangelnde Moralerziehung und Besitzwunsch bilden hier vielmehr eine „Strudelwirkung". Der Züricher Professor Schmidtchen sagte, wirtschaftliches Wachstum und Verteilungspolitik hätten zwar die Armut abgebaut, zugleich aber neue Wünsche geweckt. Kinder werden kaum noch dazu erzogen, zu sparen und sich einen Wunsch einmal nicht zu erfüllen. Die geringe „Kapazität" an „Bedürfnisaufschub" mache kriminelles Verhalten wahrscheinlicher, zumal äußere soziale Kontrollen entfielen. Der neue „moralische Realismus" (Schmidtchen) drücke sich in der Haltung aus: Wer stehle, werde bestraft, wo aber kein Kläger und demzufolge auch kein Richter sei, sei das Stehlen gewissermaßen erlaubt.

Der frühere niedersächsische Justizminister Professor Hans-Dieter Schwindt (Universität Bochum) wies auf ein weiteres widerlegtes Vorurteil hin: weniger die Höhe der Strafe als vielmehr das „Erfolgsrisiko" – die Wahrscheinlichkeit, gefaßt zu werden – sei für das Verhalten des potentiellen Täters entscheidend. Es müßte also das Personal der Polizei an Zahl und Qualität verbessert werden und die Kriminalpolitik müßte mit den Bereichen Familien-, Arbeits-, Schul- und Ausländerpolitik zusammenarbeiten.

Die Stärkung der Familie und ihrer erzieherischen Kraft, so Schwindt, sollte im Vordergrund präventiver Anstrengungen stehen. Für die wichtigste „Sozialisationsinstanz" nach den Eltern hält er die Schule. Mit gezielter Sozialarbeit, Rechtskundeunterricht und entsprechender Entwicklung des Rechtsbewußtseins könne sie ihren Beitrag leisten. Aber nicht nur damit. Schlechte Ausbildung ist nach den Ergebnissen der Strafvollzugsforschung für Kriminelle geradezu typisch. So haben die meisten Insassen der Jugendstrafanstalten weder einen Schulabschluß, noch haben sie eine Lehre erfolgreich beendet. Ein Erfolg unserer Schulreformeiferer? Der Kölner Jugendrichter Dries jedenfalls warnte aus bitterer Erfahrung davor, die Gesellschaft noch länger „den Pädagogikingenieuren als Tummelfeld von Versuchen zu überlassen".



Aus Not stehlen sie nicht: Ladendieb in Aktion FOTO. POLY-PRESS

Die Aufgabe der Verbrechensbekämpfung erfordert nach Ansicht der Unionspolitiker einen ebenso langen Atem wie die Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung. Umso mehr, als nicht nur die quantitative Entwicklung der Kriminalitätskurve Anlaß zur Sorge bietet. Eine qualitative Verbrechensentwicklung ist dazugetreten. Damit entwickelt sich nach Erkenntnissen des Präsidenten des Bundeskriminalamtes, Heinrich Boge, eine Parallel-Gesellschaft: Gruppen, die zusammen Verbrechen begehen, nach außen abgeschottet, aber auch nach innen abgeschirmt. Wer raubt, weiß nicht mehr, wer im Management der Gangster sitzt. Das bereitet der Polizei große Sorgen für die Zukunft.

Wo Gewalt gegen Sachen und Personen im Kampf gegen „die Herrschenden" sogar in den Schulen gepriesen wird, wo das Klauen im Supermarkt als Sport und wo die Selbstverwirklichung auf Kosten der anderen als Großtat, durch eigene Arbeit und Leistung hingegen als angepaßtes Muckertum beschrieben wird, wo man Kinder den Konflikt mit ihren Primärsozialisationsfaktoren (früher auch Eltern genannt) lehrt und sie vor Heile-Welt-Illusionen warnt, da wird mehr zerstört als der Respekt vor fremdem Eigentum. Wie war das doch mit dem Mühlstein, der den Kinderverderbern um den Hals gehängt werden sollte? Sie haben in der Tat eine Pest über uns gebracht, die die Menschheit verheert. Und man steht ihr im Grunde kaum weniger hilflos gegenüber als die Opfer damals im Mittelalter.

IM GESPRÄCH Liberal Lucini

Die Stärke der Freiheit

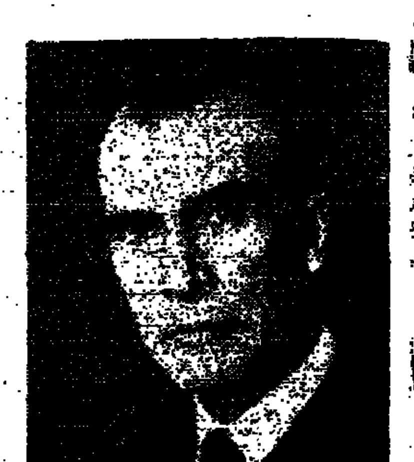
Von Rolf Görtz

Die scheinbare Schwäche der Demokratie ist ihre Stärke. Ihre Verteidigung beginnt deshalb mit dem Bekenntnis zu jener Freiheit, die gleichzeitig die „Bresche für das Eindringen kommunistischer, pro-sowjetischer oder als ersten Schritt neutralistischer Kräfte in die Allianz bedeuten kann." Zu diesem Credo bekannte sich der Chef des Verteidigungsstabes der spanischen Streitkräfte, Admiral Angel Liberal Lucini – seit gestern Vorsitzender der militärischen Kommission der NATO.

Das politische Verständnis seiner militärischen Aufgabe beeindruckte schon den deutschen Verteidigungsminister Wörner an dem ersten Soldaten der spanischen Demokratie. Der Admiral macht es so Bundeskanzler Helmut Kohl leicht, wenn dieser heute bei seinem Besuch in Madrid die Unteilbarkeit des europäisch-atlantischen Bündnissystems in EG und NATO vertritt.

Admiral Liberal Lucini zitiert auch das deutsche „lieber rot als tot". Aber der Mann, den die sozialistische Regierung an die Spitze der Streitkräfte setzte, folgert daraus: Die Sowjetunion exportiert den Antimilitarismus und versucht über die Liberalisierung des Drogenkonsums und pazifistische Unternehmungen gegen militärische Einrichtungen die „westliche Abwehr gegen die sowjetische Militärmacht zu schwächen, die angeblich niemanden bedroht." Eine Entspannungspolitik lasse sich folglich nur auf der Basis eines gesunden Selbsterhaltungsertriebes erreichen. Die Hoffnung liegt in der militärischen, politischen und moralischen Widerstandsfähigkeit der Demokratien gegen die intelligenten Techniken der Erosion von innen.

Der spanische Admiral übernimmt den Vorsitz der NATO-Kommission ausgerechnet in dem Jahr, in dem sein Volk durch eine Abstimmung



Spanier auf hohem NATO-Posten: Admiral Liberal Lucini FOTO: CAMERA PRESS

über Spaniens Position innerhalb der NATO die Allianz schwächen könnte. So fordert gewiß nicht zufällig ein anderer spanischer Admiral zur gleichen Zeit die sozialistische Regierungspartei auf, von ihrem „übertrieben generösen" Wahlversprechen Abstand zu nehmen. Eine Volksabstimmung müßte nämlich bei jedem Bürger eine profunde Kenntnis von Außen- und Verteidigungspolitik voraussetzen, von Geopolitik und Logistik. Da der einzelne gar nicht über die hierzu notwendigen Informationen verfügen kann, bliebe seine Entscheidung letztlich einigen an die Wände gemalten Parolen überlassen.

Liberal Lucini, Jahrgang 1921, trat erst gegen Ende des Bürgerkrieges in die Marineschule ein. Sein erstes Kommando als Chef eines Zerstörers erhielt er in den fünfziger Jahren. Als Militärattaché in Washington und später als Befehlshaber der spanischen Streitkräfte im Mittelmeer lernte er schon vor zehn Jahren die Bedeutung der NATO kennen. Nichts hat ihn seither daran zweifeln lassen.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

LE MATIN

Die Pariser Zeitung schreibt zum Erfolg der Opposition bei den Wahlen auf den Philippinen:

Die vom (wahrscheinlichen) Sieg der Opposition hervorgerufene Überraschung erklärt sich vor allem durch die Abwesenheit eines Anführers, der sich gegenüber Präsident Marcos behaupten könnte. Dies geht auf die Ermordung Aquinos zurück, des natürlichen Führers eines demokratischen und sehr gemäßigten „Zentrums", das das Land auf eine politische Kursänderung ohne Infragestellung der traditionellen Bündnisse vorzubereiten schien ... Krank oder nicht, Marcos ist heute mit einem klaren Votum gegen sein System und seine „Familie" konfrontiert. Er hatte seinen Abgang vorhergeplant, nicht aber seine Niederlage.

The Daily Telegraph

Das britische Blatt kommentiert die jüngste sowjetische Ankündigung, neue Nuklearraketen in der „DDR" zu stationieren:

Die Russen sind auf dem Kriegspfad und waren das schon viele Monate. Sie schossen das südkoreanische Zivilflugzeug ab und weigerten sich, sich zu entschuldigen oder Kompensation zu zahlen. Sie verließen die Rüstungskontrollgespräche in Genf. Sie haben amerikanische Vorschläge über ein Verbot von chemischen Waffen weggewischt. Sie haben einen hochrangigen Besuch nach China abgesagt wegen der offenbar guten Beziehungen Pekings mit den Amerikanern und sie haben im fünften Jahr ihrer Besetzung Afghanistans dort eine massive Frühjahrsoffensive gegen die Guerrillas gestartet. All das summiert sich zu dem kalkulierten sowjetischen Rückzug in die Festung Rußland und es gibt viele Gründe dafür.

AKHBAR AL-KHALEEJ

Die in Bahrain erscheinende Tageszeitung befaßt sich mit den jüngsten Luftangriffen auf sechs Öltanker in den Golf-Gewässern:

Wenn schon die Ölverschmutzungskrise, die von iranischen Ölfeldern herrührte, im vergangenen Jahr die Aufmerksamkeit der Welt erregte, sind jetzt schnelle Schritte erforderlich, um diese weitaus größere Gefahr zu stoppen, bevor sie sich ausbreitet und die Sicherheit und Interessen der Region und ihrer Einwohner gefährdet. Wenn Iran seine Drohung nicht wahrmachte, die Straße von Hormus zu blockieren, bedeutet das nicht, daß die Supermächte stillstehen sollten, weil die Situation nicht weniger gefährlich ist; sie führt fast zu den gleichen Ergebnissen.

Frankfurter Allgemeine

Zur Aussperrung in der Metallindustrie heißt es in dem Blatt:

Die Belegschaften werden praktisch arbeitslos, und zwar in einer für sie besonders unangenehmen Weise. Der Lohn wird von den Unternehmen nicht weitergezahlt, der Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung besteht in den meisten Fällen nicht; die Gewerkschaft wird Streikgelder höchstens an Gewerkschaftsmitglieder zahlen. Ein schnell wachsender Kreis von Betroffenen wird, kurz vor der Urlaubszeit, diesen Streik im Geldbeutel spüren ... Vielleicht erkennt nun auch die Gewerkschaft, daß sie nicht vollends die Gefangene einer von ihr angeheizten Stimmung werden darf.

Wenn Gewerkschaftler sich gegenseitig verprügeln

Britanniens „Militant Tendency" vor Werkstoren und in Kommunen / Von Fritz Wirth

Gröhlende Haßgesänge, Boxduelle mit der Polizei im Niemandsland jenseits der Queensberry-Regeln, rätselhafte Eruption der Gewalt gegenüber den eigenen Kumpeln – so stellt sich seit nunmehr zehn Wochen der erstaunlichste Arbeitskampf der britischen Nachkriegsjahre dar.

Da stimmen plötzlich die Fronten nicht mehr. Da müssen mit Masseneinsätzen von Polizisten Arbeiter vor Arbeitern geschützt werden. Da bricht traditionelle Gewerkschafts-Solidarität zusammen. Da schmuggeln Stahlarbeiter Kohle an den Sperrgürteln wütender Bergarbeiter vorbei, um ihre Betriebe und ihre Arbeitsplätze vor den Spät-Ludditen, den Selbstzerstörern ihrer Zukunft, zu retten.

Und der britische Gewerkschafts-Dachverband TUC sowie die Labour Party schauen hilflos und verlegen, die Regierung Thatcher dagegen mit kühler Gelassenheit diesem Schauspiel zu. Das Warten auf die Rückkehr der Vernunft ist so ziemlich das einzige, was die so unterschiedliche Zuschauergemeinde dieser Tragödie vereinigt. Dabei sind die Bergarbeiter die erfahrensten, härtesten und ausdauerndsten Streikstrategen der britischen Gewerkschaften. Sie besitzen mehr Macht als alle anderen Arbeitnehmer im Lande und bewiesen es im Jahre 1974, als die Regierung Heath an ihnen scheiterte. Warum also läuft dieser Streik so schief? Warum zerreißt er die britische Gewerkschaftsbewegung zu einem Zeitpunkt, da sie von der Regierung mit neuen Gesetzen in die Zange genommen wird?

Die schlichte Antwort: Weil er in seiner Zielsetzung, Ausführung und Strategie völlig irregeleitet ist. 1974 kämpften die Bergarbeiter um mehr Lohn. Es war ein klassischer Arbeitskampf. Die Regierung Heath war nicht direkt herausgefordert. Sie nahm dennoch den Kampf auf und verlor. Sie wurde jedoch nicht von den Bergarbeitern, sie wurde von den britischen Bürgern zu Fall gebracht, die sich mit Mehrheit auf die Seite der Bergarbeiter schlugen. Der gegenwärtige Streik aber ist anders. Bergarbeiterchef Arthur Scargill ist nicht nur angetreten, 20 000 Arbeitsplätze für seine Kumpel zu retten. Er ist zur direkten Konfrontation mit der Regierung Thatcher ausgezogen. Sie soll mit außerparlamentarischen Kraftakten aus dem Amt gehebelt werden. Das Sympathische an ihm ist, daß er es offen zugibt. „Wir wollen nicht nur unsere Zechen und unsere Jobs retten", verkündete er Anfang dieser Woche, „wir wollen die Jahre des Thatcherismus überwinden und den Weg ebnen zu Neuwahlen und zur Machtübernahme durch die Labour Party."

Es ist bezeichnend, daß die Regierung Thatcher sich gegen diese Herausforderung nicht einmal offen zur Wehr setzen mußte. Die Gewerkschaftskollegen des Arthur Scargill in den Kraftwerken, ohne deren Hilfe die Bergarbeiter diesen Streik kaum gewinnen können, wiesen ihn zurecht. „Wir sind nicht bereit, unsere Macht zu gebrauchen, um gewählte Regierungen zu Fall zu bringen", erklärte ihr neugewählter Chef Eric Hammond und sprach von „Kindergarten-Revolutionären".

Tatsächlich ist Scargills Feldzug gegen die Regierung Thatcher nicht isoliert zu sehen. Er ist Teil einer Kampagne radikaler Sozialisten, die sich im Norden Englands zum außerparlamentarischen Kampf gegen die Regierung Thatcher rüsten. Initiatoren sind die Aktivisten der sogenannten „Militant Tendency".

Diese Gruppe hat seit dem Ende der siebziger Jahre versucht, von der Basis her die Labour Party zu unterwandern und schießlich in die Unterhausfraktion einzudringen. Es bedurfte beträchtlicher Anstrengungen der Labour-Chefs von James Callaghan über Michael Foot bis Neil Kinnock, die Schotten gegen diese Eindringlinge dicht zu machen.

Seit dies geschehen ist, konzentrieren sie ihre Arbeit auf die Kommunalverwaltungen. Es ist ihnen in den letzten Monaten gelungen, das Rathaus von Liverpool zu erobern. In Manchester haben sie den Stadtrat paralysiert, in Sheffield stehen sie kurz vor dem Durchbruch. Sie suchen die Konfrontation mit der Regierung, indem sie mit illegalen Mitteln den Bankrott ihrer Kommunen herbeiführen, wie es beispielsweise in Liverpool geschehen ist.

Es gibt zur Stunde noch keine gemeinsame Front zwischen diesen Lokal-Revolutionären und der von Scargill freigesetzten industriellen Muskelkraft der Bergarbeiter, doch es gibt einen gemeinsamen Nenner für den zu erwartenden Fehlschlag ihrer Attacken. Er liegt in ihrem Versuch, auf außerparlamentarischem Wege und mit illegalen Mitteln das Wahlergebnis des 9. Juni 1983 zu annullieren. Das ist der Grund, warum Scargill und seine Männer solche Solidarisierungsprobleme haben und nicht einmal die eigenen Kumpel auf Gleichschritt bringen können: Es ist ein Versuch am falschen Ort, am falschen Objekt und mit den falschen Bürgern. Die Uhren im Mutterland der Demokratie gehen anders.



Der Schweiger Worms irritiert seine Partei

Mit Bernhard Worms will die CDU im nächsten Jahr die Landtagswahl in Düsseldorf gewinnen. Doch auf den Mann, der Kurt Biedenkopf ausschaltete, fallen Schatten.

Von WILM HERLYN

Was ist in einen Politiker gefahren, der sich zunächst vehement und als einer der ersten für eine Sache einsetzt – und dann schweigt? Der es zuläßt, daß seine Parteifreunde sich verstört an den Kopf fassen, dieses Schweigen als Unsicherheit und gar als Angst interpretieren? Der einkalkuliert, daß sein Bild in den Medien negativ gezeichnet wird?

Es ist die Rede von Bernhard Worms, dem Chef der nordrhein-westfälischen Oppositionsfraktion, dem Vorsitzenden der stärksten CDU-Landesorganisation – der Union des Rheinlands, dem Vorsitzenden des CDU-Landespräsidiums, das die Verbände Westfalen-Lippe und Rheinland klammert, und es ist die Rede vom Stellvertreter Helmut Kohls im Bundesvorstand der Union.

Diese Machtfülle entrang er vor Jahresfrist nach langem und zähem Kampf gegen seinen Widersacher Professor Kurt Biedenkapf. Er stellte den Professor „auf den Prüfstand", als dieser sich schon längst sicher und als genuiner Herausforderer des NRW-Ministerpräsidenten Johannes Rau wähnte. Nun steht Bernhard Worms selbst auf diesem Prüfstand.

Als er jetzt im Düsseldorfer Landtag, scheinbar unbewegt, die Tiraden und Polemiken der SPD in Sachen Amnestie für Parteispender ohne Widerspruch über sich ergehen ließ, zweifelten und verzweifelten viele der 95 Abgeordneten seiner Fraktion an ihm. „Wir haben ihm alle geraten", sagte hinterher ein Mitarbeiter, „aufzustehen und zu reden, sich vielleicht sogar vorsichtig von Helmut Kohls Plänen abzusetzen. Aber so ist er nun einmal: Er übt absolute Solidarität."

Es scheint, als sei dies nur die eine Seite der Medaille. Solidarität, Loyalität, ja Freundschaft zu Helmut Kohl ist eines der Pfunde, mit denen Worms wuchert. Dabei denkt er nicht taktisch an den Tageserfolg, sondern strategisch an den Erfolg seiner Partei bei den entscheidenden nordrhein-westfälischen Landtagswahlen am 12. Mai 1985. Denn mit ihm steht dann auch die Bonner Regierungskoalition auf dem Prüfstand nach Halbzeit der Legislaturperiode. Landespolitische Probleme werden wahrscheinlich nur untergeordnete Rollen spielen; das Thema ist die Entscheidung der Wähler über die Bundespolitik. Das hat die SPD in Bund und Land angekündigt – und Bernhard Worms kann es nur recht sein.

Der populäre promovierte Diplom-Kaufmann und Landrat aus Pulheim bei Köln erinnerte sich an seinen Wahlspruch: „Dun wat de kanns, dun et nit halv, dun et janz." Er leistet ganze Arbeit, schloß die verstörte rheinische Union zusammen, übernahm den Vorsitz nach dem Tode Köpplers und entmachtete Biedenkopf.

Das allerdings konnte ihm nur gelingen, weil dem Professor (Parteijargon „das Hirn") die Basis nicht mehr folgte, sondern sich Worms (Parteijargon „das Herz") zuwandte. Die CDU begriff im Orts- und Kreisverband, daß mit schneidenden Rhetorikkünsten die kommenden Wahlen allein nicht zu bestehen sind und schickte Worms ins Rennen gegen Johannes Rau.

Beide bevorzugen beim Wähler die Technik der Zuwendung und der Harmonie. So muß Rau Worms auch mehr fürchten als den kühlen Biedenkopf. Worms' Rezept: die Stammwähler wieder zu mobilisieren, die sich 1980 verweigert hatten. Und deren Zahl schätzt er auf „45 Prozent plus x". In der Summe kann das genügen, der Union nach 15 Jahren wieder an die Regierung zu verhelfen. Denn kaum jemand erwartet, daß Johannes Rau ohne Rückenwind aus Bonn – wie seinerzeit von Helmut Schmidt – noch einmal die absolute Mehrheit erringen kann.

Bei seinem fleißigen und entschiedenen Einsatz an der Basis hält sich Worms im Schatten Kohls. Auf ihn beruft er sich und auf die Vorteile, die eine nahtlose Bindung und Verbindung zwischen Düsseldorf und Bonn für das bevölkerungsreichste Bundesland mit sich brächte, wäre denn erst die CDU auch zwischen Rhein und Ruhr, die bestimmende Kraft.

Dennoch weiß Worms, das das allein nicht reicht. Er wird in der Zukunft politische Felder besetzen müssen, mit denen die Bevölkerung Worms und die CDU identifiziert.

Gelgenheit bot ihm dazu der Stuttgarter Parteitag. Er hätte – gestützt auf das Votum seines rheinischen Landesverbandes – eine Erhöhung der Mehrwertsteuer rundweg ablehnen können – gegen die Argumentation von Kohl und Gerhard Stoltenberg. Die Schlagzeilen wären ihm sicher gewesen und dazu die Aura des Helden, der sich gegen Königsthrone auflehnt und Standfestigkeit beweist.

Doch Worms verzichtete auf den Tageserfolg. Seine Führungsmannschaft wird nicht müde, den Vergleich mit dem Baden-Württemberger Lothar Späth zu ziehen: „Was hat es ihm eingebracht, sich bei jeder Gelegenheit durch Argumente gegen Kohl profiliere zu wollen? Die satte Mehrheit, die er von Filbinger im Südwesten von 56 Prozent übernahm, ist auf 51 Prozent geschmolzen."

Doch ist die Zeit der stillen Arbeit an der Basis jetzt für Worms vorbei. Er wird der einzige führende CDU-Politiker bundesweit sein, der im Europa-Wahlkampf plakatiert wird. Er wird sich aber auch deutlicher in der Familien- und Sozialpolitik öffentlich engagieren als bisher. Doch er wird auch dabei – „da ist er stur wie ein Panzer", sagt die Parteizentrale in der Kölner Georgsstraße – den Vorteil seiner Bindung an Kohl ausspielen. Als Fußball-Fan – Worms ist Verwaltungsratsmitglied des 1. FC Köln – kennt er sich aus mit dem Regelwerk, das er auch auf seine politische Arbeit überträgt: „Sauber bleiben, fighten, hart rangehen, ohne dem Gegner in die Beine zu treten."



Auf dem Prüfstand: Bernhard Worms FOTO: SVEN SIMON

Streik-Idylle bei Stihl: Noch steht die IG Metall im Regen, die Sonne läßt auf sich warten FOTO: JÖRG-PETER MAUCHER

Der „Schwäbische Zukunftswalzer", ein Stück für Chor und Akkordeon

So starr die Fronten zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften beim Thema „35-Stunden-Woche" sind – vor den Toren bestreikter Metallbetriebe herrscht eine eher gelassene Atmosphäre.

Von WALTER H. RUEB

Siegessicher stehen die streikenden Metallarbeiter in Baden-Württemberg vor den geschlossenen Werktoren. Wo man hinhört herrschen Zuversicht und Hoffnung. Auch Meldungen von der drohenden Aussperrung durch die Arbeitgeber drücken nicht auf die Stimmung. Am Eingang zum Waiblinger Werk 2 der Stihl-Firmengruppe geben bunte Sonnenschirme, Würstchenbuden, Getränkestände, Schautafeln und rote Mützen und Helme der Szene einen Anstrich wie am „Tag der offenen Tür".

Doch von offener Tür kann keine Rede sein. Kein Lohnempfänger kommt hinein, nur der Firmenchef, Angestellte, Auszubildende und Reporter dürfen passieren. In der riesigen Halle für die Endmontage von Motorsägen hallen die Schritte wie in einer leeren Kathedrale. 344 Arbeitnehmer sorgen hier sonst dafür, daß das Unternehmen des Vorsitzenden des Verbandes der Metallindustrie Baden-Württemberg weiterhin der weltgrößte Motorsägen-Hersteller bleibt.

Rekorde dieser Art kümmern die Streikenden indessen wenig. Sie verweisen auf andere Tatsachen. „1981 hatte die Stihl-Gruppe 3477 Arbeitnehmer, Ende 1984 werden es nurmehr 2746 sein", klagt Robert Bösing, der Chef des sogenannten IG Metall-Vertrauenskörpers im Werk. „Das ist doch der Beweis, daß der Kampf um unsere Arbeitsplätze berechtigt ist. Die Bosse werden sich noch wundern. Wir stehen fest, wir halten durch. Bei uns gibt es auch keine Streikbrecher."

Im Werk 2 verdienen vor allem Ausländer ihr Brot. 30 Prozent der Arbeitnehmer am Band sind Frauen, 2400 Mark brutto werden monatlich verdient. Stihls Pressesprecher Ulrich Peter Hermani verweist auf die hier praktizierten neuen Arbeitsmethoden. „Um die Arbeit zu humanisieren, wird in Zusammenarbeit mit zwei Instituten und dem Bundesforschungsministerium Neues erprobt. Lärm, Stress und andere physische Belastungen werden verringert. Sechs Millionen Mark wurden dafür investiert."

Konfrontiert mit diesen sozialen Leistungen zucken die Streikposten am Werktor die Schultern. „Sollen wir deshalb etwa nicht streiken?" fragt ein griechischer Gastarbeiter in echtem Schwäbisch. Dann zählt er auf: „Wir sind hier zu 95 Prozent organisiert, und über 90 Prozent haben für den Streik gestimmt. Wie lange er dauert, hängt ganz allein von Herrn Hans Peter Stihl und seinem Präsidium ab."

Hermanis Hinweis, daß dem Unternehmen durch den Streik täglich ein Verlust von über zwei Millionen Mark entstehe, nötigt einem Streikposten mit Megafon nur eine knappe Handbewegung ab. „Vor allem der Präsident der Metallindustriellen muß merken, was Produktionsausfall bedeutet. Ein Streik muß weh tun."

Der Mann mit dem Megafon ist bei Stihl nicht Arbeitnehmer. Klaus Wiesenborn ist von Geislingen herübergekommen. Dort ist er bei der IG Metall Sekretär. Man merkt es, wenn er bei Fragen vorwitzige Genossen stoppt und selbst die Antwort gibt. Die Solidarität gegenüber den Genossen in den Automobilfabriken sieht er durch die angewandte Streiktaktik nicht verletzt. „Es darf bei einem Streik keine Zuschauer geben", meint er. „Im übrigen gehen wir davon aus, daß die Genossen bei BMW oder Mercedes Kurzarbeitergeld bekommen."

Wiesenborn ist nicht nur redegewandt, er kann auch gut musizieren. Auf einem Akkordeon begleitet er den Chor der Streikposten. Zum Repertoire gehört der „Schwäbische Zukunftswalzer", der die Refrain-Frage, „Was wird sein, wenn wir in Schwaben den Sozialismus haben?", so beantwortet: „Der Fortschritt, der geht auch um Württemberg nicht 'rum, Konzerne und Banken werden Volkseigentum ..."

Am liebsten und häufigsten singen die Streikposten vor dem Eingang zum Unternehmen ihres gegenwärtigen Hauptgegners das „Lied von der 35-Stunden-Woche". Sinnigerweise wird es nach der Melodie der Uralt-Schnulze „Von den blauen Bergen kommen wir" gesungen ...

In Reutlingen sind die Streikposten vor den Toren des größten bestreikten Betriebes, der Robert Bosch GmbH, mit Funkgeräten ausgerüstet. Stets haben sie Kontakt zur Zentrale und zu den anderen Werkseingängen. 3750 Menschen verdienen hier und im ebenfalls stillgelegten Werk Rommelsbach wenige Kilometer entfernt ihr Brot; ohne die Angestellten und Lehrlinge sind annähernd 3000 im Ausstand. „Schon vorher gab es wiederholt Warnstreiks", klagt Direktor Wolfgang Mierzwa. „Der soziale Nimbus des Firmen-Gründers ist längst dahin", bemerkt der 26jährige Elektronikmechaniker Horst Gaubatz.

In den Werken werden Elemente für Benzin-Einspritzpumpen sowie Scheinwerfer, Leuchter, Halbleiter und elektronische Steuergeräte hergestellt. An den Werkseingängen ist Sachlichkeit Trumpf. Das Heer der 800 Angestellten, 40 Mann vom Notdienst sowie die 90 Lehrlinge passieren – doch kaum eine Bemerkung fällt, und wenn, dann höchstens zur riesigen Zahl von Angestellten. „Man darf nicht übersehen, daß hier eine große Entwicklungs- und Forschungsabteilung unterhalten wird", erklärt Helmut Krause von der Bosch-Zentralabteilung für Presse und Information.

Interessantere Informationen als er haben in diesen Tagen jedoch Betriebsangehörige, die sonst an Werkbänken oder Bändern stehen. Mechaniker Matthias Wenzler (33): „Schauen Sie: Bosch schafft beispielsweise neue Maschinen an, schon fallen wieder drei Arbeitsplätze weg. Wohin soll das noch führen ...?"

Das Gespräch wird unterbrochen, Mitglieder der Werks-Frauengruppe reichen Kaffee, belegte Brote und Kuchen. Sie haben damit den ganzen Tag zu tun, denn rund 160 Streikposten und -helfer müssen versorgt werden. Sie stehen nicht umsonst an den Eingängen. Zwar waren 83 Prozent der Belegschaftsmitglieder für den Streik, doch versuchten am Montag und Dienstag acht den Streik zu brechen.

Diejenigen aber, die streiken, büßen teilweise erhebliche Summen ein. Bei einem durchschnittlichen Einkommen sind es rund 500, bei höherem Lohn noch mehr Mark. „Ich verliere rund 1000 Mark im Monat", hat der 33jährige Alfons Reiske ausgerechnet. Er ist Werkzeugmacher, Refa-Mann und Wirt des Streikposten-Lokals im Bürgerhaus.

Reiske wohnt in einem kleinen Dorf unweit Reutlingen, ist Vater von drei Kindern, SPD-Fraktionsvorsitzender im Gemeinderat und Jugendschöffe. „Meine Baupläne liegen in der Schublade. Ob ich bauen kann, ist fraglich. Der Streik wirft mich finanziell zurück, dabei mache ich mehr Stunden als sonst ... Aber dennoch ist der Streik notwendig. Warum? Weil die Arbeitgeber dauernd rationalisieren, Mehrwert schaffen, eine dreiprozentige Produktionssteigerung erzielen. Wir aber müssen darunter leiden, verlieren die Arbeitsplätze. Jetzt wollen wir endlich etwas von all diesen Dingen wie Rationalisierung und Automatisierung abhaben – über die Verringerung der Wochen-Arbeitszeit."

Eine Horrorbilanz: Drogen, Alkohol und Medikamente

Deutschlands Ärzte schlagen Alarm – Drogenalarm. Noch nie wurde unser Land mit Alkohol, Medikamenten und harten Drogen so überschwemmt wie heute. Und immer mehr „Fixer" bezahlen ihre Sucht mit dem Leben: 383 Drogen-Tote 1982, 472 im vergangenen Jahr. Ein Bericht vom Ärztetag.

Von PETER JENTSCH

Die „Fixer", die „Kokser", die „Hascher", die auf ihren Trip gehen, aus dem es oft kein Erwachen gibt, bilden nur die Spitze eines Eisberges. Drogensucht und -abhängigkeit ergreifen heute alle gesellschaftlichen Schichten. Nur heißen die Drogen nicht Kokain oder Heroin, sie werden nicht an dunklen Straßenecken oder in schummrigen Kneipen gehandelt, sondern bei Sonnenschein und Neonlicht. Diese Drogen sind Alkohol und Arzneimittel.

Diese „Drogen" kennen keinen „Bahnhof Zoo", keine grausig-schillernde Szene wie die Heroinabhängigkeit. Und doch ist auch diese Szene grausig genug. Erwin Odenbach, Leiter der Abteilung Fortbildung und Wissenschaft der Bundesärztekammer, sagte gestern in Aachen: „Drogenabhängigkeit, Alkoholismus und Medikamentenmißbrauch haben eine solche Bedeutung, daß sie von der deutschen Ärzteschaft als Tagesordnungspunkt eins auf diesem 87. Deutschen Ärztetag behandelt werden. Wir Ärzte haben allen Anlaß, uns über das Ausmaß dieser Problematik, die Zahl der betroffenen Menschen, die Folgen für deren Schicksal und die der Allgemeinheit und über die Kosten, die damit verbunden sind, vertraut zu machen."

In der Tat: 1950 gab es in der Bundesrepublik so gut wie keine Drogenabhängigen, wenige Medikamentensüchtige und nur etwa 200 000 Alkoholiker. Heute gibt es nach Angaben der Leiter der Fachkliniken für Suchtkranke rund 65 000 Drogenabhängige, 200 000 Medikamentensüchtige und etwa 1,2 Millionen Alkoholkranke. Die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung spricht sogar von 2,5 Millionen Zwangstrinkern.

Den Kampf gegen Haschisch verloren

65 000 Drogenabhängige also in unserem Lande. Hans Werner Hamacher, Direktor des Landeskriminalamtes Nordrhein-Westfalen, resignierte gestern vor den 250 Delegierten des Ärztetages: „Den Kampf gegen das Haschisch haben wir bereits verloren. Das Kraut gewinnt zusehends an sozialer Akzeptanz. Die 'Schickeria-Droge' Kokain befindet sich auf dem Vormarsch. Beim Heroin sind wir gar schon in die Management-Phase eingetreten: Freie Marktwirtschaft für den Handel mit dem Tod. – Wir werden mit diesen Drogen leben müssen."

Welche kriminellen Gefahren dieses Konsumentenheer freisetzt, erklärte Hamacher auch: „2000 Kilogramm Heroin benötigen die Süchtigen in Deutschland pro Jahr. Das sind 1,1 Milliarden Mark. Die soziale Untüchtigkeit zwingt die Konsumenten dazu, mindestens eine halbe Milliarde durch Kriminalität aufzubringen."

Anders als die Drogen-Szene ist die „Suff"-Szene anonym und alltäglich. Ist die deshalb weniger gefährlich? Karsten Vilmar, Präsident der Bundesärztekammer, zur WELT: „Der Alkoholabusus hat geradezu das Ausmaß einer Volksseuche angenommen. Man kann davon ausgehen, daß etwa zwei bis drei Prozent der Bevölkerung alkoholabhängig sind; allein in der Bundesrepublik sind das 1,2 bis 1,8 Millionen Menschen. Die Folgen sind Erkrankungen vor allem von Leber und Bauchspeicheldrüse, Herzmuskel und Nervensystem."

12,24 Liter reinen Alkohol konsumierte – statistisch betrachtet – jeder Bundesbürger 1982. Für alkoholische Getränke gaben die Deutschen 1982 so viel aus wie für die Landesverteidigung: mehr als 43 Milliarden Mark oder 698,40 Mark pro Person – Greise und Kinder eingeschlossen. Die Kosten für die Behandlung von Alkoholikern lagen 1981 bei 327 Millionen Mark. Eine Alkoholentwöhnungsbehandlung in einer Suchtklinik kostet etwa 21 000 Mark.

Viele Gewohnheitstrinker – und dazu zählt schon, wer Abend für Abend seine drei Flaschen Bier konsumiert – wissen nicht, daß sie sich bereits im Stadium des krankhaften Konsums (Sucht) befinden. Alkohol im Straßenverkehr fordert jährlich fast 4000 Tote. Etwa 5000 Kinder werden Jahr für Jahr in Deutschland geboren, die später sonderschulbedürftig sind, weil bei den Eltern Alkohol im Spiel war. Diagnose: Keimschädigung. Alkohol, so warnte unlängst die Hauptstelle gegen Suchtgefahren in Hamm, ist „das größte sozialmedizinische Problem in der Bundesrepublik".

Schlaftabletten bereits für Kinder

Zu einem nicht minder großen sozialmedizinischen Problem hat sich in den vergangenen Jahren auch der Arzneimittelverbrauch entwickelt. 5,7 Millionen Bundesbürger (13 Prozent), so warnt das Bundesgesundheitsministerium, konsumierten unkontrolliert Tabletten. Acht Millionen Deutsche – darunter viele Kinder – brauchen täglich Beruhigungs- und Schlaftabletten. Zwei Milliarden Mark werden jährlich in der Republik allein für Schlaf-, Schmerz- oder Beruhigungsmittel ausgegeben. Und diese Mittel können süchtig machen.

Daß bestimmte Schmerzmittel oder Psychopharmaka insbesondere von Jugendlichen mehr und mehr benutzt werden, um sich aus der Realität zu flüchten, ist schon seit langem bekannt. Die Rezeptpflicht wurde verschärft – aber das änderte kaum etwas. Professor Wolfram Keup, früherer Direktor der Berliner Karl-Bonhoeffer-Klinik: „Es ist erstaunlich, was unsere Patienten über die Naivität mancher Ärzte berichten, die ihnen Medikamente mit Abhängigkeitspotential in großen Mengen verschreiben oder mitgegeben haben."

Und Hans Werner Hamacher ergänzt: „In der Szene spricht sich blitzschnell herum, welche Ärzte gute Quellen sind. Hiflt ein Arzt bei einem vermeintlichen oder tatsächlichen Notfall, darf er nicht mit Dank, sondern muß mit Erpressungsversuchen von weiteren Abhängigen rechnen." Ganz abgesehen davon: der vom Abhängigen gesuchte Stoff ist illegal auch ohne Rezept zu erwerben.

Das Gefährliche: Zeigen die Präparate keine Wirkung mehr – trotz Verstärkung der täglichen Dosis – ist der Schritt zur harten Droge nicht mehr weit.

Und die Abhängigkeit von Pille, Saft und Spritze wächst. Noch 1971 war nur jeder neunte Süchtige von Medikamenten abhängig. Heute ist es jeder vierte.

Austausch von Zeitungen gefordert

BERND HUMMEL, Eschwege

Dem Bundesbürger zum Frühstück das „Thüringer Tageblatt" und dem Zeitungsleser in der „DDR" allmorgendlich etwa die Kasseler „Hessische/Niedersächsische Allgemeine". So sollte nach Auffassung des medienpolitischen Sprechers der CDU, Dieter Weirich (Eschwege), künftig die deutsch-deutsche Informationsvielfalt aussehen. Der Abgeordnete kündigte dazu jetzt eine Initiative im Bundestag an.

Was Weirich möchte, ist ein innerdeutscher Zeitungsaustausch, der die Regional- und Lokalzeitungen auf beiden Seiten der innerdeutschen Grenze mit einschließt. Derlei Blätter werden von der „DDR" seit dem Mauerbau nicht mehr in den Westen geliefert, während westdeutsche Regionalzeitungen drüben jederzeit erhältlich sind. Freilich nicht für den Normalbürger – sie bleiben Behörden und Institutionen vorbehalten. Der Abgeordnete: „Es kann auf Dauer nicht dabei bleiben, daß in der DDR nur einem Kreis von Erlesenen die Möglichkeit der freien Information gestattet wird."

Kommunale Beiträge

So will der Abgeordnete darauf drängen, daß in Verhandlungen mit der „DDR" entsprechend dem Grundlagenvertrag Verabredungen über einen befriedigenden Zeitungsaustausch getroffen werden. In Artikel 7 Absatz 10 des Vertrages heißt es nämlich: „Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik werden im Interesse der beteiligten Menschen Verhandlungen mit dem Ziel führen, den gegenseitigen Bezug von Büchern, Zeitschriften, Rundfunk- und Fernsehproduktionen zu erweitern."

Dabei haben die Regional- und Lokalzeitungen der „DDR" für die Bevölkerung der Grenzkreise diesseits des Sperrzaunes eine besondere Bedeutung. Denn im Gegensatz zur übrigen gleichgeschalteten Parteipresse sind in ihnen zahlreiche kommunale und heimatgeschichtliche Beiträge enthalten, an denen die Bevölkerung des Zonenrandgebietes schon interessiert wäre.

Derzeit werden aus der „DDR" etwa 600 verschiedene Titel – zum überwiegenden *Teil Fachzeitschriften* – zum Bezug in der Bundesrepublik angeboten. Der Vertrieb erfolgt über den Fachhandel. Das Angebot von drüben liest sich auf den ersten Blick gut: Angefangen vom „Bauernecho" über die „BZ am Abend" und „Der Morgen" bis hin zu „Neues Deutschland" – letzteres zum durchschnittlichen monatlichen Abonnementpreis von 40 DM – ist eigentlich alles zu haben, geht jedoch zumeist an den Bedürfnissen der Bundesbürger vorbei. Die nämlich sind kaum an langatmigen Erklärungen im schönsten Parteichinesisch, sondern vielmehr am Tagesgeschehen interessiert.

Gegen harte Devisen

Dem Zeitungsleser in der „DDR" sind allerdings nur wenige Blätter aus dem Westen zugänglich. Etwa die kommunistische Hauspostille „Unsere Zeit", die im Vollabonnement für 10 DM oder bei Lieferung der Wochenendausgabe für 3,35 DM bezogen werden kann. Und wer sich drüben über „Die Wahrheit" informieren möchte, der muß dafür 7,50 DM im Monat anlegen. Informationsfreiheit à la „DDR" beschränkt sich auf die Gäste der ostdeutschen Republik: In den Interhotels ist von der „FAZ" bis zum „Spiegel" so ziemlich alles zu haben. Gegen harte Devisen, versteht sich.

Beim Umweltschutz von den Bayern lernen

PETER SCHMALZ, Leipzig

„Ich bin überzeugt", sagt Hans Reichelt, stellvertretender Vorsitzender des „DDR"-Ministerrats und Minister für Umweltschutz und Wasserwirtschaft, „daß wir auf dem Gebiet des Umweltschutzes in gegenseitigem Nutzen und vorteilhaft für beide Seiten zusammenarbeiten können." Dann, nachdem die Kameras abgeschaltet und die Journalisten vor die Tür des Ostberliner Schlosses Neuschönhausen gebeten sind, kommt Reichelt mit seinem Gast Alfred Dick, dem bayerischen Umweltminister, *rasch zur Sache: Die „DDR"* erhofft sich verfeinerte Umwelttechnologie aus dem Westen, die sie zur Reduzierung ihrer Luftschadstoffe und zur Beruhigung ihrer über Umweltschäden besorgten Bevölkerung dringend benötigt, zu deren Erforschung *ihr aber die eigenen Mittel fehlen.*

Da kommt der Gast aus Bayern gerade recht. Mit wachsendem Interesse lauscht Reichelt den Erläuterungen Dicks über die geplanten Versuchsprojekte in den bayerischen Kohlekraftwerken Sandreuth und Arzberg, wo mit einem Forschungsaufwand von über 200 Millionen Mark bei Stein- und Braunkohle ein Kombinationsverfahren zur Entschwefelung und Entstickung der Abgase mit dem Ziel erprobt wird, statt des bisher bei der *Entschwefelung anfallenden* Gipses den wertvollen Rohstoff Schwefel in flüssiger und für die Industrie verwertbaren Weise herauszufiltern.

Der „DDR"-Minister zeigt Begeisterung. Schwefel, sagt er, muß die „DDR" importieren, „andererseits aber schicken wir ihn tonnenweise in die Luft". Der bayerische Weg erscheint ihm als ein Musterbeispiel, wie Ökologie und Ökonomie Hand in Hand arbeiten können. Und Alfred Dick sagt ihm ohne komplizierende Rücksprache mit Fachreferenten zu, die „DDR" teilhaben zu lassen an den Ergebnissen der beiden Projekte. „Da müssen wir großzügig sein", sagt er später zur WELT. „Wenn die ihre Braunkohlekraftwerke entschwefeln, dann profitieren auch wir davon." Er meint: Weniger Schmutz aus „DDR"-Schloten reinigt auch die Luft im nördlichen Oberfranken, das in diesen Wochen in den schlimmen Ruf geraten ist, die deutsche Ecke mit der schlechtesten Luft zu sein. Zumindest vom Westen aus gesehen. Jenseits der innerdeutschen Grenze ist die Situation noch weit kritischer. Im Braunkohlerevier südlich von Leipzig welkt das Gemüse im Garten, sterben schon Birken und Pappeln. Im Erzgebirge, einem der schönsten deutschen Ausflugsgebiete, werfen Fichten und Tannen die Nadeln ab.

Schuld daran sind der an Braunkohle reiche Boden und die energiewirtschaftliche Situation der „DDR". *Braunkohle ist mit siebzig Prozent* ihre wichtigste primäre Energiequelle. Mit einer Jahresförderung von 16 Tonnen pro Kopf liegt die „DDR" an der Weltspitze. Steinkohle, die wesentlich umweltfreundlicher verbrennt, ist in keinen abbaufähigen Mengen mehr vorhanden, Erdöl gibt es kaum, das wenige Erdgas gilt als schwefelreich.

Nun wachsen zudem unter Hammer und Sichel ohnehin nicht viele Bäume, nur 27 Prozent der „DDR" sind Wald, der aber konzentriert sich genau dort im Süden, wohin die Braunkohle Kraftwerke und Betriebe gelockt hat: Rund die Hälfte der „DDR"-Industrieproduktion ist in den vier Bezirken Halle, Leipzig, Dresden und Karl-Marx-Stadt geballt.

BERICHT AUS MITTELDEUTSCHLAND

Die Auswirkungen führt Reichelt erstmals einem westlichen Politiker vor: In schwarzen Tatralimousinen rast der Politikerkonvoi auf gesicherten Straßen hinter den kleinen Ort Berggießhübel in der Sächsischen Schweiz und hinein in den sterbenden Wald. Von 5300 Hektar sind hier 2000 Hektar beschädigt, erläutert Oberlandesforstmeister Wolfgang Behnisch dem Gast aus München – und die journalistischen Kollegen aus *Ost-Berlin sind verblüfft: Solche Zahlen* haben sie bisher noch aus keinem offiziellen Munde gehört.

Nun sehen auch die „DDR"-Behörden dem Sterben ihres Waldes nicht tatenlos zu. Sie glauben, einen Ausweg gefunden zu haben in dem, was sie „Baumarten-Optimierung" nennen: Wenn die Luft schon so schlecht ist, daß die herkömmlichen Bäume eingehen, dann müssen eben Arten her, die „rauchgasresistent" sind. Die *Blaufichte, die Lärche und mehr* Laubbäume als bisher sind die neuen grünen Hoffnungsträger. „Das ist doch nur eine Krücke", kritisiert der mitreisende Ministerialdirektor Otto Bauer vom Münchner Landwirtschaftsministerium dieses Aufforstungsprogramm und plädiert dafür, das Baumsterben beim Verursacher, den Schloten, zu bekämpfen. Doch da sieht er sich einer Koalition aus Bayern und „DDR" gegenüber: Dick und Reichelt sind sich einig, daß mit widerstandsfähigeren Bäumen aufgeforstet werden muß.

Wenige Stunden später, in der Forstwissenschaftlichen Sektion der Universität Dresden im idyllischen Tharandt, der nunmehr 173 Jahre alten Wiege der deutschen Forstwissenschaft, *kommen aber angesichts der* ausschließlich auf Abhärtung der Natur gerichteten Forschung auch dem bayerischen Minister und seinen Beamten Zweifel.

„Es gibt noch viele Fragen, die uns *die Wissenschaft beantworten muß*", meint Minister Reichelt. Aber es mangelt in der „DDR" weniger an Forscherfleiß als an Geld. Ein notwendiges Wohnungsbauprogramm und die Elektrifizierung der sanierungsbedürftigen Bahn schröpfen den Haushalt, teure Entschwefelungsanlagen nach dem neuesten technischen Stand können nur langsam realisiert werden.

Aber indirekt und deutlich erkennbar wirbt Reichelt um die Unterstützung der Bundesrepublik. Umweltschutz stabilisiert die friedliche Zusammenarbeit, betont er mehrfach. Die Behörden in Ost-Berlin wollen sich offensichtlich durch den Umweltschutz *in den fragilen deutsch*-deutschen Beziehungen ein Tor offenhalten, das offiziell der fachlichen Kooperation dient, was aber jederzeit geeignet ist, als politisches Bindeglied ausgebaut zu werden.

Das Kanzleramt und das Gesamtdeutsche Ministerium sehen deshalb die Münchner Ost-Aktivitäten mit Interesse und Wohlwollen, daß das für den Umweltschutz zuständige Bonner Innenministerium die Reise des bayerischen Umweltministers mit *Reserve beobachtet, liegt eher im Be*reich zwischenministerieller Rivalität. Immerhin haben die „DDR"-Behörden dem Zimmermann-Ministerium einen Korb gegeben, als dieses für den April ein deutsch-deutsches Umweltexpertengespräch in Bay*reuth vorgeschlagen hatte. Man wolle* zunächst den Besuch von Dick abwarten.

Nach Besuch der Vertretung Bonns verhaftet

AP, Berlin

In West-Berlin sind gestern zwei Verhaftungen in der „DDR" und Ost-Berlin bekannt geworden. In einem Fall handelt es sich um den pazifistischen Liedermacher und Arzt Karl-Heinz Bomberg, im anderen um den 19jährigen Koch Dirk Stoltenfeldt, der offenbar unmittelbar nach einem Besuch der Ständigen Vertretung Bonns in Ost-Berlin festgenommen worden war. Wie die „Arbeitsgemeinschaft 13. August" mitteilte, hatte der an der Ostberliner Charité beschäftigte Koch erstmals im Oktober 1983 einen Ausreiseantrag gestellt. Bei einem Urlaub in Prag habe er die Botschaft der Bundesrepublik aufgesucht und dort seinen Ausreisewunsch vorgetragen. Beim Verlassen des Gebäudes sei er kontrolliert und *fotografiert worden, berichtete die* Arbeitsgemeinschaft. Zurück in der „DDR" habe er dann erneut einen Antrag gestellt. Die „DDR"-Behörden hätten darauf Mitte April mit einem Einberufungsbescheid zum Militärdienst reagiert und ihn *vor die Wahl* gestellt, seinen Dienst anzutreten oder in Haft zu gehen. Der 19jährige sei dann in der Ständigen Vertretung vorstellig geworden und nach Verlassen des Gebäudes vom Sicherheitsdienst verhaftet worden.

SPD favorisiert „Privatgutlösung"

AP, Bonn

Die SPD will den geltenden „Häuslebauer-Paragraphen" 7b des Einkommensteuergesetzes abschaffen. Gleichzeitig soll die staatliche Förderung so umgestellt werden, daß Bauherrn mit kleinem Einkommen und mit mehreren Kindern besser als bisher gestellt werden. Einen entsprechenden Beschluß der SPD-Bundestagsfraktion legten die Abgeordneten Günter Huonker und Otto Reschke gestern in Bonn vor. Ähnlich wie die Parteien der Regierungskoalition setzt sich die SPD damit für die sogenannte „Privatgutlösung" beim selbstgenutzten Wohneigentum ein. Danach wird die eigene Wohnung und das eigene Haus vom Finanzamt weder positiv noch negativ in Rechnung gestellt. Im Gegen*satz zu den bisher bekannt geworde*nen Vorstellungen der CDU/CSU und FDP wollen die Sozialdemokraten jedoch das bisherige Modell durch eine Förderung ersetzen, die generell vom Einkommen unabhängig ist.

Grüne nominieren Luise Rinser

AP, Bonn

Die Grünen haben die 73jährige Schriftstellerin Luise Rinser als Gegenkandidatin des CDU-Politikers Richard von Weizsäcker für das Amt des Bundespräsidenten aufgestellt. Nach einem gestern in Bonn veröffentlichten Beschluß des Fraktions- und Bundesvorstands der Grünen ist die in Italien lebende mehrfache Literaturpreisträgerin, die im November vergangenen Jahres dem Landesverband Nordrhein-Westfalen der Grünen beigetreten ist, damit einzige Gegenkandidatin Weizsäckers bei der Präsidentenwahl durch die Bundesversammlung am 23. Mai.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs N.J. 07632.

FDP-Spitze: Genscher soll Parteichef bleiben

„Bayernkurier" sieht Bruch von Treu und Glauben

STEFAN HEYDECK, Bonn

Trotz des deutlichen Unmuts innerhalb der Freien Demokraten über das Verhalten des FDP-Vorsitzenden Hans-Dietrich Genscher in der Frage eines Amnestiegesetzes für Steuersünder bei Parteispenden herrscht bei den FDP-Landesvorsitzenden die einmütige Meinung vor, daß Genscher die Partei weiter führen soll. Das zeichnete sich gestern vor einer gemeinsamen Sondersitzung von Bundesvorstand und Bundestagsfraktion in Bonn ab. Dabei herrschte die Auffassung vor, daß die FDP-Führung alles unternehmen müsse, um den Parteitag Anfang Juni in Münster erfolgreich überstehen zu können und ein Bild der Geschlossenheit zu bieten. Dahinter steht eine gewisse Sorge darüber, daß die 400 Delegierten Genscher besonders wegen der Amnestiefrage, aber auch wegen des von ihm Anfang des Jahres als Generalsekretär vorgeschlagenen Karl-Friedrich Brodeßer einen „Denkzettel" verpassen könnten.

So gibt es in FDP-Kreisen, die allerdings noch in einer Minderheit sind, bereits Überlegungen, Genscher abzulösen. In vertraulichen Gesprächen, unter anderem zwischen nord*rhein-westfälischen Liberalen, wurde* dabei nach WELT-Informationen der ehemalige Generalsekretär und jetzige Vorsitzende der Liberalen-Fraktion im Europaparlament (ELD), Martin Bangemann, als denkbarer Genscher-Nachfolger genannt. An einer dieser Unterredungen hatte vor wenigen Tagen auch der stellvertretende FDP-Chef Gerhart Rudolf Baum teilgenommen, der sich öffentlich jedoch wiederholt für eine Wiederwahl Genschers ausgesprochen hatte. Daneben war auf einer außerordentlichen Sitzung des Kreisverbands Rhein-Sieg, der einer der mitgliederstärksten ist, am Dienstag nur mit Mühe ein Antrag auf Ablösung von Genscher verhindert worden.

Kritiker des FDP-Chefs werfen ihm vor allem drei politische „Fehler" vor: Sein Vorgehen, wie er den Bonner Koalitionswechsel Ende 1982 herbeigeführt hat; sein Verhalten im Fall des Bundeswehrgenerals Günter Kießling, als es um eine mögliche Ablösung von Verteidigungsminister Manfred Wörner (CDU) ging; und seine Rolle beim jetzt zurückgezogenen Amnestiegesetz.

Hinzu kommt außerdem ein in der Partei verbreiteter Unwille über Genschers Vorschlag für die Neubesetzung des Amts des Generalsekretärs, den er nach eigener Ankündigung noch einmal insgesamt überdenken wollte. Auch dieses Thema spielte auf der gestrigen bis in die Nacht dauernden Sitzung eine nicht unerhebliche Rolle. Dabei war bis zum Beginn der Konferenz unklar, welche Position der FDP-Chef beziehen würde.

Der „Bayernkurier" *sieht in dem* Verhalten der FDP zum geplanten Amnestiegesetz einen „großen und einmaligen Bruch von Treu und Glauben in der Koalition". Die scharfen Angriffe des CSU-Parteiorgans gegen den Bonner Koalitionspartner *gipfeln in der Feststellung: „Ohne* Frage stellt Genschers Wortbruch und der Umfall der FDP die bisher schwerste Panne der Bonner Koalition dar." Und weiter heißt es: „Bundeskanzler Helmut Kohl kann hierzu nicht schweigen. Er muß, im Interesse seiner eigenen und im Interesse der Glaubwürdigkeit der Bundesregierung, einen Ausweg zeigen." Der bayrische FDP-Chef Manfred Brunner richtete scharfe Angriffe gegen den Bonner FDP-Justizminister Engelhardt: „Ich wäre davon ausgegangen, daß ein liberaler Justizminister von vorneherein sein Veto einlegt".

Keine Identifikation des Ministeriums

Erhebliches Unbehagen gegenüber den Amnestieplänen im Hause Engelhardt

PETER PHILIPPS, Bonn

Nach dem von den Landesverbänden *eingeleiteten Meinungsum*schwung innerhalb der FDP gegen ein Amnestie-Gesetz scheint jetzt auch das von dem Freidemokraten Hans Engelhardt geleitete Bundesjustizministerium auf Distanz zu dem Vorhaben zu gehen. Wie ein Sprecher des Hauses gegenüber der WELT klarstellte, hätten die Hausjuristen aus den beiden zuständigen Fachabteilungen für Verfassungs- und für Strafrecht keine regelrechte „Rechtsförmlichkeits-Prüfung" des *vorgelegten Gesetzentwurfs* der Koalitionsfraktionen vorgenommen.

Der Sprecher begründete dies mit dem Hinweis, daß es sich hier um „keinen Regierungsentwurf", sondern um eine „Initiative aus dem Parlament" gehandelt habe. Das Justizministerium sei „formal unterhalb der Rechtsförmlichkeits-Prüfung" nur „wie üblich konsultativ gefragt" worden, genauso wie das Bundesinnen- und das Bundesfinanzministerium. Die „Hausleitung" habe zwar davon gewußt, aber es gebe keine „Identifikation des Ministeriums" mit dem Gesetzentwurf. Im übrigen hätte die „Federführung" vermutlich auch das Finanzministerium übernehmen müssen.

Der *Ministeriums*-Sprecher betonte aber gegenüber der WELT, daß er weiterhin das Amnestievorhaben, das sich „nur auf Steuerrechtliches bezieht", für „verfassungsrechtlich nicht zu beanstanden" halte. Denn es seien die Voraussetzungen erfüllt, daß es wegen des Grundsatzes der Gleichheit „eine Vielzahl von Fällen" geben müsse und die Maßnahme „nicht willkürlich" sein dürfe. Da dies so sei, habe der Gesetzgeber „Handlungsspielraum".

Bei den Spitzenbeamten des Bundesjustizministeriums hat es nach Informationen der WELT jedoch von Anfang an erhebliches Unbehagen gegenüber den Amnestie-Plänen für Steuersünder im Zusammenhang mit den Parteispenden gegeben. Es soll deshalb keine der üblichen, auch von den Abteilungsleitern abgezeichnete Gutachten der Fachabteilungen zu diesem Komplex geben, sondern nur einen Vermerk über eine Besprechung darüber. Selbst dieser sei, so ist aus dem Hause Engelhardt zu hören, aber nicht von den Abteilungsleitern mit ihre Paraphe abgezeichnet worden. Auf Befragen der WELT war der Sprecher des Justizministeriums nicht bereit, dazu Stellung zu nehmen.

Die Zurückhaltung der Spitzenbeamten erklärt sich auch daraus, daß die Fachabteilungen im Dezember 1981 in ihren Vermerken für die Leitung des Hauses die damaligen Amnestie-Pläne der sozialliberalen Koalition rundweg als nicht mit der Verfassung und der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts vereinbar erklärt hatten. Karlsruhe, so hieß es damals, habe „mit zunehmender Klarheit" die zulässigen Grenzen für die Parteienfinanzierung gezogen und sein einziges ausführliches Amnestie-Urteil (zum sogenannten „Platow-Fall") aus den fünfziger Jahren gebe nichts für eine „Vergleichbarkeit" her.

Damals war es um die Mitarbeit von Beamten am Wirtschafts-Branchendienst „Platow-Brief" gegangen. Die Verfassungsrichter hatten die Amnestie für zulässig erklärt, weil unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg und Anfang der fünfziger Jahre in der jungen Republik das Verhältnis der Verwaltung zu einer freien Presse noch nicht entwickelt und Rechtsunsicherheiten deshalb zu bejahen gewesen seien.

Da im Amnestie-Vorhaben von 1981 auch Elemente wie „tätige Reue" und nachträgliche Straffreiheit bei Fällen von Betrug und Untreue im Zusammenhang mit Parteispenden vorgesehen waren und sich auch die Rechtslage bei der Parteienfinanzierung zum Teil geändert hat, ist das Gutachten aus dem Jahre 1981 nur bedingt in Zusammenhang mit dem jetzigen Amnestie-Entwurf zu bringen. Noch vor den ihn bestätigenden Voten der Fachabteilungen hatte vor allem der damalige Bundesjustizminister Jürgen Schmude in der SPD-Fraktionsvorstands-Sitzung vom 18. Dezember entscheidend zur Ablehnung des Vorhabens beigetragen. Dennoch ist vieles aus den grundsätzlichen Erwägungen der Ministeriums-Juristen von vor zweieinhalb Jahren interessant auch im Zusammenhang mit der heutigen Situation.

Mit viel Verständnis hatten die Beamten einleitend konzediert, daß der Parteienfinazierung „enge Grenzen" durch den Gesetzgeber gezogen seien und dies „verständlicherweise in der Praxis als unbefriedigend" angesehen werde. Die Verantwortlichen in den politischen Parteien hätten sich deshalb auf Grund ihrer finanziellen Nöte gezwungen gesehen, „nach Auswegen zu suchen, um die bestehenden Vorschriften zu umgehen". Aber, so heißt es weiter, dies sei „nicht aus *Rechtsverwirrung geschehen*", *son*dern es handele sich hier „im Gegenteil um vorsätzliches und planmäßiges Zuwiderhandeln". Ein „unzureichendes Rechtsbewußtsein" wurde deshalb in beiden Fach-Voten, sowohl von der Abteilung für Verfassungs- als auch in der für Strafrecht, „mit großer Schärfe verneint".

Am empfindlichsten hatten die Beamten damals im übrigen auf den vorgesehenen Komplex der „tätigen Reue" reagiert. Sie bezeichneten ihn in ihren Vermerken als „Trick", da schließlich alle in Frage kommenden Personen bereits geschnappt seien.

London: Streik der Bergarbeiter weiter verschärft

wth, London

Die Fronten im britischen Bergarbeiterstreik, der seit zehn Wochen andauert, haben sich in den letzten 24 Stunden drastisch verhärtet. Nach schweren Zusammenstößen mit der Polizei wurden 54 Bergarbeiter nach dem bisher selten angewandten „Aufruhrgesetz" vor Gericht gebracht.

Das Gesetz erlaubt Geld- und Haftstrafen in unbegrenzter Höhe. Bisher wurden in diesem Streik Bergleute nur wegen Verstößen gegen die öffentliche Ordnung festgenommen, die ein Haftlimit von sechs Monaten und Geldstrafen bis zu 1000 Pfund vorsehen.

Der Polizeichef von Nottinghamshire hielt diese Strafmaße nicht mehr für ausreichend und drang deshalb auf Anwendung des „Aufruhrgesetzes". Nottinghamshire ist seit Streikbeginn das Zentrum einer Reihe schwerer Zusammenstöße zwischen streikenden Bergarbeitern und der Polizei.

Seit Beginn des Streiks befinden sich insgesamt 5000 britische Polizeibeamte aus allen Teilen des Landes im Sondereinsatz. Ihre Hauptaufgabe ist, jenen 42 000 Bergleuten, die sich bisher geweigert haben, dem Streikaufruf der Gewerkschaft zu folgen, den Weg zu den Zechen freizuhalten und sie vor Angriffen ihrer streikenden Kollegen zu schützen.

Der Polizeichef von Nottinghamshire zeigte sich erstaunt über den Mut der arbeitenden Bergarbeiter, die seit zehn Wochen der Bedrohung und Beschimpfung durch ihre streikenden Kollegen ausgesetzt seien. Er berichtete, daß einige streikenden Bergarbeiter begonnen hätten, die Wohnung von arbeitenden Kollegen zu belagern und zu beschädigen. Dies habe bedeutet, daß eseinige Kumpel nicht mehr wagten, zur Nachtschicht anzutreten, weil sie ihre Familien nicht allein und ungeschützt zu Hause lassen wollten.

Insgesamt sind seit dem Streikbeginn über 2000 demonstrierenden Bergarbeiter wegen Unruhestiftung oder Angriffen gegen die Polizei festgenommen worden. Die Kosten des gesamten Polizeieinsatzes werden bisher auf 30 Millionen Pfund – dies sind etwa 115 Millionen Mark – geschätzt.

Seit einigen Tagen nehman auch zahlreiche Frauen streikender Bergarbeiter an den Demonstrationen teil. 14 von ihnen wurden inzwischen unter dem Vorwurf des Widerstands gegen die Polizei festgenommen. Unter ihnen ist auch die Frau des Präsidenten der britischen Bergarbeitergewerkschaft, Arthur Scargill.

Teheran geht zum Angriff über

DW. Bahrain

Im Golfkrieg ist nach Ansicht amerikanischer Experten in Kürze mit einem neuen iranischen Angriff an allen Fronten zu rechnen. In einem gestern von dem privaten US-Forschungsinstitut Cambridge Energy Research Associates in Washington veröffentlichten Bericht schreiben der Militärfachmann Thomas McNaugher und sein Kollege William Quandt, von Ende dieses Jahres an werde Irak in der Lage sein, seine Ölausfuhren über die Türkei durch eine neue Pipeline wesentlich zu erhöhen. Wenn dann noch bis 1986 die neue Pipeline durch Jordanien fertig sei, werde die Hoffnung Irans endgültig zunichte sein, Irak durch das Abschneiden der Ölausfuhren wirtschaftlich erdrosseln zu können.

Deshalb rechneten sie noch in diesem Jahr mit einer neuen Großoffensive Irans, das Versuchen müsse, das Regime von Staatspräsident Saddam Hussein so rasch wie möglich in die Knie zu zwingen.

Weiter kommen die beiden Experten zu dem Schluß, daß die Chance Iraks, einen solchen Angriff abzuwehren, mehr als 50 Prozent betrage. Der Regierung in Bagdad sei es gelungen, durch verstärkte Waffenlieferungen besonders aus der Sowjetunion und Frankreich seinen Vorsprung in der Bewaffnung gegenüber dem Gegner auszubauen.

Dennoch warnen McNaugher und Quandt in ihrem Bericht vor einem Erfolgf Irans, der die Macht des islamischen Regimes von Ayatollah Ruhollah Khomeini weiter stärken und Iran zur Vormacht am Persischen Golf machen würde. Zwar würde das Öl auch dann weiter in die westlichen Industrieländer fließen, aber Iran würde Saudi-Arabien verdrängen und eine „Koalition" unter Leitung Teheran würde über Produktion, Preise und Investitionen bestimmen.

Der saudiarabische Supertanker „Yanbu Pride" ist nach Angaben aus Schiffahrtskreisen am Mittwoch innerhalb der Grenzen des saudiarabischen Ölhafens Ras Tanura vonm einem Flugzeug unbekannter Nationalität in Brand geschossen worden. Der 212 000 Bruttoregistertonnen große Tanker habe SOS gefunkt. Schlepper aus Bahrain waren nach Ras Tanura unterwegs, wo der größte Teil der saudiarabischen Ölexporte verladen wird.

Bereitet Castro eine Endoffensive vor?

Anzeichen für stürmische Entwicklung in Mittelamerika

WERNER THOMAS, Miami

Präsident Reagan zitierte während seiner Mittelamerika-Rede in der vergangenen Woche einen Rivalen, den er sonst selten zu Wort kommen läßt. Fidel Castro habe nach seinem revolutionären Triumph vor 25 Jahren gesagt, jetzt werde ein längerer und größerer Kampf beginnen – der Kampf um den amerikanischen Kontinent. Castro laut Reagan: „Dies ist meine eigentliche Aufgabe."

Da der Kubaner schon immer in der Weltpolitik mitmischen wollte, kollidierte er oft mit der westlichen Supermacht in der Nachbarschaft. Der Raketenkrise 1962 folgten die ersten Versuche, mittel- und südamerikanischen Guerrilla-Gruppen zur Machtübernahme zu verhelfen. Als diese Bemühungen scheiterten, schickte Castro Mitte der siebziger Jahre Truppen nach Afrika, ein Engagement, das noch anhält: Nach wie vor sind 25 000 bis 30 000 kubanische Soldaten in Angola stationiert. Nun konzentriert sich der marxistische Revolutionär wieder auf die nähere Umgebung.

Wenn nicht alle Zeichen trügen, steht Ende dieses Jahres die bisher gefährlichste Konfrontation zwischen den USA und Kuba in Mittelamerika bevor. Der Herbst dürfte heiß werden. Die salvadorianischen Rebellen wollen noch vor den amerikanischen Präsidentschaftswahlen Anfang November eine militärische Entscheidung erzwingen, sie bereiten eine „Endoffensive" vor. Nicht nur Präsident Reagans Sicherheitsberater Robert McFarlane, auch Vertreter der Guerrillabewegung in Mexico City beschäftigten sich mit dieser Thematik.

McFarlane erklärte am vergangenen Sonntag bei einem raren Fernsehauftritt, die Kubaner würden diesmal die Partisanenaktionen planen und koordinieren. Wenn das stimmt, fühlen sich diplomatische Beobachter in der mittelamerikanischen Region bestätigt, die vermuten, daß Fidel Castro alles tun will, um Reagans Wiederwahl zu verhindern. Er hat in dieser Frage offenbar die Rückendeckung der Sowjets.

Castro konnte den Rückschlag im Oktober vergangenen Jahres auf der karibischen Insel Grenada nicht verwinden. Damals beendeten amerikanische Marineinfanteristen das in ein blutiges Chaos getriebene marxistische Experiment und nahmen fast 800 Kubaner fest. 24 wurden bei Kämpfen getötet. Damals schwor er Rache: „Das werden sie (die Amerikaner) büßen."

Aufgrund der Grenada-Erfahrungen verstärkten die Kubaner ihr Engagement im sandinistischen Nicaragua, jenem Land, das ihnen am nächsten steht auf dem amerikanischen Kontinent. Anfang dieses Jahres waren nach Schätzungen amerikanischer Geheimdienstkreise noch zwischen 7000 und 8000 Kubaner in Nicaragua. Ein Drittel sollen Militärberater sein, etwa 3000 Mann, die nicht nur bei der Ausbildung helfen, sondern auch bei den Kämpfen gegen die konterrevolutionären Brigaden („Contras") im Einsatz sind. Heute befinden sich nach den Worten Reagans 10 000 Kubaner in Nicaragua.

Castros erfolgreicher Angola- und Äthiopien-Stratege, der General Arnaldo Ochoa Sanchez, kommandiert nicaraguanische Truppenverbände. In Managua kursiert das Gerücht, daß insgesamt acht kubanische Generale Befehle geben. Ein Reporter der amerikanischen Nachrichtenagentur Associated Press ist im März Kubanern an der Nordfront (Grenzgebiet Honduras) begegnet. Die Kubaner, die Uniformen der sandinistischen Volksarmee tragen, erhalten nun auch nicaraguanische Pässe. Auf diese Weise wird es freilich bald keine ausländischen Militärberater mehr geben, deren Abzug die um eine friedliche Lösung des Mittelamerika-Konfliktes bemühte Contadora-Gruppe fordert.

In einem im März veröffentlichten Bericht des Pentagon über die „sowjetische Militärmacht" wurden massive Waffenlieferungen der Sowjets im vergangenen Jahr an Kuba registriert: 50 000 Tonnen Material. In den Jahren zuvor betrugen die Lieferungen durchschnittlich 34 000 Tonnen. Sicherheitsberater McFarlane berichtete, Kuba diene oft als Umschlagplatz für Waffen an Nicaragua. Nicaragua, mittlerweile die größte Militärmacht Mittelamerikas (2,8 Millionen Einwohner, 120 000 Soldaten und Milizen), versorge wiederum die salvadorianischen Rebellen mit Nachschub. Reagan nannte das sandinistische Nicaragua „Kubas Kuba". Die Nicaraguaner spielten die Stellvertreter-Rolle für die Kubaner, wie diese bisher für die Sowjets.

Die kubanische Botschaft in Managua befindet sich in Las Colinas, einem abgesperrten, scharf kontrollierten Bezirk. Hier steht auch die sowjetische Mission und hier wohnen einflußreiche Comandantes, so Tomas Borge, der Innenminister, zu dessen Ressort der von Kubanern aufgebaute Staatssicherheitsdienst gehört. In der Nähe Managuas unterhalten die salvadorianischen Rebellen ihre Kommandozentrale und am Xiloa-See vor den Toren der Hauptstadt ein Ausbildungslager. Diplomatische Beobachter glauben, daß Kubaner die Ausbildungsarbeit leisten.

Das bisher so renitente Abgeordnetenhaus genehmigte Präsident Reagan Ende letzte Woche nach seiner alarmierenden Fernsehansprache zum erstenmal eine bedingungslose Militärhilfe für El Salvador. Sicherheitsberater McFarlane signalisierte die Entsendung von US-Truppen, als er gefragt wurde, wie Washington wohl auf eine Niederlage der salvadorianischen Streitkräfte reagieren würde: „Die Vereinigten Staaten werden immer ihre Interessen verteidigen."

(SAD)

Jetzt deutet Marcos baldige Reformen an

Oppositionelle drohen mit Kampf auf der Straße

CHRISTEL PILZ, Manila

Die philippinischen Parlamentswahlen haben jedermann überrascht. Am meisten Präsident Marcos und seine ehrgeizige Politikergattin Imelda, die Gouverneurin von Metromanila und Ministerin für sozialen Wohnungsbau ist. Beide hatten einen überwältigenden Wahlsieg für die von ihnen geschaffene Regierungspartei „neue Gesellschaft" (KBL) prophezeit und dabei höchstens dreißig der 183 Parlamentssitze für die Kandidaten der Opposition eingeräumt.

Frau Imelda glaubte gar, daß alle 21 auf Metromanila entfallenden Mandate an die KBL gehen würden. Sie selbst hatte in diesen Wahlen auf eine Kandidatur verzichtet, eine Entscheidung, die sich jetzt als Glücksfall erweist. Frau Imelda hätte wahrscheinlich ebenso verloren wie die meisten der von ihr ausgesuchten KBL-Kandidaten. Die Wählerschaft nämlich stimmte anders als das Präsidentenpaar es erwartet hat.

In Metromanila siegten 15 Anwärter der Oppositionskoalition UNIDO. Die meisten Stimmen erhielt die Ex-Senatorin und Voristzende der liberalen Partei, Eva Estrada Kalaw, eine Frau, der man all das nachsagt, was Imelda Marcos offenbar nicht hat: Charme, politische Klugheit, Führerqualität und persönliche Bescheidenheit. Eine Frau, die wahrhaftig die Sympathien der Massen, der armen und der reichen hat.

Landesweit steht das offizielle Wahlergebnis noch aus. Niemand weiß, wann es verkündet wird. Der bisherige Stand nach Auskunft der offiziellen Wahlkommission: 81 Sitze für die KBL, 73 für die verschiedenen Oppositionsparteien und 14 für unabhängige Kandidaten. Mit wachsender Unruhe verfolgt die Bevölkerung in Manila und den Provinzen den weiteren Auszählungsverlauf. Hunderte von Wahlurnen in entlegenen Gegenden sind offenbar gestohlen worden, Auszählungsformulare wurden zur Unkenntlichkeit mit Tinte bespritzt, Wahlzettel auf Abfallhaufen gefunden. Hinweise auf Wahlfälschungen aus den Provinzen wie in Manila häufen sich.

„Über sechzig Prozent der Wählerschaft hat gegen die KBL gestimmt", meint der UNIDO-Wahlkampfmanager, Ernie Maceda. „Wir wissen, daß die Wahlauszählung gefälscht wird, aber wir können nicht mehr tun, als diese Fälschungen so schwierig wie möglich zu machen. Hunderttausende von Freiwilligen wachen seit dem Wahltag Tag und Nacht über den Auszählungsprozeß. In Manila ziehen Demonstranten durch die Straßen, als Warnung an die Marcos-Administration das Volk nicht zu betrügen. Bürgergruppen beraten, welche Aktionen sie unternehmen werden, wenn „das offizielle Wahlresultat nicht akzeptierbar" ist.

„Selbst wenn uns die Regierungsstrategen nur 50 Sitze zugestehen, werden wir mitspielen", sagt Maceda. „Sollten sie das Wahlergebnis jedoch auf unter 50 Sitze drücken, werden wir uns weigern, ins Parlament einzuziehen."

Präsident Marcos hat einen ersten Hinweis gegeben. Nach seinen Informationen, so sagte er, habe die KBL 45 Sitze errungen. Die Opposition und ihre vorwiegend jugendliche Anhängerschaft interpretiert diese Erklärung als Alarmsignal. „Wir haben uns vor den Wahlen nicht einschüchtern lassen", sagt ein Arbeiterführer, „ wir werden uns auch jetzt nicht einschüchtern lassen. Wenn Marcus uns dazu zwingt, werden wir auf die Straßen gehen, notfalls mit Waffen".

In politischen Kreisen Manilas aber überwiegt die Ansicht, Marcos werde das Volksvotum sorgfältig analysieren, über die Hälfte seines Kabinetts auswechseln und eine Politik der Reform beginnen. Selbst Marcos-Mitarbeiter geben zu, daß das Votum einen Ruf nach Wandel widergebe. Eines scheint jedenfalls festzustehen: diese Wahlen haben die Philippinen einen großen Schritt nach vorn in Richtung zur Demokratie gebracht.

Streit der Eidgenossen um Leopard 2

Von WALTER H. RUEB

Panzer machen in der Schweiz wieder einmal Schlagzeilen: war es Ende der 70er Jahre der skandalumwitterte Mängel-Panzer 68, so ist es diesmal der nach einhelligem Urteil von Fachleuten beste Panzer der Welt, nämlich der deutsche Leopard 2. Im Gegensatz zum Panzer-Skandal der Vergangenheit geht es diesmal jedoch nicht um mangelnde Qualität, sondern um zu hohe Preise.

Die Kritik richtet sich nicht etwa gegen die Hersteller des Leopard 2, die Münchner Firma und Flick-Tochter Krauss-Maffei, sondern gegen die Schweizer Regierung und die Rüstungsindustrie des Landes. Der Regierung wird vorgeworfen, für die Beschaffung des deutschen Kampfpanzers in der Form eines Lizenzbaus im eigenen Land die teuerste und ungünstigste Variante gewählt zu haben. Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SPS) und die Christlich-Demokratische Volkspartei (CVP) verlangten, das mit wenigstens fünf Milliarden Franken bisher größte eidgenössische Rüstungsvorhaben genau unter die Lupe zu nehmen. Immerhin seien die Beschaffungskosten in schweizerischer Lizenzfabrikation annähernd zwei Milliarden Franken höher . . .

Schweres Geschütz fuhr auch die bürgerliche Schweizerische Volkspartei (SVP) auf: Sie spielte der größten Zeitung des Landes den Brief der vier SVP-Vertreter in den Wehrausschüssen von Nationalrat (Parlament) und Ständerat (Kleine Kammer) zu, in welchem die Abgeordneten den erst seit Dezember 1983 amtierenden Verteidigungsminister Jean-Paul Delamuraz just am Ende der üblichen 100tägigen Schonzeit neuer Minister aufforderten, die Kosten des Panzergeschäfts durch ein unabhängiges Unternehmen überprüfen zu lassen, um zu hohe Gewinnspannen der eidgenössischen Industrie zu verhindern.

Das Geschrei um das Panzergeschäft ist einigermaßen überraschend, hatten doch die Volksvertreter im vergangenen Jahr einem Lizenzbau mit großer Mehrheit zugestimmt, obwohl schon damals von allen Seiten darauf hingewiesen wurde, daß ein Lizenzbau die Anschaffung der 420 gewünschten Panzer wesentlich verteuert. Sogar entsprechende Zahlen wurden seinerzeit genannt: 600 Millionen Franken.

Kritik wurde nur an der langsamen Kadenz der Panzerbeschaffung geübt: Nach dem Parlamentsbeschluß ist nämlich vorgesehen, in diesem Jahr eine erste Serie von 210 Panzern zu bestellen. Dafür beantragte die Regierung in Bern – der sowohl Sozialdemokraten wie auch Christdemokraten angehören – im Februar 1984 einen Kredit von 2,4 Milliarden Franken. Um die Truppe unverzüglich mit ersten Leos 2 für Ausbildung und Übung auszustatten, ist geplant, 35 Kampfpanzer direkt beim Hersteller zu kaufen, die übrigen 175 der ersten Serie sowie auch die zweiten 210 Kampfpanzer unter Federführung des Generalunternehmers Contraves AG in Zürich in Serien von je 35 pro Jahr herzustellen.

Führende Schweizer Sozialdemokraten errechneten, daß der Leopard 2 in der von der Schweizer Regierung gewählten Lizenzfabrikation auf 6,6 Millionen Franken pro Stück kommt. Demgegenüber bezahle die Bundeswehr für ihre 1800 Leos nur einen Stückpreis von 3,8 Millionen . . . Ferner wurde darauf verwiesen, daß sämtliche für die Schweizer Armee bestimmten 420 Leopard 2 nach dem Auslaufen der Produktion für die Bundeswehr und die Niederlande im April 1987 innerhalb eines Jahres in der Bundesrepublik fabriziert werden könnten. Dadurch ließe sich ein Stückpreis in der Größenordnung von vier Millionen Franken aushandeln. Von dem Argument der Arbeitsplatzsicherung in der Schweiz werde man sich in diesem Zusammenhang nicht ständig erpressen lassen, fügten die Sozialdemokraten hinzu.

Diese Bemerkung erregte angesichts der auch in der Schweiz spürbaren wirtschaftlichen Flaute gerade in der Maschinenindustrie Aufsehen und Unwillen. Die Gegner der „politisch beinahe unzüchtigen Allianz", wie eine Wochenzeitung das Zusammengehen von SPS, CVP und SVP bezeichnete, hatten auch bald ausgemacht, um was es Sozialdemokraten und bürgerlichen Kritikern des Rüstungsgeschäfts geht: Um politischen Bodengewinn nach schlechtem Abschneiden bei den Parlamentswahlen vom Oktober 1983 bei allen drei Parteien, um Ablenkung von innerparteilichen Schwierigkeiten und drohender Spaltung bei den Sozialdemokraten.

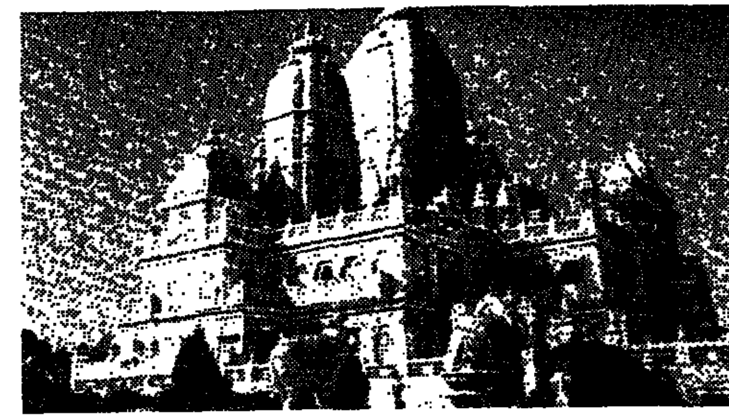
„Die Sozialdemokraten haben mit großem Eifer in Bonn recherchiert und sich nach den Preisen der 1800 beziehungsweise 445 Leos erkundigt, die der Bundeswehr und dem holländischen Heer verkauft wurden. Um die Situation in der Schweizer Industrie und die wirtschaftliche Zukunft ihrer eigenen Wähler angesichts der Unsicherheit der Arbeitsplätze aber kümmern sie sich nicht", sagte ein Vorstandsmitglied des Vereins Schweizerischer Maschinen-Industrieller (VSM). „Immerhin sichert der Lizenzbau Tausenden von Arbeitern während 15 Jahren den Arbeitsplatz."

Die Attacken von SPS, CVP und SVP blieben nicht unbeantwortet. Die mit der Projektleitung für den Lizenzbau beauftragte Bührle-Tochter Contraves wies die Vorwürfe, überhohe Gewinne anzustreben, als „unberechtigt" und „absolut verfehlt" zurück. Im Verteidigungsministerium sagte Pressesprecher Christian Kurth, erstens sei nichts endgültig beschlossen, zweitens könnten Preisvergleiche zwangsläufig nicht schlüssig sein, weil ja auch die jeweiligen Grundbedingungen unterschiedlich seien und drittens trete die Militärkommission des Ständerats erst Ende der Woche zusammen. Sie und jene des Nationalrats hätten zu prüfen, ob die vorgesehene Lizenzproduktion des neuen Kampfpanzers militär- und finanzpolitisch sowie volkswirtschaftlich zu vertreten sei. Es sei bedauerlich, daß die Kritiker mit derart schwerwiegendem und nicht näher begründetem Verdacht vorgeprellt seien, ohne die Kommissionsberatungen abzuwarten. Im übrigen hätte der Minister den Brief der SVP-Politiker bereits am 17. April beantwortet und schließlich schütze eine sogenannte Meistbegünstigungsklausel die Interessen der Schweiz. Dies bedeute, daß ein günstigerer Preis automatisch auch für die Schweiz gelte, wenn ein anderes Land den Leopard 2 zum gleichen Zeitpunkt zu besseren Konditionen erhalte.

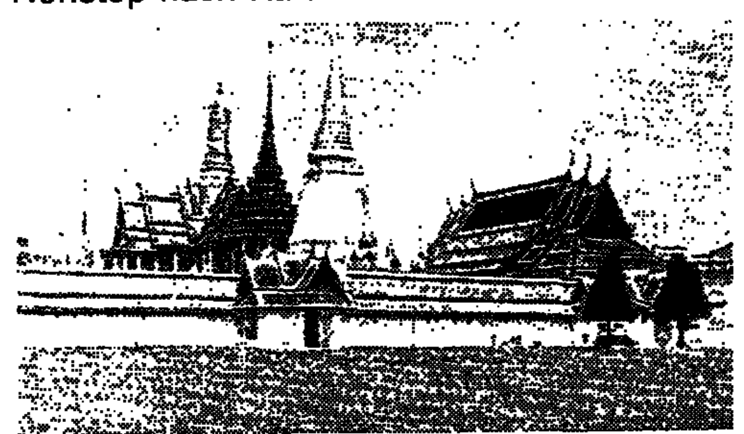
Ende dieser Woche wird der deutsche Kampfpanzer Leopard 2 Öffentlichkeit, Armee-Chefs und Militärkommissionen des Ständerats im Raum Chur am Hinterrhein erstmals bei Schießvergleichen mit dem Schweizer Panzer 68 sowie dem Centurion Panzer aus den 50er Jahren vorgestellt. In der anschließenden Pressekonferenz wird aber möglicherweise noch schärfer geschossen als zuvor auf dem Übungsgelände.

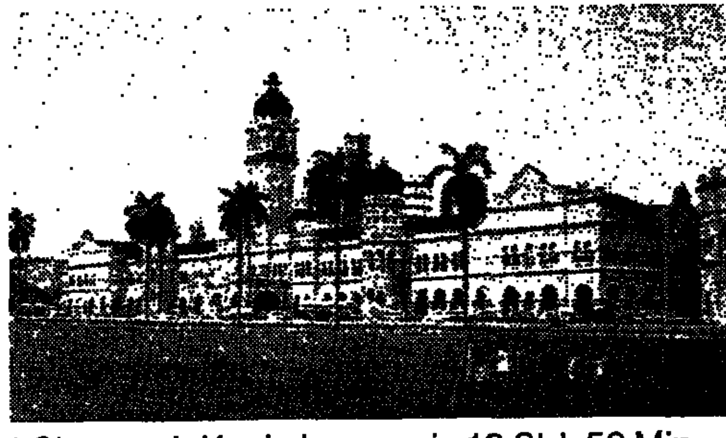
Wer nicht sooft Halt macht, kommt schneller ans Ziel: mit Lufthansa nach Fernost.

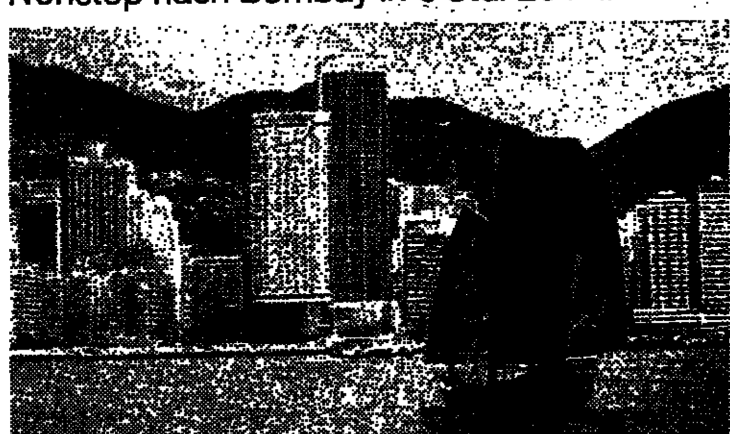

Nonstop nach Karachi in 7 Std. 30 Min.

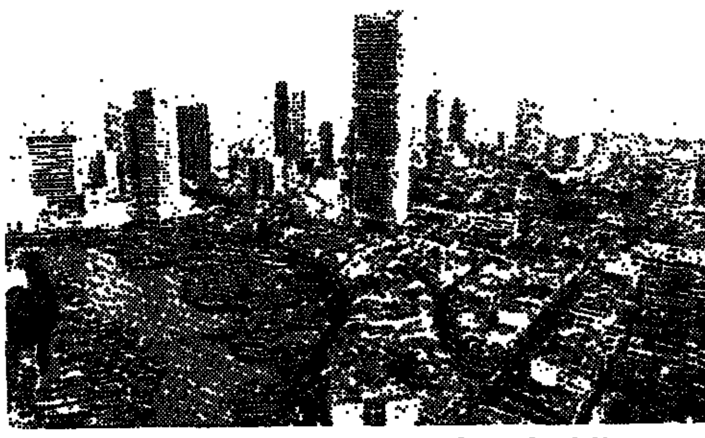

Nonstop nach Delhi in 8 Std. 15 Min.

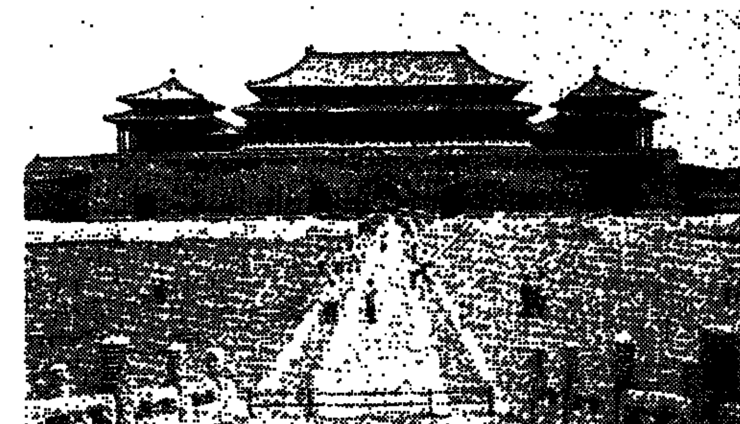

Nonstop nach Bombay in 8 Std. 25 Min.

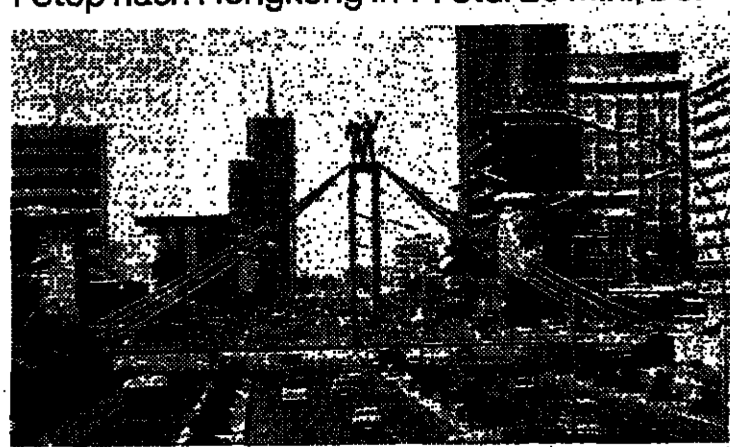

1 Stop nach Bangkok in 13 Std.


1 Stop nach Kuala Lumpur in 13 Std. 50 Min.


1 Stop nach Hongkong in 14 Std. 25 Min., Do.


1 Stop nach Singapore in 14 Std. 35 Min.

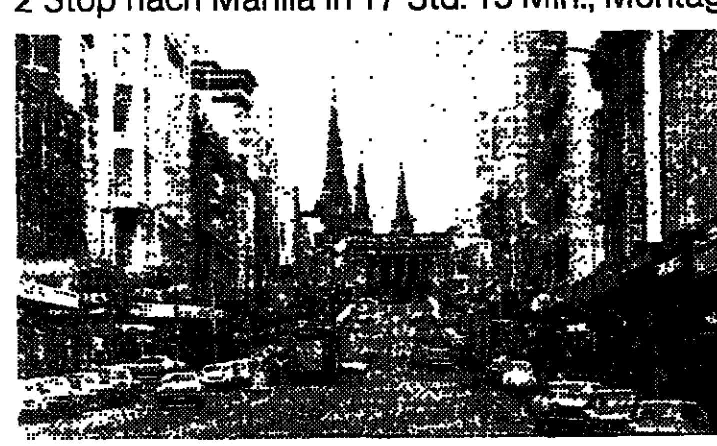

1 Stop nach Peking in 15 Std. 30 Min.

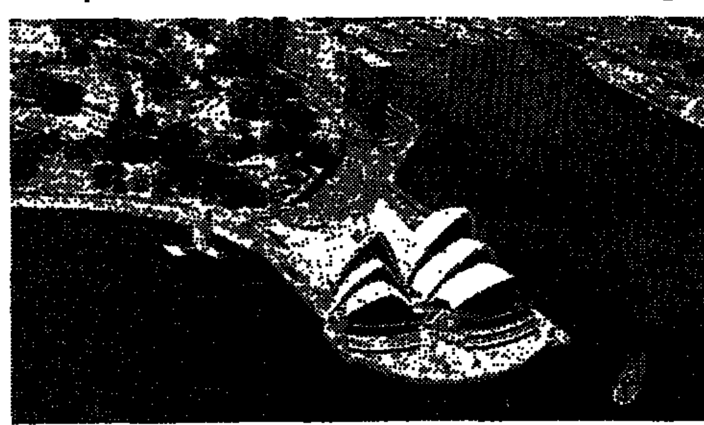

2 Stop nach Jakarta in 17 Std. 10 Min.


2 Stop nach Manila in 17 Std. 15 Min., Montag


1 Stop nach Tokio in 18 Std. 10 Min., Freitag


3 Stop nach Osaka in 20 Std. 55 Min.


2 Stop nach Melbourne in 22 Std. 20 Min.


3 Stop nach Sydney in 24 Std. 40 Min.


Fliegen mit allem Komfort.

Der Ferne Osten rückt immer näher. Denn Lufthansa hat auf den meisten Fernost-Routen die Flugzeiten erheblich verkürzt. Durch weniger Zwischenlandungen. So erreichen Sie Bombay, Delhi und Karachi non-stop, Hongkong und Tokio mit nur einer Zwischenlandung. Auch das Fernziel Australien ist schnell zu erreichen. Trotzdem bleibt genügend Zeit für den hervorragenden Langstrecken-Service der Lufthansa. In der Ersten Klasse mit besonders komfortablen Schlafsesseln, in der Lufthansa Business Class mit weiteren Komfortverbesserungen. Gleich für welche fernöstliche Metropole und für welche Klasse Sie sich entscheiden – buchen Sie Lufthansa. Dann sind Sie schneller am Ziel.



Der Unterschied ist Lufthansa

Fragen Sie Ihr Reisebüro mit Lufthansa-Agentur.

Der Risikofaktor Georgswerder

Von HERBERT SCHÜTTE

Wenn Hamburgs designierter Finanzsenator Horst Gobrecht (SPD) in den nächsten Wochen die Eckdaten für den neuen Haushalt 1985 aufstellt, muß er vor allem mit einem Risikofaktor rechnen: Georgswerder. Die „Bändigung" der Giftmülldeponie bedeutet nicht nur eine (finanz-)mathematische, sondern auch eine chemische Unbekannte in seiner *Haushalts-Kalkulation*.

Es gibt Experten, die für die Sanierung Beträge in Milliardenhöhe errechnet haben. Der zuständige Entsorgungs-Senator, Jörg Kuhbier, hat vorsorglich 50 Millionen Mark für Sanierungsmaßnahmen vorgesehen. Hamburg hofft im übrigen auf Hilfe von Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber. Denn Georgswerder – so wird Bürgermeister Klaus von Dohnanyi nicht müde zu beteuern – sei nur ein ans Licht getretenes exemplarisches Problem, das auch bei anderen Großstädten mit Sicherheit vorhanden sei.

Während Sanierungsfachleute Modelle für die Einkapselung und spätere Austrocknung des Bergkamms von 14 Millionen Kubikmeter Müll erarbeiten und sich über die Beseitigung von 50 000 Fässern Chemikalien – gerade in dieser Woche wurden die bisher höchsten Dioxin-Funde gemacht – bemühen sich auch die Hamburger Parlamentarier um Aufklärung. Die oppositionelle CDU hatte im Januar die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses beantragt, der die Ablagerung in Georgswerder und in anderen Deponien überprüfen soll.

Im Ausschuß, in dem die SPD über die Mehrheit verfügt und den Vorsitzenden stellt, gab es von Anfang an Spannungen. Die Beschlagnahme von Akten bei den Chemiewerken C. H. Boehringer (Gift-Lieferant für Georgswerder) und die Aktenfahndung im Garten der Abfallbeseitigungsfirma Uhlig geschahen gegen den Willen der CDU.

Landesbericht Hamburg

Bei der ersten öffentlichen Zeugenvernehmung am Dienstagabend eskalierten die Kontroversen innerhalb des „Parlaments-Gerichts".

Die Lunte hatte die Grün-Alternative Liste angelegt: Sie behauptete, daß der Boehringer-Konzern Hamburger Parteien Schmiergelder gezahlt habe. Der Untersuchungs-Auftrag wurde um die Aufklärung dieses Vorwurfs erweitert. SPD und CDU setzten gegen die Stimme des GAL-Vertreters durch, daß dieser Punkt als erster überprüft wurde. Der Versuch, die von der breiten Zustimmung aller Fraktionen getragenen Bemühungen um die Untersuchung des Georgswerder-Skandals in einen „Flick-Ersatz-Ausschuß" umzufunktionieren, schlug allerdings fehl.

Die als Zeugen geladenen Genossen, wie auch der Vorsitzende der CDU-Fraktion, Hartmut Perschau, erklärten klipp und klar, daß ihre Partei oder Fraktion weder direkt noch auf Umwegen über nahestehende Gesellschaften Spenden von Boehringer erhalten hätten. Oswald Paulig, zehn Jahre lang Hamburger SPD-Parteivorsitzender, „bürstete" den GAL-Vertreter, Rechtsanwalt Bernd Vetter, nach Strich und Faden ab. Als ihm Vetter mit einer nicht vom Untersuchungsauftrag gedeckten Frage kam und Paulig auf einen Einwand beschied: „Sie haben mich nicht zu belehren", entgegnete der ehemalige Chef der legendären „Bergedorfer Mafia": „Im Kabarett trete ich nur gegen Gage auf."

Dem Vorsitzenden der CDU-Fraktion, Hartmut Perschau, war ebensowenig beizukommen wie den ehemaligen Partei-Oberen und Schatzmeistern der SPD. „Es wäre wohl kaum zweckmäßig, ausgerechnet die Opposition finanziell auszustatten, wenn man auf Verwaltungsentscheidungen Druck ausüben wollte", informierte Perschau den – ebenfalls in Opposition stehenden – GAL-Vertreter über die Einflußlosigkeit, wenn man auf der anderen Seite sitzt. Als der Schatzmeister der hanseatischen Christdemokraten, der Bundestagsabgeordnete Gunnar Uldall, nach Spendenbriefen der CDU an Hamburger Firmen gefragt wurde meinte Uldall zu Vetter: „Diese Briefe werden von uns an viele Firmen turnusmäßig verschickt. Wenn Ihre Antwaltskanzlei etwas größer wäre, hätten Sie vielleicht auch einen solchen Brief erhalten."

„Bildung gibt es nicht zum Nulltarif"

Ministerin Wilms: Über neue Formen der Förderung muß nachgedacht werden

PETER PHILIPPS, **Bonn**

Bundesbildungsministerin Dorothee Wilms hat gestern ihre Absicht unterstrichen, in den Kabinetts- und Koalitionsverhandlungen über die geplante Steuerreform das Ziel nachdrücklich zu verfolgen, bei gleichzeitiger Sicherung der Ausbildungsfreibeträge die Kinderfreibeträge „kräftig anzuheben". Außerdem sollten mittelfristig die Ausbildungsfreibeträge weiter ausgeweitet werden. Die für 1986 vorgesehene Steuerreform sei *nur* ein „erster Schritt zu einer gesellschaftspolitischen Neuorientierung zu verstehen". Weil „Bildung und vor allem Weiterbildung nicht zum Nulltarif zu haben sind", reichten Steuererleichterungen, Kindergeld und Schülerförderung „vielleicht als Formen der Ausbildungsförderung nicht aus". Daher müsse auch über neue Formen nachgedacht werden, in erster Linie für kinderreiche Familien aus mittleren Einkommensschichten.

Frau Wilms unterstrich gestern ihre Absicht, auf vom Bund gesetzte Rahmendaten auch im Hochschulbereich nicht verzichten zu wollen. In diesem Zusammenhang sagte sie, offensichtlich in erster Linie an die Adresse der CDU-Fraktionen in den unionsregierten Ländern, die sich „auf die Suche nach Kompetenzen" gemacht hätten, daß bei allem Bekenntnis zum föderalen Prinzip der Bund „in der Bildungspolitik eine unverzichtbare Rolle spielt". Die „zentralplanerischen Hoffnungen und Euphorien der sechziger und siebziger Jahre" seien zwar verflogen, aber es sei dennoch weiterhin „dringend notwendig, daß die Bildungs- und die Wissenschaftspolitik am Kabinettstisch in Bonn nicht fehlen".

Als einen wesentlichen Beweis dafür führte die Bundesbildungsministerin das Hochschulrahmengesetz (HRG) an, dessen Novellierung zügiger und reibungsloser als vorher gedacht vorangehe. Der Referentenentwurf zu abstimmenden Beratungen mit den Ländern und dem Bundestag werde voraussichtlich im Herbst vorliegen, sich an ihren 16 Thesen zur Hochschulpolitik und den Prinzipien dieser Bundesregierung orientieren und dementsprechend „bundeseinheitliche Daten setzen, in deren Rahmen sich ein freiheitlicher Prozeß entwickeln kann". Es solle mehr Raum geschaffen werden für Qualität, Effektivität, Wettbewerb und eine Reform des akademischen Mittelbaus.

Diesen letzten Punkt sieht Frau Wilms als „zentrale politische Frage", nachdem durch die Bildungsexpan*sion der siebziger Jahre die meisten* Lehrstühle an den Hochschulen durch jüngere Professoren besetzt seien. Aber auch in diesem Bereich werde man – genau wie auf den meisten anderen, vom HRG geregelten Feldern – kein einheitliches Lösungsangebot in der Novelle machen, sondern die Vorgabe „mehrerer Schienen", keinen „alleinseligmachenden Weg", sondern Alternativ-Lösungen, aus denen sich die Länder und die einzelnen Hochschulen „die für die gegebene Situation geeignete Form auswählen" können.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Besinnung

„Besinnung tut not – Hellmut Diwald fordert Mut zur Vergangenheit": WELT vom 4. Mai

In einer Zeit, in der der Verlust der deutschen Identität immer mehr beklagt und die Notwendigkeit der Selbstfindung und des Selbstbewußtseins zunehmend gefordert wird, fordert der Erlanger Historiker „Mut zur Zukunft".

Was die Menschen brauchen (und hauptsächlich die jüngeren unter uns) sind Werte, und zwar Werte als Identifikationsmöglichkeiten. Alle Neu-Erkenntnis der Vergangenheit, alle Wahrheitserkenntnis dient doch allein der Gewinnung der Zukunft. Es sind deshalb die großen Werte unseres Volkes, das Bewußtsein des eigenen Wertes, der eigenen Identität, wieder auszugraben und für kommende Geschlechter zu bewahren.

Wenn wir uns alle wieder ins Gedächtnis zurückrufen, daß es eben auch einen eigenen Wert gibt, nämlich Deutscher zu sein, haben wir schon sehr viel gewonnen.

Die Wende des deutschen Schicksals, geistige Wiedergeburt anstatt biologischer Volkstod, wird aber nur dann möglich sein, wenn sich der Geist der Deutschen erneuert, wenn sie sich auf ihre ihnen innewohnende Kraft, die sich so oft in der Geschichte gezeigt hat, besinnen. Diese Erneuerung hat viele Vorbilder in unserer Vergangenheit. Viele Zeichen sprechen deutlich dafür, daß die Deutschen heute wieder auf dem Wege zu sich selber sind. Man spricht allen Orts wieder von der „deutschen Identität". Mit Adalbert Stifter zum Schluß sollten wir es halten, der einst mahnend sagte: „Ein Volk, das seine eigene Geschichte vergißt, vergißt, was es zusammenhält. Ihm geht das Bewußtsein gemeinsamen Schicksals verloren." Wie wahr!

W. Walz,
Jettingen

Mehrheiten?

Sehr geehrte WELT-Redakteure,

ich bin erschrocken, wie leicht sich in der Öffentlichkeit eine „Mehrheit" verkaufen läßt, die überhaupt keine ist. So sind z. B. im Metallbereich von Nordwürttemberg und Nordbaden 620 000 Arbeitnehmer beschäftigt. Nach Auskunft der Gewerkschafter sind davon 380 000 in der IG-Metall organisiert. Davon sind laut Gewerkschaftsverlautbarung 240 000 stimmberechtigt. Nach meiner Rechnung sind das jedoch nur 38,7 Prozent der Gesamtbelegschaft. Ein Stimmenanteil von 75 Prozent für den Streik würde bedeuten, daß nur 180 000 oder 29 Prozent aller Belegschaftsmitglieder für den Streik wären. Minderheiten werden auf diese Weise zu Mehrheiten.

Laut letztem Geschäftsbericht hat die IG-Metall im Tarifbezirk Hessen 216 000 Mitglieder. Als stimmberechtigt wurde eine Anzahl von 90 000 Mitgliedern genannt. Wird die IG-Metall zur Schrumpfgewerkschaft? Muß man in der Zukunft unterscheiden zwischen Gewerkschaftsberichts-Gewerkschaft und Urabstimmungs-Gewerkschaft? Wird der Elefant IG-Metall zur Maus, um durch das Nadelöhr einer erfolgreich durchgeführten Urabstimmung durchschlüpfen zu können?

Durch diese Berechnung der Gewerkschaften kann es passieren, daß Minderheiten die Zukunft der Mehrheit bestimmen. Ein so entscheidendes Problem wie die Einführung der 35-Stunden-Woche mit vollem Lohnausgleich darf jedoch meiner Meinung nach nicht einer kleinen Minderheit überlassen werden.

Dieter Arenz,
BJU-Vorstandssprecher Nordrhein,
Bonn

„Unglaubwürdig"

Die Angabe der Gewerkschaft, mehr als 80 % der Arbeiter sei für den Streik als Kampfmaßnahme zur Durchsetzung der 35-Stunden-Woche, halte ich für unglaubwürdig.

Anläßlich der Betriebsratswahlen vor ca. 6 Wochen hat nämlich der Betriebsrat der Firma TRACTO-TECHNIK die gewerblichen Arbeiter in geheimer Abstimmung gefragt, wer für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich sei. Dabei haben von 66 Befragten nur 6 dafür gestimmt, das sind weniger als 10 %.

Ohne Meinungsfanatismus oder falschverstandene Solidarität könnten doch sonst solche selbstschadenden Ideen, wie die der 35-Stunden-Woche, nicht solche Abstimmungsergebnisse bringen.

P. Schmidt,
Lennestadt 1

Wort des Tages

„Das Leben ist selbst mit Kummer und Qual gut. Ein Leben ohne Mühsal, Gram und Härte kommt in guten Zeiten allgemeiner Wohlfahrt einem wertlosen, langweiligen, uninteressanten Leben gleich. Nur ein Leben, das alles einschließt, gute und schlechte Zeiten, Leid sowohl als auch Glück, ist reich und lebenswert."

Thomas Wolfe; am. Autor (1900–1938)

Personalien

AUSZEICHNUNG

Die deutsche Sekretärin des japanischen Botschafters **Hiromichi Miyazaki** in Bonn, **Anne-Maria Zyczynski**, ist gestern mit dem Orden vom Heiligen Schatz in der Kanzlei der Japanischen Botschaft ausgezeichnet worden. Anne-Maria Zyczynski ist seit 1942 als Sekretärin bei den japanischen Botschaftern tätig, angefangen von Botschafter **Hiroshi Oshima** bis zu Botschafter **Miyazaki**, dem zwölften Botschafter in ihrer Dienstzeit. In den Jahren, in denen sie während des Krieges ihren Dienst in der Kaiserlichen Botschaft ausübte, herrschte in Berlin wegen der alliierten Luftangriffe und dem Feuer der sowjetischen Truppen äußerste Verwirrung. Sie hat sich damals Verdienste um das Leben der Mitglieder der Botschaft erworben. „Sie hat alle gestärkt und diente ihnen als geistige Zufluchsstätte", wie Botschafter Miyazaki erklärte.

VERANSTALTUNG

Der Bernard & Graefe Verlag in der Verlagsgruppe Mönch hat gestern im Restaurant „Am Tulpenfeld" in Bonn in Anwesenheit des Staatsministers im Auswärtigen Amt, **Jürgen Möllemann**, ein brisantes Buch in deutscher und englischer Sprachevorgestellt: „GSG 9 – Kommando gegen den Terrorismus". Der BGS-Kommandeur **Ulrich K. Wegner** – der Gründer der GSG 9 – hob bei der Buchvorstellung besonders die Verdienste des Autors **Rolf Tophoven** hervor. Dem Publizisten und WELT-Autor sei es gelungen, mit diesem Werk ein äußerst sachliches und informatives Werk für die Öffentlichkeit zu erstelen. Tophoven,der zahlreiche Veröffentlichungen über das Phänomen Guerrilla und das des internationalen Terrorismus geschrieben hat, „ist zugleich ein Freund der GSG 9, ein Insider auf dem Gebiet von Anti-Terror-Strategien", wie Wegner betonte. *Unter den Gästen, die zur Re*präsentation erschienen, war sehr viel in- und ausländische Prominenz aus dem Militär- und Sicherheitsbereich. Darunter Israels Militärattaché Oberst **Schmuel Schacham**, der stellvertretende US-Heeresattaché **Mc Daniel** und auch der Verteidigungs-Attaché der Volksrepublik China **Yu Gang**.



Maschinenpistole eingesetzt in die Kugelblende des GSG 9-Fahrzeuges FOTO: H.WESSLING

DIPLOMATIE

***Hans-Werner Graf Finck von* Finckenstein**, seit fünf Jahren Protokollchef der Bundesregierung, soll in Kürze neuer deutscher Botschafter in Argentinien werden. Zur Zeit im Gespräch als Nachfolger von Graf Finckenstein in Bonn ist **Werner Graf von der Schulenburg**, bisher Leiter des Organisationsreferates. Bisheriger Botschafter in Argentinien ist Dr. **Paul Verbeek**.

*

Klaus Blech, bisher Botschafter in Tokio, soll neuer Staatssekretär im Bundespräsidialamt werden, wenn **Richard von Weizsäcker** sein Amt als Bundespräsident antritt. Blech ist dann Nachfolger von Staatssekretär **Hans Neusel**.

EHRUNGEN

Der Aachener Mikroelektronik-Professor **Heinz Beneking** ist mit der Carl-Friedrich-Gauß-Medaille der Braunschweigischen Wissen*schaftlichen Gesellschaft geehrt* worden. Professor **Günter Lautz** von der Technischen Universität Braunschweig hob in seiner Laudatio hervor: Beneking hat mit neuartigen Präparationsverfahren und Meßtechniken wesentliche Voraussetzungen für die weitergehende Integration elektrischer Schaltkreise geschaffen.

*

Der Schriftsteller **Martin Walser** hat von seiner Geburtsgemeinde *Wasserburg am Bodensee, in der er* im Mätz 1927 geboren wurde, die Ehrenbürgerschaft verliehen bekommen. In der Laudatio für den Schriftsteller erinnerte sein ehemaliger Deutschlehrer Profesor **Friedrich-Wilhelm Wetzlaff** an den jungen Walser im Jahre 1946 in Lindau, wo dem Abiturienten nach einem literarischen Schülerstreich das Zeugnis der Reife aberkannt werden sollte, hätte sich sein Lehrer damals nicht für ihn eingesetzt.

GEBURTSTAG

Zum 150. Geburtstag des China-Forschers **Ferdinand von Richthofen** werden seit gestern bis zum 12. Juni im Oberschlesischen Landesmuseum in Ratingen-Hösel bei Düsseldorf chinesische Kartenschätze nd europäische Forschungsdokumente über Ostasien gezeigt. Die Schau kam im Zusammenwirken mit der Stiftung Preußischer Kulturbesitz zustande.

BASKETBALL

Klein rechnet mit einem dritten Rang

sid, Orléans

Strenge Disziplin, professionelles Denken und bedingungsloser Einsatz bis zur letzten Schlußsirene – so lautet die Devise von Basketball-Bundestrainer Ralph Klein, mit dem die großen Hoffnungen auf die dritte Teilnahme einer deutschen Nationalmannschaft bei Olympischen Spielen nach 1936 (Berlin) und 1972 (München) verknüpft sind. Beim Qualifikations-Turnier für Los Angeles betreute Klein die DBB-Auswahl beim 88:65-Auftaktsieg in Orléans (Frankreich) gegen Österreich erstmals bei einem internationalen Turnier.

„Die Mannschaft ist gut vorbereitet und hat große Chancen auf den dritten Platz", verkündet Klein aufgrund der Eindrücke nach einer sechswöchigen Vorbereitung. „Eine gute Kondition, aber auch Glück mit den Schiedsrichtern werden wir benötigen", meint der 52 Jahre alte Trainer, der eine gute Plazierung in Orléans und Paris als wichtigen Meilenstein im Hinblick auf die Europameisterschaft 1985 in Deutschland sieht.

„Nach dem achten Platz bei der Europameisterschaft im letzten Jahr müssen wir diese große Chance nutzen, um den Basketball in Deutschland noch populärer zu machen", erklärte Klein, an dem erste Kritiken laut wurden, nachdem er mit dem BSC Saturn Köln die Meisterschaft und den Pokalsieg an Göttingen verloren hatte. „Ich bin es aus der Zeit bei Maccabi Tel Aviv gewöhnt, unter Erfolgsdruck zu arbeiten", meinte der 120malige Nationalspieler, dessen spektakuläre Verpflichtung in der Domstadt vor Beginn der letzten Saison für einiges Aufsehen sorgte.

„Ein Team muß wachsen", sagt der ehemalige Dozent am Wingate-College (Tel Aviv), der Basketball als seinen Lebensinhalt bezeichnet. Seine Erfolgsliste ist imponierend: Mit Maccabi gewann der gebürtige Berliner, der seit 1951 in Israel lebte, neunmal den Meistertitel und achtmal das Double, also Meisterschaft und Pokal in einer Saison. Dreimal führte er den Klub, für den er selbst von 1951 bis 1964 spielte, in das Europapokal-Finale. 1981 feierte er mit dem Gewinn des Cups den bisher größten Erfolg.

FUSSBALL

Lattek von Mailand sehr enttäuscht

dpa, Mailand/Gelsenkirchen

Das Millionenspiel wurde zum Flop. Karl-Heinz Rummenigge, der im Freundschaftsspiel bei Inter Mailand einen Teil seiner Ablösesumme von zehn Millionen Mark wieder einspielen sollte, war enttäuscht vom schwachen Besucherzuspruch (10 288 sowie 5000 Jugendliche mit Freikarten) im 80 000 Zuschauer fassenden Mailänder Meazza-Stadion: „Ich führe den schlechten Besuch auf das miserable Wetter zurück. Wenn hier die Sonne scheint und ein guter Gegner da ist, ist hier sicher was los." In der 83. Minute war Rummenigge für die Bayern an seinem neuen Arbeitsplatz erfolgreich, ehe seinem künftigen Mannschafts-Kollegen Muraro der Ausgleich gelang. Bayern-Trainer Udo Lattek über die Mailänder: „Oben würden die bei uns in der Bundesliga bestimmt nicht mitspielen."

Nach dem Spiel fand ein Essen beider Teams in einem noblen Nachtklub statt. Dabei kam es zu einem längeren Gespräch zwischen Rummenigge und Hansi Müller, den Inter zum Saisonende wahrscheinlich nach Verona abschiebt. Rummenigge: „Ich glaube, mit ihm gut spielen zu können, aber auf die Vereinspolitik will ich keinen Einfluß nehmen."

*

Mit einem 5:0-Erfolg über Alemannia Aachen tat Schalke 04 einen großen Schritt zur erfolgreichen Rückkehr in die Bundesliga. Euphorie aber war unerwünscht. Manager Rudi Assauer: „Heute gibt es noch Wasser." Der Champagner soll am Samstag getrunken werden, wenn bei Fortuna Köln der noch fehlende Punkt zum Aufstieg geholt wurde.

Für diesen Zeitpunkt haben die Schalker schon vorausgedacht: Mit Dieter Schatzschneider vom Hamburger SV und Gerd Kleppinger von Karlsruhe werden zwei Spieler verpflichtet, die Trainer Diethelm Ferner noch aus gemeinsamen Zeiten bei Hannover 96 gut kennt. Dritter Neuzugang soll der Norweger Anders Giske (bisher Nürnberg) sein. Noch unklar ist, wie der Schatzschneider-Transfer finanziert werden soll. Präsident Hans-Joachim Fenne, ein Unternehmensberater, sagt: „Irgendwie machen wir das schon."

Olympia ständig in Olympia – Gefühl und Logik

Die Idee ist plausibel – und gerade deshalb auch so alt. Älter noch als Pierre de Coubertin, der als Vater der modernen Olympischen Spiele gefeiert wird und eben diese Idee schon bekämpfte, als er „seine" Spiele ins Leben rief. Er mußte überstimmt werden, das Jahr 1896 paßte ihm ebensowenig wie der Austragungsort Athen. Der Beginn neuer sportlicher Zeiten sollte mit dem Beginn des neuen Jahrhunderts zusammenfallen, im Jahre 1900 in Paris, keine Frage, schließlich war der Baron Franzose.

Der Plan klingt so selbstverständlich – gerade deshalb ist er nie aus der Diskussion verschwunden: Gebt den Griechen, was der Griechen ist, Olympia gehört ins antike Olympia. So dachte schon der Engländer Robert Dover vor 380 Jahren, doch seine „Englischen Olympischen Spiele" mußten 1604 dann doch in Britannien stattfinden. Olympia stand, weil von den Osmanen okkupiert, nicht zur Verfügung.

Der kommunistische Boykott der Sommerspiele von Los Angeles hat nur neu belebt, was im regelmäßigen Abstand von nun schon drei Olympiaden Schlagzeilen macht und vor vier Jahren – der Boykott der Spiele in Moskau war in Washington beschlossen – zu einer Abstimmung im Senat der USA führte. Mit 88:4 Stimmen folgten die Senatoren ihrem Präsidenten Jimmy Carter, für Griechenland als künftigen festen Standort der Sommerspiele einzutreten. Die „New York Times" sekundierte: „Logik und Gefühl sprechen für Griechenland."

1976, nachdem die Schwarzafrikaner Montreal verlassen hatten, 1980 und jetzt wieder kämpfte und bemüht sich Griechenlands Staatspräsident Konstantin Karamanlis, das sportliche Sepktakel zu seinen Ursprüngen zurückzuführen. Heute zitiert er wieder aus einem Brief, den er 1976 an das Internationale Olympische Komitee (IOC) geschrieben hatte und auf den er sich auch 1980 berief: „Ich glaube, daß die Wahl Griechenlands als ständiger Austragungsort der Olympischen Spiele der einzige Weg ist, diese Einrichtung zu sanieren ... Denn hierdurch wird der olympische Gedanke von den weltpolitischen und ideologischen Auseinandersetzungen, von dem Zusammenspiel von Ruhmsucht und Berufssport sowie von der kommerziellen Nutzung und den wirtschaftlichen Problemen, die das Ergebnis ihrer heutigen Form sind, befreit."

Das IOC tat, was Politiker auch tun: Es setzte eine Kommission ein, die berichtete beim Olympischen Kongreß von Baden-Baden (1981), die Vollversammlung lehnte ab. Die wichtigsten Argumente des Nein: Es diene der Idee mehr, wenn die Spiele durch die ganze Welt wanderten; die

STAND ● PUNKT

politischen Probleme verschöben sich nur. Schwarzafrika hätte auch Griechenland aus Protest gegen ein Rugby-Spiel Neusselands in Südafrika verlassen (wie 1976 Montreal). Und ob die USA im antiken Olympia ihre Athleten in den Wettstreit gegen Bürger der in Afghanistan kriegführenden Sowjetunion geschickt hätten, sei ebenfalls fraglich. (Zumindest letzteres ist belanglos im Vergleich zur Frage, ob ein Land, das ein anderes überfällt, nicht ohnehin von den Spielen ausgeschlossen werden muß.)

Und dennoch: Die Zerstörung eines Traumes hat den Beginn eines nächsten noch nie verhindert. Die Idee, unweit der Ausgrabungsstätten des antiken Olympia eine exterritoriale, autonome olympische Region zu schaffen, sollte nicht nur die Phantasie beflügeln. Der Vatikan oder Mini-Staaten wie San Marino als Beispiel. Dort könne das IOC seinen Sitz haben, seine Funktionäre die Sportstätten betreuen, alles finanziert nach Art der Unesco, entsprechend dem Pro-Kopf-Einkommen der IOC-Mitgliedsländer.

Der politisch neutrale, weltweit finanzierte Olympia-Staat – eine neue Utopie, die nur blauäugig die Träume des ausgehenden 19. Jahrhunderts ersetzt, die jetzt unter dem Druck der Realitäten zerbröseln? Griechenland ist bei seinen Bemühungen, zu retten, was noch zu retten ist, schon lange nicht mehr alleine. Die CDU-Abgeordneten Horst Langers, Elmar Brock und Egon Klepsch wollen für den 24. Mai einen Dringlichkeitsantrag im Europäischen Parlament einbringen. EG-Kommission und Ministerrat sollen aufgefordert werden, sich für die Abhaltung der Olympischen Spiele nur noch in Griechenland einzusetzen. Senator Bill Bradley, 1964 Mitglied der Basketball-Nationalmannschaft, die für die USA Gold gewann, will, daß der amerikanische Kongreß eine ähnliche Resolution verabschiedet: „Die Zeit ist gekommen, die Olympischen Spiele ständig in einem Land auszutragen, das es ermöglicht, die Spiele vom ständigen Druck der internationalen Politik zu befreien."

Warum also nicht ein Olympia-Staat auf dem Gebiet Griechenlands? Das IOC schweigt und beharrt auf seiner Maxime, die Spiele gehörten der ganzen Welt. Wie denn noch, wann denn wieder, vielleicht 1988 in Seoul? Entweder: Das ganze Unternehmen vergessen, bis es irgendwann einmal – wie die antiken Spiele nach 2000 Jahren – neu belebt wird. Oder (Victor Hugo): „Nichts auf der Welt ist so mächtig wie eine Idee, deren Zeit gekommen ist."

FRANK QUEDNAU

OLYMPIA / Afrikaner kommen nach Los Angeles

„Boykott unter Einfluß der UdSSR ist nicht vorstellbar"

dpa, Hamburg/Washington

Die afrikanischen Nationen werden nach den Worten des Generalsekretärs des Obersten Afrikanischen Sportrates, Amadou Lamine Ba, an den Olympischen Spielen in Los Angeles teilnehmen. Nach einem Bericht der „Washington Post" erklärte Lamine Ba in Yaounde/Kamerun, ein Boykott durch afrikanische Staaten „auf Ersuchen oder unter dem Einfluß der Sowjetunion ist derzeit nicht vorstellbar".

Mit der Teilnahme der Afrikaner würde sich der von der Sowjetunion initiierte Olympia-Boykott möglicherweise nicht in dem Ausmaße ausweiten, wie offensichtlich selbst vom Internationalen Olympischen Komitee (IOC) befürchtet. IOC-Präsident Juan Antonio Samaranch hatte am Rande der Sportministerkonferenz von 21 Ländern des Europarats in La Valletta auf Malta erklärt: „Im Moment rechne ich damit, daß ungefähr 100 statt der ursprünglich erwarteten 140 Länder in Los Angeles teilnehmen."

Lamine Ba kündigte in Yaounde an, daß das Exekutiv-Komitee des afrikanischen Sportrates am 16. und 17. Juni in Obervolta die durch die sowjetische Absage entstandene Lage erörtern und seine abschließende Entscheidung treffen werde. Er bedauerte die Moskauer Entscheidung und verurteilte zugleich die Tournee der britischen Rubgy-Nationalmannschaft durch Südafrika als „einen Akt bewußter Provokation". 1976 hatten 26 afrikanische Länder die Olympischen Spiele in Montreal boykottiert, weil ein neuseeländisches Rugby-Team in Südafrika gespielt hatte und das IOC Neuseeland daraufhin nicht von den Spielen ausschloß.

SPORT-NACHRICHTEN

„DDR"-Schwimmer floh

Rom (dpa) – Der 19 Jahre alte Schwimmer Frank Hoffmeister hat sich in Rom von der „DDR"-Mannschaft abgesetzt und die Botschaft der Bundesrepublik in Italien um Ausstellung eines Passes gebeten. Die Mannschaft ist inzwischen ohne ihn in die „DDR" zurückgekehrt. Es wird vermutet, daß der Erfurter in der Bundesrepublik bleiben wird.

Kein Veto gegen Torjubel

Frankfurt (dpa) – Auf deutschen Fußballplätzen dürfen sich die Spieler weiter ausgelassen über ein Tor freuen. Damit wird der Deutsche Fußball-Bund (DFB) der neuen Bestimmung der Europäischen Fußball-Union (UEFA) nicht Folge leisten, wonach ein Spieler die gelbe Karte erhalten soll, der sein Tor zu ausgiebig feiert.

Japaner als Co-Trainer

Bielefeld (dpa) – Der Fußball-Bundesligaklub Arminia Bielefeld hat den Japaner Ryohei Suzuki (32) für ein Jahr als Assistenz-Trainer verpflichtet. Der Japaner besitzt die erforderliche Fußball-Lehrer-Lizenz des Deutschen Fußball-Bundes (DFB), die Bielefelds Cheftrainer Gerd Roggensack nicht besitzt. Roggensack bekam vom Verein die Auflage, die Lizenz im nächsten Lehrgang zu erwerben.

Eder zu Bayern München

Nürnberg (sid) – Für eine Ablösesumme von 150 000 Mark wechselt der 28 Jahre alte Verteidiger Norbert Eder vom Fußball-Bundesliga-Absteiger Nürnberg zum FC Bayern München. Manfred Müller, bisher Reservetorwart in München, wird in Nürnberg Lizenzspieler-Obmann und Assistent von Trainer Heinz Höher. Der frühere Nationalspieler Luggi Müller soll künftig für die Nürnberger als Talentsucher arbeiten.

ZAHLEN

FUSSBALL

Privatspiel in Mailand: Inter Mailand – Bayern München 1:1 (0:0). – **Englische Meisterschaft:** Liverpool – Norwich 1:1. – **Länderspiel in Kouvola:** Finnland – UdSSR 1:3. – **Freundschaftsspiel:** CSSR B (ehemals Olympia-Auswahl) – Saarbrücken 3:1.

TENNIS

77. Internationale Deutsche Meisterschaften der Damen in Berlin (150 000 Dollar), erste Runde: Okagawa (Japan) – Wieser (Deutschland) 6:3, 6:3. – **69. Internationale Bayerische Meisterschaften** in München, erste Runde, Herren-Einzel: Becker – Beutel (beide Deutschland) 3:6, 6:1, 7:6, Gehring (Deutschland) – Doyle (USA) 6:1, 6:4.

LEICHTATHLETIK

Hochsprung-Meeting in Leuwen/Belgien: Männer: 1. Annys (Belgien) 2,23 m, 2. Thränhardt (Deutschland) 2,23. – Frauen: 1. Soetewey (Belgien) 1,90, 2. Wziontek (Deutschland) 1,83.

BASKETBALL

Olympia-Qualifikation, Herren, in Frankreich, erster Spieltag, Gruppe C in Orléans: Deutschland – Österreich 88:65, Frankreich – Belgien 111:105 nach Verlängerung.

Folgenschwerer Eingriff des Menschen in die Natur: Der Assuan-Staudamm

Fluch und Segen des Sadd el Aali

Der Nil ist unter den Brücken von Kairo über 300 Meter breit. Die Wasserfarbe ist braun bis dunkelgrün. Die Behörden warnen davor, im Fluß zu baden. Denn Abwässer und Bilharzia-Erreger verseuchen das Wasser. Trotzdem bleibt Vater Nil die Lebensader Ägyptens. Das Land, zu 93 Prozent Wüste, ist ein Geschenk des Nils, wie schon Herodot wußte.

Es ist einmalig in der Welt, daß ein Land mit 46 Millionen Menschen völlig abhängig ist von Wasserquellen in fremden Staaten, da es keine eigenen Flüsse auf seinem Staatsgebiet besitzt und nur Grundwasser erbohren kann. Die Wassermassen, die jede Minute unter den Brücken von Kairo nach Norden fließen, kommen zum Teil über 6000 Kilometer weit her und stammen aus den Regengebieten Äthiopiens, Südsudans, Ugandas, Tansanias und der dortigen Seen. Das

Aus Forschung und Technik – ZDF, 21.00 Uhr

unterstreicht die ungeheure Abhängigkeit Ägyptens von Afrika. Wenn der Nil gesperrt wird, stirbt Ägypten.

Es gibt nur eine Ausnahme: Seit über 15 Jahren staut der Hochdamm von Assuan das Nilwasser in einem riesigen See, der bis zur sudanesischen Grenze reicht. Dieser 110 Meter hohe „Sadd El Aali" versperrt zwar der Schiffahrt zwischen beiden Ländern den Weg, aber er sichert Ägypten auch in Trockenperioden wie jetzt das lebenswichtige Wasser in ausreichender Menge.

Ägypten ist dank dem Hochdamm, der eine politische Demonstration des Präsidenten Abdel Nasser (1952-1970) und der Sowjets war, von den Durst-Nöten der Sahelzone und Nordafrikas verschont geblieben. Und auch von katastrophalen Hochfluten und Überschwemmungen. In gleichbleibender Höhe fließt der Nil jetzt durch Ägypten und bewässert zusätzlich bis zu 100 000 Hektar und ermöglicht den Fellachen-Bauern zwei bis drei Ernten. Zusätzlich fließt elektrischer Strom aus Turbinen in neue Industriewerke wie das Aluminium-Werk von Nag Hammadi und nach Kairo sowie in die Delta-Städte mit ihrer überbordenden Bevölkerung.

Wenn man heute auf der Wüstenstraße von Kairo nach Alexandrien fährt und schon in der Mitte der 230 Kilometer langen Strecke grüne Felder und Bäume sieht, dann ist auch das ein Werk des Hochdamms. Neue Kanäle ermöglichten die Ausdehnung des Fruchtlandes am Wüstenrand, die gleichmäßige Wasserversorgung wird durch elektrische Pumpen gesichert. Aber wer dann ins Delta abbiegt, sieht auch die Nachteile, die „Sadd el Aali" Ägypten gebracht hat.

Denn die Natur wurde nicht nur genutzt, sondern auch in einer Weise ausgenutzt, wie es sich die Planer der fünfziger Jahre nicht vorstellen konnten. Aus politischen Gründen – weil man eine demonstrative neue „Pyramide" bauen wollte – verwarf Kairo Pläne für mehrere kleine Nil-Dämme. So entstanden durch den Hochdamm Umweltfolgen wie die langsame Klima-Änderung im Süden oder Umwelt-Belastungen, an die vorher keiner gedacht hatte.

Da gibt es schon auf weiten Strekken eine Versalzung des Bodens durch zu intensive Bewässerung. Das Wasser spült Salz aus dem Boden, die ausbleibende Hochflut wäscht es nicht mehr weg. Dazu bleibt der fruchtbare Nilschlamm aus. Künstlicher Dünger mußte her, die Düngung aber mußte erst den Fellachen beigebracht werden. Die Deutschen bauten zwar für eine Viertelmilliarde Mark eine Düngemittel-Fabrik bei Abukir, aber die Produktion reicht noch nicht aus.

Dann haben die Ingenieure seit Jahren Ärger mit den großen russischen Turbinen im Kraftwerk des Hochdamms. Meist liefen bisher nur vier, also die Hälfte. Jetzt werden alle Turbinen und Generatoren von amerikanischen Firmen ausgewechselt, ein Milliarden-Projekt. Dazu ist der Strombedarf zu hoch angesetzt worden, denn Assuan wird schon in den neunziger Jahren durch zwei Atomkraftwerke entlastet. Alles in allem ist der Assuan-Damm eben ein bißchen zu groß, zu gewaltig geraten.

Bonn sorgte durch technische Hilfe dafür, daß die Folgeschäden und die Nachfinanzierung der Hochdamm-Schäden den Ägyptern nicht völlig über den Kopf wachsen. So werden seit 1982 über 6,5 Millionen Mark für die Eindämmung der Ratten-Plage gezahlt, die in Kairo schon die Häuser bis ins 6. Stockwerk erobert haben. Früher spülte die Nilflut im Sommer die Rattenbrut weg, die heute die zusätzlichen Ernten auffrißt.

Der Hochdamm hat Ägypten Segen und Schaden gebracht, der Eingriff des Menschen in die Natur war folgenschwer. Manches kann noch verbessert werden, vieles muß repariert werden. Aber das kostet alles Geld, und gerade das wollte man ja sparen.

PETER M. RANKE



Ägyptens Lebensader: der Nil, der hier gemächlich an der Insel Elephantine vorbeiströmt. FOTO: AP

STUDIO

Für die **bundesweite Ausstrahlung des dritten bayerischen Fernsehprogramms** über einen Satelliten schon ab 1985 will sich der amtierende CSU-Generalsekretär und Vorsitzende seiner Fraktion im Bayerischen Landtag, Gerold Tandler, einsetzen. Er wies darauf hin, daß die Rundfunk-Kommission der Länder bis Juni einen Vorschlag erarbeiten wolle, der die Nutzung der Satelliten-Kanäle regeln solle. Da das bayerische unter allen dritten Programmen das größte Zuschauerinteresse gefunden habe, sei es sinnvoll, gerade dieses Angebot so bald wie möglich bundesweit nutzbar zu machen. Damit werde man auch den Zielen des nach Tandlers Ansicht erfolgreich zu einem Vollprogramm ausgebauten dritten Kanals gerecht, Bayern nicht nur zu Bayern zu bringen, sondern auch „unser Land und Leben in Deutschland und Europa sichtbar und erkennbar zu machen". Mit seiner Initiative will Tandler nach eigenem Bekunden auch deutlich machen, daß es ihm in Bayern nicht nur um die Zulassung privater neuer Veranstalter, sondern gleichzeitig auch um die Weiterentwicklung des Bayerischen Rundfunks gehe. Der Ausbau zu einem bundesweit attraktiven Programm sei, so Tandler, ein Schritt in die richtige Richtung. epd

*

Zehn ihrer **Bambi-Fernsehpreise 1984** wird die Zeitschrift „Bild und Funk" morgen in München verleihen. Als „Förderer der neuen Medien" erhält der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Bernhard Vogel die Figur. Weitere Preisträger sind der NDR-Intendant Friedrich Wilhelm Räuker, der ZDF-Korrespondent Dietrich Kronzucker und ZDF-Unterhaltungschef Wolfgang Penk. Außerdem gehören zu den Preisträgern „Tatort"-Kommissar Götz George, die dänische Schlagersängerin Gitte Haenning, „Denver"-Star Pamela Sue Martin, die Schauspieler Thekla Carola Wied und Peter Weck aus der Fernsehserie „Ich heirate eine Familie" sowie der Biathlon-Olympiasieger von Sarajevo, Peter Angerer. dpa



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.25 Die Sendung mit der Maus
10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.23 Fußball-Europapokal
11.25 Boulevard Paris
Bilder aus einer Weltstadt
12.10 ZDF Magazin
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Wencke voraus!
Bühnenshow auf hoher See mit Wencke Myhre
16.55 Was ist was?
Mit Professor Heinz Haber
13. Folge: Sieger über die Krankheit
Antibiotika / Natürliche Medikamente / Immunsystem / Tierversuche
17.25 Alpha 5
Eine Computer-Spiel-Show
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Schlag auf Schlag
Dr. Jörg D. Hoppe, Vorsitzender „Marburger Bund – Verband der angestellten und beamteten Ärzte Deutschlands
Moderation: Claus Hinrich Casdorff
21.15 Wer dreimal lügt
Kein Quiz für Leichtgläubige
Mit Wolfgang Spier
21.45 Kennen Sie Kino?
Rainer Brandt informiert über neue Filme
22.30 Tagesthemen
23.00 Einmal im Leben (2)
Geschichte meines Eigenheims
Nachdem alle Vorbereitungen erledigt sind, können die Semmelings mit dem Bau ihres Eigenheims beginnen. Um Geld zu sparen, gründen sie eine eigene Baustoffgroßhandlung. Doch da bekommt Herr Semmeling Ärger mit seinem Arbeitgeber ...
0.20 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Die Alten und die Jungen
Vier Generationen leben in einem Hof auf der nordfriesischen Insel Pellworm. Der Film von Hella André beobachtet das Nebeneinander der verschiedenen Altersstufen in einer Zeit, in der besonders häufig von schweren Generationskonflikten geredet wird
anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Mickys Trickparade
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Hölderlin-Gymnasium Nürtingen
anschl. heute-Schlagzeilen
18.00 Hallo – Hotel Sacher ... Portier!
19.00 heute
19.30 Dalli-Dalli
Quiz mit Hans Rosenthal
21.00 Aus Forschung und Technik
Die Rache des Nils
Von Joachim Bublath
21.45 heute-journal
22.05 Die Ware Liebe
Über Prostitution und Mädchenhandel
Oft sind sie noch keine 18, die jungen Mädchen, die von Zuhältern zum „Anschaffen" geschickt werden. Wenn sie aussteigen wollen, werden sie nicht selten grausam bestraft. Der Film von Helga Dierichs schildert nüchtern den Alltag im Geschäft mit dem Sex.
22.50 Fluchtpunkt
Buch und Regie: Raul Ruiz
(Originalfassung mit deutschen Untertiteln)
0.05 heute



Mit der Grundsteinlegung zum eigenen Haus sind die Probleme der Familie Semmeling beim Eigenheimbau noch längst nicht zu Ende (Einmal im Leben – ARD, 23.00 Uhr). FOTO: TELEBUNK

III.

WEST

18.00 Telekolleg
18.30 Die Sendung mit der Maus
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Rote Lippen – blaue Bohnen
Französisch-italienischer Spielfilm (1955)
21.45 Nachtreporter: Die Wächter
22.15 Hongkong – das Rennen der Drachen
23.00 Verteidigt die Kultur
23.45 Letzte Nachrichten

NORD

18.30 Den Wind in den Händen (7)
18.45 Topfguckers Abenteuer
19.15 Abenteuer Südsee
20.00 Tagesschau
20.15 Meines Vaters Pferde (2)
Deutscher Spielfilm (1953)
21.50 Kultur aktuell: Theater
22.35 187. NDR-Jazzworkshop
23.40 Nachrichten

HESSEN

18.30 Die seltsamen Abenteuer des Herman van Veen
19.00 Der Gefangene von Zenda
Amerikanischer Spielfilm (1952) mit Stewart Granger, Deborah Kerr u. a.
20.40 Kultur international
21.20 Das Bild der Woche
21.30 Drei aktuell
21.45 Arbeiter als Unternehmer
Kooperativen in Spanien
22.30 Sherlock Holmes: Die Frau in Grün

SÜDWEST

18.30 Telekolleg
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Chronik vom Brand der Stadt Schiltach im Kinzigtal
20.25 Peter Fleischmann: Der Frevel
20.50 Spaghetti Factory
21.00 Sport unter der Lupe
Nur für Baden-Württemberg:
21.45 Erich Hauser – Stahlbildhauer
Nur für Rheinland-Pfalz:
21.45 Landesmusiktag 1984
Nur für das Saarland:
21.45 TV-Club-Saar 3

BAYERN

18.15 Wegweiser Beruf
18.45 Rundschau
19.00 Rebellion der Verlorenen (5)
20.30 La Forcola
Das unbekannte Symbol Venedigs
20.45 Aus der Katholischen Akademie
21.30 Rundschau
21.45 Z. E. N.
21.50 Bestie Mensch
Französischer Spielfilm (1938)
Regie: Jean Renoir
23.25 Rundschau



DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden, Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheike (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 184 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11, Telex 4 12 449, Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11–13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,80 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62, und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12 und Ergänzungsblatt 5 gültig ab 1. 1. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Frechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

NATO: Wörner hat wenig Spielraum

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Die sowjetische Ankündigung, in nächster Zeit „taktisch-operative Raketen" mittlerer Reichweite in der „DDR" und der Tschechoslowakei zu stationieren, hat bei der gestern in Brüssel begonnenen zweitägigen Tagung der NATO-Verteidigungsminister nur eine untergeordnete Rolle gespielt. Bundesverteidigungsminister Wörner erklärte, danach werde sich für die Bundesrepublik die „Bedrohungslage" nicht verändern. Man müsse in dem sowjetischen Schritt ein „psychologisches Manöver" sehen. Der Westen halte dennoch an seiner Bereitschaft zu Abrüstungsverhandlugnen mit Moskau fest, werde aber keinen Preis dafür bezahlen, „daß die Sowjets an den Tisch zurückkehren".

Bestimmende Themen der Tagung der NATO-Verteidigungsminister sind die Verbesserung der Militär-Infrastruktur in Westeuropa und ein Konzept zur Nutzung neuer Technologie für die konventionelle Verteidigung. Auf Bonner Anregung haben sich die NATO-Verbündeten zur Vorbereitung der gegenwärtigen Frühjahrstagung auf ein Vorhaben geeinigt, mit dem die von den USA hochgesteckten Ziele auf ein realistisches Maß zurückgeschraubt werden sollen, die auch finanzierbar erscheinen. Nach diesem Konzept hat die Verteidigung gegen den Angriff der sogenannten Ersten Staffel Priorität; danach rangiert der Kampf der NATO gegen die fliegenden Angriffskräfte des Warschauer Paktes auf dessen Basen im Hinterland; schließlich wird von der NATO als drittes der Kampf gegen die Zweite Staffel gesehen. Nach harten Vorgesprächen im Bündnis sind inzwischen auch die Amerikaner auf dieses Konzept eingeschwenkt.

Die Zustimmung dazu, welche Waffensysteme schließlich konkret von der NATO produziert werden, will Bonn auch von der amerikanischen Bereitschaft abhängig machen, dafür tatsächlich die „Zweibahnstraße" einzurichten. Bisher nehmen sieben Achtel des NATO-Rüstungsmaterials den Weg von den USA nach Europa, nur ein Achtel wird in Westeuropa produziert. Besondere Spannungen wurden für die Erörterung über die Verbesserung der militärischen NATO-Infra-struktur erwartet. Für das neue Programm, das von 1986 bis 1991 reicht, haben die Militärs nötige Ausgaben von 42 Milliarden Mark errechnet, die USA verlangen mindestens 28 Milliarden Mark. Die Bundesregierung dagegen hält in der augenblicklichen Finanzlage insgesamt nur neun Milliarden Mark für finanzierbar. Die Kosten für das Infrastruktur-Programm sind nach einem Schlüssel verteilt, der Bonn 26,5 Prozent zuteilt und den amerikanischen Anteil auf 26,9 Prozent bemißt. Nach diesem Schlüssel müßte Bonn rund zwei Milliarden bereitstellen, die USA verlangen aber fast vier Milliarden Mark von deutscher Seite.

Genscher soll Kreml Sorge um Sacharow vortragen

Deutsches Helsinki-Komitee fordert „Interventionen"

WERNER KAHL, Bonn

Der Vorstand des „Deutschen Helsinki-Menschenrechts-Komitees" hat gestern in Bonn Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP) gebeten, bei seiner Moskau-Reise den sowjetischen Politikern nachdrücklich die tiefe Sorge um das Leben von Andrej Sacharow und Jelena Bonner vorzutragen. Gleichzeitig wurde die Öffentlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland zu Demonstrationen und humanitären Interventionen aufgerufen.

Der stellvertretende Vorsitzende des Komitees, Werner Marx (CDU), sprach in Bezug auf das Ehepaar Sacharow von einer „dramatischen Entwicklung". Nach den neuen, alarmierenden Nachrichten über den Gesundheitszustand des Nobelpreisträgers und seiner Ehefrau hatte Marx von Paris aus kurzfristig die Sitzung des Helsinki-Komitees vorgeschlagen. Der Unionspolitiker hielt sich als Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages in der französischen Hauptstadt auf. Die Mitglieder des Ausschusses sprachen dort mit französischen Politikern unter anderem über Hilfsmaßnahmen für das Ehepaar Sacharow. „Es besteht Anlaß zu größter Sorge", sagte Marx nach der Rückkehr in Bonn.

Die Sacharows befinden sich seit kurzer Zeit im Hungerstreik. Andrej Sacharow ist erst jüngst am Bein operiert worden. Der im Januar 1980 nach Gorki verbannte Friedensnobelpreisträger und Physiker mußte sich dieser Operation unterziehen, weil er an einer Venenentzündung mit der Gefahr einer Thrombose litt. Seine Frau ist herzkrank. Marx sagte, nach Informationen aus der Sowjetunion sei sie in der letzten Zeit bereits so schwach gewesen, daß sie nur mühsam Treppen habe steigen können.

Verpflichtung der Konferenz von Helsinki

Das auf überparteilicher Basis arbeitende deutsche Helsinki-Komitee hat deshalb die bevorstehende Reise des Bundesaußenministers nach Moskau zum Anlaß genommen, die sowjetische Führung an die gemeinsame Verpflichtung der KSZE-Konferenz von Helsinki zu erinnern. Der Kreml habe seinerzeit jahrelang auf diese Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa gedrängt, sagte Marx. Jetzt müsse es sich die Sowjetunion gefallen lassen, daß die Zusicherungen in der politisch-moralischen Absichtserklärung von Helsinki, aber ebenso der Nachfolgetreffen von Belgrad und Madrid „eingeklagt" würden. Zwar habe sich die sowjetische Seite anschließend „in einigen Fällen positiv" verhalten, so Marx, „in den meisten Fällen jedoch bisher nicht".

Die sowjetischen Behörden werden vom Deutschen Helsinki-Komitee ersucht, dem Ehepaar Sacharow die dringend notwendige und von Andrej Sacharow geforderte medizinische Hilfe durch Behandlung in der Moskauer Klinik der Akademie der Wissenschaften zu ermöglichen. Sacharow ist Akademiemitglied. Zugleich wandte sich das Komitee unter Vorsitz von Bundestagsvizepräsidentin Annemarie Renger (SPD) an die sowjetischen Behörden, den Eheleuten „die sofortige Ausreise in ein Land ihrer Wahl" zu gestatten.

Der Appell des Helsinki-Komitees richtet sich auch an die deutsche Öffentlichkeit, an die Bundestagsparteien und an die Bundesregierung: „Durch Demonstrationen, Parlamentsdebatten und rasche politische und humanitäre Interventionen gegenüber den verantwortlichen Stellen in der Sowjetunion darauf hinzuwirken, daß das bedrohte Leben des Ehepaares Sacharow gerettet und den in Verbannung und Isolation Lebenden, die sich gegenwärtig im Hungerstreik befinden, die sofortige Ausreise gestattet wird".

Einweisung in Gefängnisse und psychiatrische Kliniken

Mit diesem Aufruf weist das Komitee gleichzeitig auf das schwere Los der Mitglieder unterdrückter Helsinki-Gruppen in der Sowjetunion und in der CSSR hin, die sich den gleichen Zielen verplichtet haben. Sie wurden verfolgt, in Gefängnisse eingeliefert, zu hartem Straflager verurteilt oder in psychiatrische Kliniken eingesperrt, heißt es in dem Protest. „Für uns sind Andrej Sacharow und Jelena Bonner", so erklärte der deutsche Helsinki-Vorstand, „Symbole für jene tausende aufrechter Verfechter der unveräußerlichen Rechte des Menschen auf Würde und Freiheit".

Die Sowjets haben angesichts weltweiter Proteste Jelena Bonner inzwischen staatsfeindlicher Hetze beschuldigt. Der Vorwurf basiert darauf, daß sich die Ehefrau des Nobelpreisträgers in Moskau gerichtlich gegen eine Verleumdungskampagne in sowjetischen Medien zur Wehr setzen wollte. Sowjetische Stellen, die sich einer Reisegenehmigung für die Sacharows widersetzen, so meinte gestern Werner Marx, versuchten offenbar, „ein Exempel zu statuieren".

Die Gesellschaft Kontinent e.V., eine kulturelle Vereinigung zur Unterstützung der Menschenrechte in Osteuropa, hat anläßlich des bevorstehenden 63. Geburtstages Professor Sacharows am 21. Mai für den Vorabend um 19.30 Uhr zu einer Demonstration vor die Botschaft der UdSSR im Bonner Diplomatenviertel Bad Godesberg aufgerufen.

Mit einer Ansprache will Professor Lew Kopelew vor der diplomatischen Vertretung des Kreml am Sonntagabend an die Behörden in der Sowjetunion appellieren, die Repressalien einzustellen, eine medizinische Behandlung durch Ärzte zu gestatten, die das Vertrauen Andrej Sacharows haben und dem Ehepaar auf Wunsch eine Reisegenehmigung zu einem Ort seiner Wahl auszustellen.

„Arbeitskampf bremst Konjunktur"

Auch Daimler Benz einbezogen / BMW-Betriebsratschef für Vorruhestand

DW. Stuttgart / Bonn

Die Einbeziehung der gewerblichen Arbeitnehmer des Daimler Benz-Werks Sindelfingen in den Streik der IG Metall im Tarifgebiet Nordwürttember / Nordbaden bedeutet eine erhebliche Ausweitung des Arbeitskampfs. Von dem Streikaufruf betroffen waren 32 000 Mitarbeiter. Bis zum Mittwoch waren schon 13 000 Beschäftigte in 15 Betrieben, zumeist Zulieferfirmen für die Autobauer, im Ausstand.

Mit der Einbeziehung des Sindelfinger Werks reagierte die IG Metall auf die Absicht der Unternehmensleitung, heute mit Beginn der Frühschicht wegen fehlender Teile aus bestreikten Betrieben die Produktion einzustellen. Nach Angaben der Daimler Benz AG seien von der Produktionseinstellung in Sindelfingen 20 000 Mitarbeiter – rund die Hälfte der Belegschaft – betroffen.

Gestern sagte der Sprecher der Daimler Benz AG in Berlin, angesichts des Arbeitskampfes in Nordwürttemberg / Nordbaden seien im Berliner Werk mit seinen rund 3000 Beschäftigten von der kommenden Woche an mit Einschränkungen im Produktionsbetrieb zu rechnen. Die Berliner Arbeitgeber äußerten heftige Kritik am Verhalten der IG Metall. Die Streiks bremsten den gerade begonnenen wirtschaftlichen Aufschwung in der Stadt. Leidtragende der „eiskalten Taktik" der Gewerkschaft seien in erster Linie Tausende von Arbeitnehmern, „die nicht im Traum daran gedacht haben, für die Funktionärsforderung nach Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich zu kämpfen".

Diese Einschätzung deckt sich im wesentlichen mit Untersuchungen des in Berlin ansässigen Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW). Anhaltende und umfangreiche Streiks, so die Prognose des DIW, würden den wirtschaftlichen Aufschwung in der Bundesrepublik Deutschland spürbar beeinträchtigen. Bei einer kurzen Tarifrunde dagegen sei mit einem fortgesetzten Wachstum des Bruttosozialprodukts zu rechnen, das in den ersten drei Monaten dieses Jahres gegenüber dem Vergleichszeitraum 1983 um 3,5 Prozent gestiegen sei. Die stärksten Impulse für das Wachstum gingen weiter vom Export aus.

Der frühere Bundeskanzler Helmut Schmidt sollte nach Auffassung des BMW-Betriebsratsvorsitzenden Kurt Golda im Arbeitskampf der Metallindustrie schlichten, wenn die Tarifparteien keinen Kompromiß finden. In einem AP-Gespräch sagte Golda am Mittwoch: „Dem Schiedsspruch von Helmut Schmidt sollen sich sowohl die IG Metall wie auch die Arbeitgeber unterwerfen."

Golda setzte sich zugleich für eine Lohn- und Gehaltsverbesserung von mindestens 3,6 Prozent für die Metaller ein. „Vier Prozent wären mir allerdings lieber", fügte er hinzu. Ferner schlug er vor, eine bis 1990 befristete Vorruhestandsregelung abzuschließen, wobei die ausscheidenden Arbeitnehmer je nach Betriebszugehörigkeit bis zu 80 Prozent des letzten Bruttoeinkommens erhalten sollten. Außerdem solle „eine Kommission von IG Metall und Gesamtmetall gebildet werden. Diese Kommission sollte bis spätestens Dezember 1984 einen ernstzunehmenden Vorschlag für 1985 zum Einstieg in die 35-Stunden-Woche ausarbeiten. Dieser Vorschlag sollte auch für Mittelbetriebe vertretbar sein. Er sollte so angelegt sein, daß er für Arbeitgeber wie auch für Arbeitnehmer vertretbar ist", sagte der BMW-Betriebsratsvorsitzende.

Der Sprecher der Industriegewerkschaft Metall, Jörg Barczynski, sagte, der Vorschlag Goldas für einen Kompromiß zur Arbeitszeitverkürzung sei „nicht ernst zu nehmen". Die Zuständigkeit für die Tarifpolitik liege zudem beim Vorstand der Gewerkschaft und nicht beim BMW-Gesamtbetriebsratsvorsitzenden, der „im übrigen nichts weiter als ein einfaches, zahlendes Mitglied der IG Metall ist". Flankiert wurde der Arbeitskampf in den Bereichen Metall und Druck gestern von Mitgliedern der DGB Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, die punktuelle Streiks ankündigten.

IG Druck dehnt den Streik aus

Gestern 90 Betriebe betroffen / Worum es der Gewerkschaft geht

DW. Bonn

Ungeachtet des für kommenden Dienstag vereinbarten Spitzengesprächs hat die Industriegewerkschaft Druck und Papier gestern ihre Streiks erheblich ausgeweitet. Die zentrale Streikleitung gab in Stuttgart bekannt, die Zahl der in den Arbeitskampf einbezogenen Betriebe werde von neun auf etwa 90 steigen. In vielen Städten der Bundesrepublik Deutschland werden deshalb *heute* Tageszeitungen nicht oder nur im beschränkten Umfang erscheinen.

Die Chefredaktion der Illustrierten „Quick" sprach gestern von einem Dauerstreik der IG Druck und Papier gegen das Blatt. Dies sei „Gewerkschaftszensur". Zum zweiten Mal sei die Illustrierte binnen zwei Wochen Opfer des Streiks, während Konkurrenzblätter erscheinen könnten, erklärte Chefredakteur Gert Braun. Dieses Verhalten der IG Druck und Papier stehe im krassen Widerspruch zu der Versicherung der Gewerkschaft, durch Streiks keine Wettbewerbsverzerrung entstehen zu lassen. Die Chefredaktion von „Quick" äußerte den Verdacht, hinter dem Vorgehen der Gewerkschaft stehe die Absicht, eine kritische Berichterstattung über Arbeitskämpfe zu verhindern. Tatsächlich hatte die Zeitschrift in ihrem jüngsten Heft geschildert, „mit welchen agitatorischen Maßnahmen Stimmung für die Gewerkschaftsforderung gemacht wird". Als „Streik-Einpeitscher" war dabei der stellvertretende IG Druck-Vorsitzende Detlef Hensche bezeichnet worden. Im selben Heft hatte Bundeswirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff die IG Druck und Papier als „kommunistische Kaderorganisation" bezeichnet.

Unterdessen wurde in einem weiteren Kleinbetrieb des Druckgewerbes ein Betriebstarifvertrag zur Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn vereinbart. Der Vertrag für 33 Beschäftigte der Typographischen Werkstätten Jöllenbeck und Schlieper in Essen beendet einen fünfjährigen internen Prozeß der Wochenarbeitszeitverkürzung.

Die Arbeitszeitverkürzung ist nur Teil eines Forderungspakets der IG Druck im derzeitigen Tarifkonflikt. Heftig umstritten ist auch der Katalog der Forderungen zum Manteltarif. Dabei geht es nach Einschätzung der Arbeitgeberseite um eine fast lückenlose Bevormundung der Unternehmer mit dem Ziel, die Soziale Marktwirtschaft zu unterminieren. Denn ein Großteil der Entscheidungsgewalt soll von den Unternehmensleitungen auf die Betriebsräte übertragen werden. Die gravierendsten Beispiele:

– Der Betriebsrat soll bei Stellenplänen mitbestimmen. Darin sähen die Arbeitgeber einen Verzicht auf jegliche Flexibilität durch die Unternehmen.

– Der Betriebsrat soll bei der Anschaffung von Maschinen und Anlagen mitentscheiden.

– Die Betriebsräte sollen bei jeder Kündigung ein Vetorecht haben.

– Überstunden sollen tariflich eingeschränkt werden. Eine Bewältigung von Spitzenbelastungen wäre dann nur noch durch Neueinstellungen möglich, die in schwachen Zeiten zu bezahltem Leerlauf führen müßten.

Dieses Forderungspaket zeigt, so die Unternehmerseite, daß nicht allein ein finanzielles Problem berührt wird, auch wenn die berechnete Gesamtbelastung aller dieser Forderungen zu einer Lohnkostensteigerung von 40 Prozent führen würde. Als viel wesentlicher werden die von der Gewerkschaft angestrebten Einschnitte in die Dispositionsfreiheit der Betriebe gewertet.

– Hinzu kommt die Beunruhigung angesichts von Äußerungen des stellvertretenden IG Druck-Vorsitzenden Hensche, daß eine Reform der gedruckten Medien notwendig sei. Diese Bemerkung knüpft nämlich an frühere Forderungen der Gewerkschaft an, die private Organisationsform der Presse zu überwinden. Auf der Verlegerseite wird konkret der Vorwurf erhoben, die IG Druck und Papier strebe eine „Zangenbewegung" an, um die gesamte Presselandschaft in der Bundesrepublik Deutschland von Grund auf zu verändern.

Auch Kohl ist über die FDP enttäuscht

● Fortsetzung von Seite 1

Strauß ging in das Gespräch mit dem Kanzler mit der Forderung, in der Koalition müsse Verläßlichkeit und Linie herrschen. Ob auch die Frage einer Kabinettsumbildung angeschnitten wurde, falls es doch zu einer Anklage gegen Graf Lambsdorff kommen sollte, blieb zunächst offen. Jedenfalls ist in der CSU-Führung zu hören, nach diesen Ereignissen der letzten Tage wäre es unmöglich, die Position des Bundeswirtschaftsministers mit einem „schwachen Mann" aus der FDP zu besetzen. Wiederholt war der Gedanke ventiliert worden, in einem solchen Fall das Amt des Ministers kommissarisch mit einem Staatssekretär, etwa mit Martin Grüner vom Ministerium, bis zu dem erwarteten Freispruch Lambsdorffs zu besetzen. Eine solche Entscheidung, so hieß es auch im Kanzleramt, wäre jetzt wohl nicht mehr möglich, weil sich die Koalition keinen weiteren personellen Schwachpunkt mehr leisten könne. Unglücklich zeigt man sich in der Union, aber auch bei Teilen der FDP über den mangelnden Glanz des Bundesjustizministers.

Das CSU-Organ „Bayernkurier" hat gestern heftige Vorwürfe an die Adresse der FDP gerichtet. Den Rückzieher vom Amnestiegesetz nannte die Zeitung einen „großen und einmaligen Bruch von Treu und Glauben in der Koalition. Die Vorwürfe gipfelten auch in der Aussage: „Ohne Frage stellt Genschers Wortbruch und der Umfall der FDP die bisher schwerste Panne der Bonner Koalition dar". Bundeskanzler Kohl könne dazu nicht schweigen. „Er muß im Interesse seiner eigenen und im Interesse der Glaubwürdigkeit der Bundesregierung einen Ausweg zeigen". Dem FDP-Vorsitzenden wird vorgehalten, er habe nicht für seine Position gekämpft.

Allerdings erscheinen die Vorwürfe gegen Genscher übertrieben, wenn man seine Aussagen in den Besprechungen heranzieht, die schließlich zum Beschluß des Amnestiegesetzes führten. Nach WELT-Informationen hat dabei der FDP-Fraktionsvorsitzende Wolfgang Mischnick von Anfang an darauf hingewiesen, daß es „sehr sehr schwer" werde, diese Entscheidung durchzusetzen. Genscher habe keine Garantie abgegeben, sondern lediglich zugesagt, er werde alles in seiner Kraft stehende tun, damit die Mehrheit der FDP zu diesem Amnestiegesetz stehe.

Gestern Vormittag haben Genscher und Mischnick den Kanzler aufgesucht und ihm erklärt, in der FDP gebe es keine Mehrheit mehr für den Gesetzentwurf. Der Kanzler zeigte sich darüber enttäuscht, obwohl er diese Mitteilung aufgrund der in den vergangenen Tagen immer breiter gewordenen Widerstände in der FDP vorausberechnet hatte. Wenige Stunden später wurde dann der Gesetzentwurf für eine Amnestie für Steuersünder bei Parteispenden nach einem Koalitionsgespräch auf der Ebene der beiden Fraktionen zurückgezogen.

Kampf den Überstunden

gtm (Stockholm) – Schwedens Arbeitsministerin Anna-Greta Glijon hat den Überstunden den Kampf angesagt, der Tag für einen gesetzlichen Eingriff rücke immer näher. Derzeit werden etwa vier Prozent aller Arbeiten außerhalb der regulären Arbeitszeit verrichtet, und rein theoretisch bedeutet dies ungefähr 140 000 Vollzeitbeschäftigungen. Damit wird die offen ausgewiesene Zahl der Erwerbslosen, 137 000 oder 3,2 Prozent, übertroffen.

Nun kann die Rechnung nicht ganz so einfach gemacht werden, denn eine nähere Untersuchung zeigt, daß die meisten Überstunden auf betriebliche Schlüsselpositionen in den mittleren und oberen Angestelltenkategorien entfallen. 30 und 26 Prozent der dort Beschäftigten arbeiten mehr als 40 Stunden pro Woche, unter den Arbeitern sind es lediglich zehn Prozent. Die Ministerin will dennoch schärfere Gesetze. Denn die derzeitige Regelung, daß nicht mehr als 200 Überstunden jährlich verrichtet werden dürfen, wird meistens durch auch von den Gewerkschaften genehmigungspflichtigen Ausnahmen durchlöchert. Im übrigen scheint der Pflegesektor ein Bereich zu sein, der am ehesten geeignet ist, Mehrarbeit durch Neueinstellungen zu bewältigen, denn die verarbeitende Industrie verbucht nur ein Prozent der Gesamtarbeitszeit als Überstunden.

Andererseits ist die es, die am intensivsten nach Fachkräften sucht. Alleine auf Diplomingenieure warten fast 1000 offene Stellen, und erstmals seit vielen Jahren stehen schwedische Firmenvertreter wieder vor den Türen finnischer Hochschulen, um Abgänger anzuwerben.

Experten

Mk. – Schon seit Jahren gibt es „Experten", die der deutschen Landwirtschaft Chancen bei der Erzeugung nachwachsender Rohstoffe vorhersagen. Die Überlegung, die dahinter steht, ist recht simpel. Da mehr Nahrungsmittel erzeugt als verbraucht werden, soll ein Teil der Produktion auf andere Bereiche umgelenkt werden. So kann, wie die Befürworter meinen, ein Beitrag zur industriellen Rohstoffsicherung geleistet werden. Durch die Beimischung von Äthanol könne Rohöl gespart werden und ähnliches mehr. Technisch ist dies kein Problem mehr. Nur: Wie steht es um die Wirtschaftlichkeit? Die ist nun überhaupt noch nicht in Sicht. Sicher, die Forschungsanstrengungen sollen noch verstärkt werden, wogegen auch nichts spricht. Denn die herkömmlichen Energierohstoffe werden auch in Zukunft im Preis steigen. Ob dann mehr Ersatzstoffe gefragt sind, muß der Markt entscheiden. Neue Subventionen sind jedenfalls ein Weg, der nicht beschritten werden sollte.

Zinstreibender Boom

Von H.-A. SIEBERT, Washington

Die Schubkraft der enormen Steuergeschenke und Verteidigungsausgaben, die Amerikas Haushaltsdefizite in schwindelnde Höhen getrieben haben, ist weit unterschätzt worden. Die US-Wirtschaft befindet sich in einer machtvollen Boomperiode, wie die jüngste kräftige Zunahme der Industrieproduktion unterstreicht. Die rasch wachsende private Kreditnachfrage kollidiert nun mit dem Finanzbedarf des Staates. Daraus wird ersichtlich, daß weiter steigende Zinsen nicht zu vermeiden sind, wenn Washington die Inflation in Schach halten will.

Einen Dämpfer hat das Federal Reserve Board den Analysten in der Reagan-Administration aufgesetzt, die nicht müde würden, eine Verlangsamung des wirtschaftlichen Wachstumstempos in den USA vorauszusagen. Nach Angaben der Notenbank nahm die Industrieproduktion im April um 1,4 Prozent zu, verglichen mit nur 0,5 und ein Prozent in den beiden Vormonaten. Damit ist der Index, der 163,1 Punkte (1967 = 100) erreichte, in den vergangenen 17 Monaten ohne Unterbrechung gestiegen. Er liegt jetzt um sechs Prozent über dem Höchststand, der im Juli 1981 ausgewiesen worden war.

Längst aufgeholt hat Amerikas Industrie mithin die Rezessionsverluste. Seit Jahresfrist wuchs die Gesamtproduktion um 14,4 Prozent. Bei Endprodukten betrug das stolze Plus 12,5, bei Halbfertigwaren 14,3 und bei Vormaterialen 16,6 Prozent. Seit April 1983 erhöhte sich die Erzeugung von kurz- und langlebigen Konsumgütern um 6,7 und 16,7 Prozent. Bei Investitions- und Rüstungsgütern waren es 19,4 und 12,3 Prozent. Die Weiterverarbeitung lag mit 15,2 Prozent vor dem Bergbau und den Versorgungsgesellschaften (10,5 und 5,6 Prozent).

Bisher beherrschte die Automobilindustrie die Ausstoß-Statistiken. Das war aber im April nicht mehr der Fall, was auf eine erhebliche Verbreiterung der Basis hindeutet. Die Produktion von kurz- und langlebigen Erzeugnissen wuchs diesmal um 1,3 und 0,4 Prozent, wobei Detroit auf Jahresbasis nur 7,7 (März: 8,2) Millionen Fahrzeuge von den Bändern laufen ließ. Dagegen nahm der Ausstoß von Investitions- und Rüstungsgütern um 1,5 Prozent zu.

Diese Beschleunigung hat am Potomac praktisch niemand vorausgesehen. Sie kommt aber nicht von ungefähr; denn immerhin sind im April die Einzelhandelsumsätze um 2,9 Prozent gestiegen. Der amerikanische Verbraucher behält angesichts der realen Einkommenszuwächse die Spendierhosen an; von einer Abschwächung der Kaufbereitschaft kann also keine Rede sein. Die statistische Erfassung führt häufig in die Irre; im März (minus zwei Prozent) sind zweifellos saisonale Faktoren falsch interpretiert worden.

Daß die Verbrauchernachfrage in den USA der stärkste Konjunkturmotor bleibt, signalisiert auch die Zunahme der Ratenkredite. Sie machte im 1. Quartal 1984 17,5 Prozent aus, gegenüber 11,5 Prozent im Gesamtjahr 1983. Im März wuchs allein hier die Nettoverschuldung um 5,9 Milliarden Dollar. Der Handel reagiert darauf mit einer weiteren Lageraufstockung (1,8 und 0,9 Prozent im Februar und März). In dieser Situation rechnet das Commerce Department in Washington denn auch nicht mit einer größeren Revision der Wachstumsrate des US-Bruttosozialprodukts in der Januar-März-Periode (real 8,3 Prozent), die Freitag fällig ist.

Bisher hat der Boom noch nicht zu inflationären Flaschenhälsen geführt. Diese Gefahr nimmt jedoch mit wachsender Kapazitätsauslastung zu; zur Zeit liegt sie bei rund 81 Prozent. Verhindert werden Preisexplosionen überdies noch durch die wechselkursbedingten Billigeinfuhren. Äußerst bedenklich ist indes die Kreditverknappung, die eindeutig ein Ergebnis des „crowding out" ist. Das heißt, die Finanzmärkte können den staatlichen und privaten Kreditbedarf nicht ohne steigende Zinsen absorbieren.

Seit Mai 1982 hat sich die Rendite 30jähriger Treasury Bonds von 10,30 auf 13,32 Prozent erhöht. Schlimmeres steht bevor: Von Juli bis September muß das US-Schatzamt zur Defizitfinanzierung 45 bis 50 Milliarden Dollar aufnehmen, während der Cash-flow der Unternehmen zyklusgerecht schrumpft. Wegen der steuerlichen Absetzbarkeit der Zinsen haben in den USA die Kreditkosten viel von ihrer Bremswirkung verloren, nicht aber in anderen Ländern.

LUFTFAHRTINDUSTRIE / ILA soll „technisch angereichert" werden

Verstärkte Nachfrage im zivilen Bereich erst 1986 umsatzwirksam

DOMINIK SCHMIDT, Hannover

Die deutsche Luft- und Raumfahrtindustrie, die im vergangenen Jahr mit erheblichen Problemen konfrontiert wurde, erkennt wieder ein Anziehen der Nachfrage im zivilen Bereich. Ernst Zimmermann, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Luftfahrt-, Raumfahrt- und Ausrüstungsindustrie (BDLI), rechnet allerdings mit dem daraus resultierenden Umsatzschub erst für 1986.

Anläßlich der Internationalen Luftfahrt-Ausstellung ILA '84, die am Sonnabend von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher in Hannover eröffnet wird, erklärte Zimmermann, maßgeblich für die günstigere Entwicklung seien vom internationalen Markt ausgehende Impulse. Ohnehin, so Zimmermann, sei die deutsche Luftfahrtindustrie in starkem Maße vom Ausland abhängig. Der Inlandsmarkt im zivilen Bereich sei praktish identisch mit dem Bedarf der Lufthansa. Der hohe Stellenwert der Branche und ihre Leistungskraft könne nur erhalten werden, wenn die Exportchancen genutzt würden. Für die Bundesrepublik sei die Zielrichtung eindeutig: Markterweiterung bedeute die stärkere Einbeziehung der westeuropäischen Länder. Ebenso wichtig aber sei die internationale Zusammenarbeit.

Zwar liegen die endgültigen Zahlen für 1983 noch nicht vor. Zimmermann schätzt aber, daß die deutsche Luftfahrtindustrie mit ihrem Umsatz nur das Niveau des Vorjahres erreicht hat. Das leichte Minus im zivilen Bereich dürfte dabei vom militärischen Sektor kompensiert worden sein. Für 1982 weist das BDLI eine Umsatzsteigerung um 10,5 Prozent auf 12,73 Mrd. DM aus. Ursache für die unbefriedigende Entwicklung im Jahre 1983 war nach den Worten das geringe Luftfahrtaufkommen. Außerdem seien aus alten Beständen Flugzeuge auf den Markt gekommen.

Inzwischen habe sich zumindest für die deutschen Hersteller die Situation geändert. Das gelte sowohl für die Triebwerkindustrie wie auch für die Ausrüstungs- und Werkstoffindustrie. So rechne Airbus, die Bestellungen für 406 Maschinen vorliegen hat, jetzt mit einem wachsenden Absatz. Günstig im Rennen liege auch der Tornado, von dem jährlich 110 Stück produziert werden, und der MBB-Hubschrauber BO 105, der inzwischen 120 Betreiber in 34 Ländern gefunden hat.

Nach den Worten Zimmermanns ist die deutsche Luftfahrtindustrie weltweit ein anerkannter Kooperationspartner, nicht zuletzt deshalb, weil „wir auf den eigenen Tätigkeitsbereichen einiges zu bieten haben". Diese starke Position habe sich die deutsche Luftfahrtindustrie vor allem auf Grund der hohen Aufwendungen im Bereich Forschung und Entwicklung erkämpft; deren Anteil liege bei 20 Prozent des Umsatzes. Zimmermann weist darauf hin, daß die Branche nach wie vor ein „gewaltiges technisches Innovationspotential" habe, vor allem in den Bereichen Werkstoffe und Triebwerke. Dort bedürfe es weiterhin beträchtlicher Anstrengungen, um nicht ins Hintertreffen zu geraten. In Japan etwa werde derzeit intensiv an Werkstoff-Neuentwicklungen gearbeitet.

Nachdrücklich befürwortet Zimmermann die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit dem Staat, weil die Spinn-off-Effekte des militärischen Bereichs wirksam werden und der zivilen Luft- und Raumfahrt zugute kommen. So gesehen sei die Entscheidung der Bundesregierung, sich an der Entwicklung des Airbus 320 zu beteiligen, zukunftsweisend. Zu bedauern indes sei die Zurückhaltung zu zwei Projekten im militärischen Bereich, dem Panzerabwehr-Hubschrauber und dem Jäger.

Zimmermann bezeichnete die ILA als ein für die deutsche Luftfahrtindustrie dringend benötigtes „eigenes Schaufenster". Ebenso wie Messe-Vorstandsmitglied Hubert Lange plädierte er für eine „technische Anreicherung" der alle zwei Jahre stattfindenden Ausstellung. Dabei gehe es umdie Aufwertung der ILA im Vergleich zu den Luftfahrt-Ausstellungen in Frankreich und England.

Seite 22: Langer Anlauf zum Erfolg

EUROPÄISCHER REGIONALFONDS

Gießkannensystem soll endlich beseitigt werden

WILHELM HADLER, Brüssel

Über die Grundzüge einer Reform des Europäischen Regionalfonds haben sich die Außenminister der EG nach dreijährigen Verhandlungen verständigt. Sie soll eine Abkehr vom bisherigen „Gießkannensystem" bringen und die Zuschüsse der Gemeinschaft stärker auf die wirklich bedürftigen Länder konzentrieren.

Zwar hat Frankreich, das sich in der Vergangenheit dieser Konzentration widersetzte, auch jetzt noch nicht auf Rückflüsse aus dem mit 1,45 Milliarden Ecu (3,25 Milliarden DM) dotierten Fonds verzichtet. Anstelle der bisherigen Festquoten sollen für die Zuschüsse jedoch künftig nur noch Mindest- und Höchstmargen vergeben werden, was der EG-Kommission mehr Bewegungsfreiheit bei der Genehmigung von Anträgen schafft.

So wird der deutsche Anteil von früher sechs auf künftig 3,7 bis 4,8 Prozent der Gesamtausschüttungen reduziert. Nur Griechenland und Irland erhalten die gleichen Quoten wie in der Vergangenheit, da sie eine besonders zurückgebliebene wirtschaftliche Struktur besitzen.

Während bisher 95 Prozent der Mittel nach dem Quotensystem vergeben wurden, sollen in Zukunft 15 Prozent Gemeinschaftsprogrammen vorbehalten bleiben, die mit absoluter Mehrheit vom Rat bestimmt werden müssen. Aus dieser Neuregelung ergibt sich erstmals die Chance, dem Fonds den Charakter eines reinen finanziellen Lastenausgleichs zu nehmen und ihn statt dessen mehr als bisher in den Dienst einer grenzübergreifenden europäischen Regionalpolitik zu stellen.

Der Beteiligungssatz der EG an förderungswürdigen Regionalvorhaben soll von bisher 30 auf 50 Prozent angehoben werden. Damit kam der Ministerrat einem Wunsch der besonders bedürftigen Mitgliedsländer entgegen, die oft nicht genügend Eigenmittel aufbringen können. In Ausnahmefällen ist sogar eine Aufstockung auf 55 Prozent geplant.

Schließlich wurde auch eine Einigung über eine Liste von Infrastrukturprojekten erzielt, die nicht aus Brüssel gefördert werden dürfen. Auf dieser Forderung hatte besonders die Bundesrepublik bestanden. Die „Negativliste" enthält unter anderem Krankenhäuser, Schulen, Kasernen, Behördenbauten und Wohnungen. Ziel des Regionalfonds soll vor allem die Milderung des wirtschaftlichen Gefälles in den Regionen sein, die vom Niedergang veralteter Industriezweige betroffen sind oder besonders unter der Erweiterung der EG leiden.

Mit den Reformbeschlüssen, deren Einzelheiten allerdings noch bestimmt werden müssen, folgte der Rat einem ausdrücklichen Auftrag der Staats- und Regierungschefs. Als erstes war 1983 bereits eine Neuorientierung des Brüsseler Sozialfonds geglückt. Beide Maßnahmen sollen einen effizienteren Einsatz der EG-Mittel ermöglichen.

AUF EIN WORT

„In unserem rohstoffarmen Land können wir nur mit Hilfe der Technik die Zukunft sichern. Ohne die Technik würden wir mehr als den Wohlstand verlieren; denn auch das System der sozialen Sicherheit bräche zusammen, und Bildung wäre wieder Privileg für wenige."

Dr. Ulf Merbold, Physiker und Astronaut FOTO: TEUTOPRESS

DIW: Streiks bremsen Konjunktur

Wz, Berlin

Mit einer spürbaren Beeinträchtigung der Produktionsentwicklung rechnet das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), falls sich die Streiks weiter ausdehnen sollten. Wenn sich die Streiks jedoch begrenzen ließen, werde weiter eine positive konjunkturelle Entwicklung erwartet. Die stärksten Impulse für das gesamtwirtschaftliche Wachstum gehen nach Angaben des Berliner Instituts vom Export aus. Für das zweite Quartal erwartet das Institut eine Zunahme des Bruttosozialprodukts wie im Vorquartal von 0,5 Prozent. Im Vergleich zum Vorjahresquartal wäre dies wieder ein Plus von 3,5 Prozent. Seit Jahresbeginn hätten die Auftragseingänge der Industrie – von monatlichen Schwankungen abgesehen – weiter zugenommen – im Inland ebenso wie aus dem Ausland.

HWWA

Verbraucherpreise werden nur sehr verhalten steigen

JAN BRECH, Hamburg

Der Anstieg der Verbraucherpreise wird auch im weiteren Verlauf dieses Jahres sehr verhalten bleiben. Nach Meinung des HWWA-Instituts für Wirtschaftsforschung, Hamburg, spricht für eine relativ stabile Entwicklung einmal die stabilitätsorientierte Geldpolitik und zum anderen die noch weithin unausgelasteten Kapazitäten in der Produktion.

Auch von der Kostenseite erwartet das HWWA in nächster Zeit keine kräftigen Anstöße. Wenn die bisherigen Tarifabschlüsse richtungweisend für die weiteren seien, werde der Lohnkostenanstieg nicht allzuweit über die Produktivitätszunahme hinausgehen. Da auch eventuelle Vereinbarungen über Arbeitszeitverkürzungen in diesem Jahr kaum kostenwirksam werden können, werden nach Meinung des HWWA die gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten nur leicht zunehmen.

Stabilität erwartet das HWWA vor dem Hintergrund leichter Aufwertungstendenzen der D-Mark, unter Schwankungen vor allem gegenüber dem Dollar und nur sehr langsam anziehenden Weltmarktpreisen für Rohstoffe auch bei den Einfuhrpreisen. Ebenso dürften sich nach den letzten EG-Beschlüssen Nahrungsmittel kaum verteuern.

Insgesamt rechnet das HWWA über das ganze Jahr mit einer Inflationsrate von drei Prozent, die zum Jahresende etwas niedriger liegen wird. Seit Herbst 1983 steigen nach Angaben des Forschungsinstituts die Preise für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte mit einer laufenden Jahresrate von nur zwei Prozent. Der nur mäßige Preisauftrieb sei in hohem Maß ein Erfolg der Geldpolitik.

ZENTRALBANKRAT

Ängste vor einer Erhöhung der Leitzinsen sind gewichen

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Nach dem neuerlichen leichten Rückgang des Dollar-Kurses unter die Marke von 2,74 DM und der freilich möglicherweise nur vorübergehenden Zinsberuhigung in den USA am Dienstag sind die Ängste vom Markt gewichen, der Zentralbankrat werde auf seiner heutigen Sitzung eine Erhöhung der Leitzinsen beschließen. Spekuliert wurde zuvor auf eine Anhebung des Diskontsatzes von vier auf fünf Prozent und des Lombardsatzes von 5½ auf 6 Prozent.

Vor diesem Hintergrund besserte sich gestern die Stimmung an den deutschen Wertpapierbörsen spürbar. Am Rentenmarkt setzte sich eine freundliche Tendenz durch, und der Aktienmarkt tendierte teilweise sogar fest mit Kursgewinnen bis zu 5 DM. Eine zunehmende Nachfrage aus dem In- und Ausland stieg auf leergefegte Märkte. Der Aktienindex der WELT erhöhte sich von 148,9 auf 149,9 Punkte.

Mit Appellen an die Bundesbank, in der Geldpolitik nicht in Hektik zu verfallen, meldeten sich jetzt zwei Landesbankiers zu Wort. Heinz Sippel, Chef der Hessischen Landesbank, verwies darauf, daß sich die Bundesbank auch bei einem Dollar-Kurs von 2,84 DM nicht habe nervös machen lassen. Deswegen sei auch jetzt kein zinspolitisches Signal nötig, wenn sich nichts Gravierendes ändere. Im gleichen Sinne äußerte sich Ludwig Huber, Präsident der Bayerischen Landesbank. Eine Korrektur der Leitzinsen würde jetzt auf jeden Fall mißverstanden, denn die klassischen Orientierungsdaten wie Konjunktur, Geldmenge und Preise, böten der Notenbank keine überzeugende Argumentationshilfe.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

250-Millionen-Kredit für die UdSSR

Frankfurt (adh) – Über ihre Luxemburger Tochtergesellschaft hat die Dresdner Bank AG gemeinsam mit anderen Banken einen 250-Mill.-Dollar-Kredit für die Sowjetunion arrangiert. Die ursprünglich für den mittelfristigen Konsortialkredit vorgesehenen 150 Mill. Dollar wurden vom Markt so gut aufgenommen, daß der Kreditbetrag auf 250 Mill. Dollar aufgestockt werden konnte, teilt die Dresdner Bank mit; die Laufzeit beträgt fünf Jahre, verzinst wird der Kredit mit 5/8 Prozent über der Londoner Interbanken-Rate. Insgesamt gehören dem Konsortium 31 Banken aus 17 Ländern an.

Interesse an Ruhrkohle

Düsseldorf (AP) – Die nordrhein-westfälische Landesregierung will Anteile an der Ruhrkohle AG (RAG) erwerben. Dadurch solle die Ausgewogenheit in der Eigentümerstruktur erhalten bleiben, erklärte Wirtschaftsminister Reimut Jochimsen. Über die Höhe des Anteils machte der Minister keine Angaben. Begründung sei, daß einige der krisengeschüttelten Stahlunternehmen zur Verbesserung ihrer Liquidität ihre Anteile an der RAG zum Teil an Elektrizitätsunternehmen veräußern müßten.

Teil-Privatisierung

Berlin (Wz.) – Die Berliner Bank AG, deren Alleinaktionär das Land Berlin ist, soll zum Teil privatisiert werden. Wie Finanzsenator Gerhard Kunz jetzt bestätigte, sollen die neuen Aktien aus der Kapitalerhöhung um 65 auf 250 Mill. DM privaten Anlegern über die Börse angeboten werden. Dadurch verringert sich der Anteil des Landes Berlin am Aktienkapital der Berliner Bank auf 74 Prozent. Vorgesehen ist eine möglichst breite Streuung der neuen Aktien und die Ausgabe von Belegschaftsaktien. Über den Ausgabekurs und die Einzelheiten der Aktienemission wird noch beraten. Konsortialführerin bei der Börseneinführung ist die Deutsche Bank.

Elefanten-Hochzeit

Washington (dpa/VWD) – Die Handelskommission der US-Regierung wird voraussichtlich auch den Zusammenschluß der Ölgesellschaften Mobil und Superior Oil genehmigen. Dies wäre die dritte große „Öl-Hochzeit" nach Texaco-Getty und Standard-Gulf in diesem Jahr. Wie es in Washington hieß, liegt der Handelskommission, der Federal Trade Commission, eine Empfehlung vor, dem 5,7 Mrd. Dollar-Geschäft zuzustimmen. Mit der Übernahme würde Mobil seine weltweiten Öl- und Gasreserven um 18 Prozent erhöhen und dem Umsatz nach hinter Exxon an die zweite Stelle in den USA rücken.

Großhandelspreise

Wiesbaden (VWD) – Die Großhandelspreise in der Bundesrepublik stiegen im April gegenüber dem Vormonat um 0,4 Prozent. Sie lagen damit um 4,9 Prozent höher als im gleichen Vorjahresmonat. Der Index ist nach Angaben des Statistischen Bundesamtes bei 137,9 angekommen (1976 = 100). Im März hatte die Teuerungsrate zum Vorjahr 5,4 Prozent und im Februar 4,9 Prozent betragen.

Wohnungsbaulücke

Hamburg (dpa/VWD) – Der Bundesverband Freier Wohnungsunternehmen (BFW), Bonn, befürchtet nach dem Auslaufen steuerlicher Vergünstigungen für den Eigentumserwerb einen drastischen Rückgang des Wohnungsneubaus und eine Versorgungslücke im Wohnungsbau. Zwar sei der Wille zum Eigentum weiterhin ungebrochen, die Realisierung verzögerte sich aber durch die erschwerte gesamtwirtschaftliche Lage und durch die langatmige Diskussion über die Wohnungsbaupolitik. Die Auftragsbestände sicherten die Beschäftigung nur noch für durchschittlich etwa 2,5 Monate.

SCHIFFAHRT-FÖRDERUNG

Bonn gewährt Zuschüsse von 250 Millionen Mark

HANS-J. MAHNKE, Bonn

Bundesverkehrsminister Werner Dollinger hat jetzt über das Schiffahrts-Förderungsprogramm der Bundesregierung entschieden. Mit dem im Bundeshaushalt 1984 vorgesehenen Förderungsvolumen von 250 Millionen Mark werden Schiffbauzuschüsse in Höhe von 12,5 Prozent der Baukosten für 90 Vorhaben deutscher Reeder gewährt. Die Schiffe haben zusammen eine Tragfähigkeit von 435 000 Tonnen. Der Auftragswert wird vom Ministerium mit rund zwei Milliarden Mark angegeben. Er entspricht damit der Summe, die von den deutschen Werften als Aufträge aus dem Inland für unbedingt notwendig gehalten werden.

Für das diesjährige Programm lagen dem Ministerium Anträge für 158 Bauvorhaben vor. Die Auswahl erfolgte nach den schiffahrtspolitischen Grundsätzen für die Förderung der deutschen Seeschiffahrt. Damit sollen unter anderem die Wettbewerbsverhältnisse der deutschen Seeschiffahrt an das internationale Niveau angeglichen werden und ein angemessener Schiffsbestand unter deutscher Flagge erhalten bleiben.

Die Förderung führt einerseits zur Kostenentlastung bei Reedern und erhöht zusammen mit den wieder eingeführten Finanzbeiträgen (Zinssubventionen) die Chance, den Bestand der deutschen Handelsflotte zu sichern.

Dollinger erwartet von dem Programm eine Initialzündung für Investitionen in hochproduktive Schiffe. Von dem Programm gehe überdies eine positive Wirkung auf die Beschäftigung der Werften aus, deren Schwierigkeiten ohne die Bundeshilfen noch größer wären.

OECD / Ministerrat will den Abbau des Protektionismus beschleunigen

Keine Einigkeit über Zollsenkungen

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Wie der wirtschaftliche Wiederaufschwung in den westlichen Industriestaaten zu einer verstärkten Liberalisierung des Außenhandels genutzt werden kann, ist das zentrale Thema der heute in Paris beginnenden Jahrestagung des OECD-Ministerrats. Der bereits vor einem Jahr von den Außen- und Wirtschaftsministern beschlossenen Absichtserklärung über den Abbau des Protektionismus sollen jetzt Taten folgen. Insbesondere stehen Importerleichterungen gegenüber den Entwicklungsländern zur Diskussion.

Vom OECD-Generalsekretär wird dazu vorgeschlagen, die im Rahmen des allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (Gatt) zum 1. Januar 1986 beschlossenen Zollsenkungen um ein Jahr vorzuverlegen. Darüber herrscht aber noch kein Einvernehmen zwischen den 24 Mitgliedsstaaten. Verschiedene Regierungen wollen sich damit begnügen, eine neue Zollsenkungsrunde anzuregen, ohne sich aber bereits konkret festzulegen. Dagegen besteht die Bundesregierung zunächst einmal auf der Vorverlegung der letzten Runde.

Eine Einigung scheint eher möglich bei der Revision der OECD-Richtlinie von 1976 über internationale Investitionserleichterungen. Von der Regelung betroffen sind hauptsächlich die multinationalen Unternehmen. Auch hier gilt als Ziel, die Investitionsmöglichkeiten in den Entwicklungsländern zu verbessern.

Wie üblich befaßt sich der Ministerrat mit der allgemeinen Wirtschaftslage der OECD-Zone. Sie ist durchweg besser, als auf der letzten Jahrestagung erwartet worden war. Vor allem in den Vereinigten Staaten hat sich das Wachstum stark beschleunigt. Es dürfte sich aber 1985 etwas verlangsamen, während es in Europa zunehmen und in Japan unverändert bleiben soll. Dies ergibt sich aus der jüngsten Prognose des OECD-Sekretariats.

Obwohl mit einer weiteren Zunahme der Arbeitslosigkeit gerechnet wird, wollen die Minister in ihrer Wirtschaftspolitik der Preisstabilisierung weiterhin Vorrang einräumen. Zu diesem Zweck sollen insbesondere die Budgetdefizite abgebaut werden. Meinungsverschiedenheiten bestehen hinsichtlich der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Die von deutscher Seite propagierte flexible Arbeitsmarktpolitik stößt vor allem in den sozialistischen Mitgliedsstaaten der OECD auf Skepsis.

Frankreichs Wirtschaftsminister Delors kritisierte, daß die Tagesordnung der Sitzung mit Handelsfragen überbelastet sei. In erster Linie müßten jedoch die kurz- und mittelfristigen Wirtschaftsperspektiven und die Verschuldung der Dritten Welt behandelt werden.

VERSCHULDUNG

Gipfeltreffen der Lateinamerikaner?

dpa/VWD. Buenos Aires

Der argentinische Präsident Raul Alfonsin überlegt, ob er sich wegen der erneuten Erhöhung der amerikanischen Prime Rate um 0,5 auf 12,5 Prozent um ein Gipfeltreffen der Chefs der verschuldeten lateinamerikanischen Länder bemühen soll. Eine gemeinsame Haltung gegenüber den internationalen Banken sei unter diesen Umständen notwendig. Die Auslandsschuld Lateinamerikas wird auf 340 Mrd. Dollar geschätzt. Sie stieg durch die Prime Rate-Anhebung um 3,5 Mrd. Dollar.

Argentiniens Schlußverhandlungen mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) über eine Umschuldung der knapp 45 Mrd. Dollar sollen noch in dieser Woche beginnen. Wie verlautet, will der IWF ein Staatsdefizit von 13,5 Prozent des Bruttosozialprodukts akzeptieren, außerdem eine Inflationsrate von maximal 280 Prozent im Jahr 1984. Ein Haushalt 1984 fehlt allerdings immer noch.

DEUTSCHE BANK HV / Aktionäre mit Dividendenerhöhung nicht ganz zufrieden

Geringe Aussichten für Zinssenkung

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Mit einer Dividendenerhöhung von 11 auf 12 DM je Aktie habe die Deutsche Bank zu wenig für die Aktionäre getan, kritisierten Aktionärssprecher unter Applaus auf der Hauptversammlung der Deutschen Bank in Frankfurt. Sie hätten gerne mehr im eigenen Portemonnaie gesehen als in den Polstern der Bank. Auch die Bank hätte es lieber anders gesehen, räumte Vorstandssprecher F. Wilhelm Christians ein. Aber die Risikoträchtigkeit des Geschäfts mache nun einmal eine innere Stärkung notwendig. In diesem Zusammenhang warnte sein Sprecherkollege Wilfried Guth die Aktionäre, sich keine falschen Hoffnungen auf eine baldige größere Auflösung von Wertberichtigungen und Rückstellungen zu machen.

Auf der sehr ruhig verlaufenen Hauptversammlung, die nach rund fünfstündiger Dauer beendet wurde und auf der 66,9 Prozent des Kapitals vertreten waren, berichtete Guth, das Betriebsergebnis der Bank habe in den ersten vier Monaten dank des guten Abschneidens des Wertpapiergeschäfts etwa dem Vorjahresdurchschnitt entsprochen. Ohne die Eigenhandelsgewinne sei das Ergebnis dagegen leicht gesunken. Die Zinsmarge habe weiter unter Druck gestanden und sich von 3,32 Prozent im Vorjahresdurchschnitt auf 3,19 Prozent ermäßigt. Der Vorstand rechnet damit, daß sich dieser Druck bei stagnierendem Zinsniveau weiter verstärkt. Ob sich im Eigenhandel wieder ein so gutes Ergebnis wie 1983 erzielen läßt, könne man heute noch nicht sagen, obwohl Guth die Aussichten dafür nicht ungünstig beurteilt. Die Bank will jetzt versuchen die unvermeidliche Einbuße bei der Zinsmarge durch eine Ausweitung des Kreditvolumens und durch vermehrte Erträge aus dem Dienstleistungsgeschäft aufzufangen.

Das Kreditgeschäft der Deutschen Bank hat sich etwas belebt, und der Vorstand geht aufgrund seiner positiven Konjunkturbeurteilung auch davon aus, daß sich diese Tendenz fortsetzen wird, aber er rechnet nicht mit einem stärkeren Anstieg. Einer lebhafteren Nachfrage wirke nicht zuletzt entgegen, daß viele Firmen ihre Kassenhaltung zu straffen versuchten.

Als Nachtfrost für die Konjunktur bezeichnete Guth den Arbeitskampf, der, je nachdem wie lange und in welcher Breite er ausgefochten werde, manche Hoffnungen für 1984 in Frage stelle. Wie auch immer der Ausgang sein werde, warnte Guth: „Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum und Beschäftigung nehmen dabei Schaden." Heute könne es leider nur noch darum gehen, den Schaden so gering wie möglich zu halten. Guth appellierte an die Tarifpartner, das gerade in Gang gekommene Wachstum nicht durch neue Belastungen zu gefährden. Ein Aktionärssprecher äußerte die Sorge, wenn weiter ein so harter gewerkschaftlicher Kurs verfochten werde, könnten die inländischen Kreditrisiken der Banken bald so bedrohlich werden wie die ausländischen.

Zur Zinsentwicklung in der Bundesrepublik meinte Guth, die Aussichten für eine weitere leichte Zinssenkung seien in letzter Zeit trotz der erfreulich gebliebenen Preisentwicklung und der Fortschritte in der Haushaltskonsolidierung geringer geworden. Nach dem jüngsten Anstieg des Dollarkurses habe die nach oben tendierende amerikanische Zinsentwicklung wieder stärkeren Einfluß auf das Zinsgeschehen in der Bundesrepublik genommen. Bei dieser Konstellation erwarte die Deutsche Bank in der nächsten Zeit keine größeren Zinsveränderungen.

FRANKREICH / Opposition: Kurzfristige Auslandsschulden auch berücksichtigen

Verschärfte Austerity-Politik notwendig

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Frankreich schuldet dem Ausland 630 Mrd. Franc oder gut 200 Mrd. DM. Zu diesem Ergebnis kommt eine Untersuchung des Senats, der sich auf Auskünfte des Internationalen Währungsfonds (IWF) stützt. Das von den Oppositionsparteien beherrschte „Oberhaus" meint, daß diese Auslandsschuld, die jeden Franzosen mit 12 750 Franc belastet, an der Grenze des Erträglichen liegt. Um ihr weiteres Anwachsen zu verhindern, müßten steigende Leistungsbilanzüberschüsse erzielt werden.

Demgegenüber hatte Finanzminister Delors die französische Bruttoverschuldung gegenüber dem Ausland per Ende 1983 mit 451 Mrd. Franc angegeben, nachdem diese ein Jahr zuvor erst 295 Mrd. Franc erreicht hatte. Der Zuwachs um 53 Prozent erklärt sich allerdings zum Teil aus der Verteuerung der amerikanischen Währung, auf die 58 Prozent der Schuld lautet. In Dollar ausgedrückt stieg die Bruttoschuld aber um 22 Prozent auf 57,7 Mrd. Dollar.

Der Senat bestreitet diese Ziffer nicht. Jedoch weist er darauf hin, daß es sich hier nur um die mittel- und langfristigen Auslandsschulden handelt. Die von der französischen Regierung bisher niemals bekanntgegebenen kurzfristigen Verbindlichkeiten, die sich inzwischen durch fortschreitende Revolvierung zu einer permanenten Schuld entwickelt hätten, werden vom Senat auf 150 Mrd. Franc beziffert. Alles in allem habe danach die Gesamtschuld Ende 1983 rund 600 Mrd. Franc erreicht und sei auf inzwischen 630 Mrd. Franc angewachsen.

Tatsächlich hat Frankreich im bisherigen Verlauf dieses Jahres weitere Auslandskredite aufgenommen, wenn auch in vermindertem Maße. An mittel- und langfristigen Krediten waren es nach OECD-Angaben bis Ende April 3,2 Mrd. Dollar gegenüber 4,5 Mrd. Dollar in der gleichen Vorjahreszeit, bzw. 27,2 Mrd. Franc nach dem jüngsten Dollarkurs.

Angesichts der Senatsuntersuchung wies der Minister jetzt darauf hin, daß den kurzfristigen Schulden französische Guthaben an das Ausland in gleicher Höhe gegenüberstünden. Außerdem verfüge Frankreich über mittel- und langfristige Forderungen von 250 Mrd. Franc. Diese Rechnung läßt der Senat allerdings nicht gelten. Denn der größte Teil der Forderungen besteht seinen Angaben nach gegenüber notleidenden Entwicklungsländern. Vor allem aber veranschlagen die Senatoren den künftigen Schuldendienst viel höher als Delors – für das Jahr 1988 auf 150 statt 90 Mrd. Franc.

Wenn die derzeitige „Politik der Strenge" fortgeführt wird, sagte Delors, könne Frankreich bereits im ersten Halbjahr 1985 einen für die Honorierung seiner Auslandsverbindlichkeiten „ausreichenden" Leistungsbilanzüberschuß erwirtschaften. Anderenfalls würde sich die Frage nach einem Schuldenmoratorium stellen. Der Senat dagegen verlangt eine Verschärfung der Austerity-Politik, um ein Moratorium zu vermeiden.

BAYERISCHE LANDESBANK / Zuversicht zum Geburtstag – Attraktive Rendite

Den Erfolgskurs sicher gehalten

DANKWARD SEITZ, München

Zuversicht strahlt der Vorstand der Bayerischen Landesbank-Girozentrale, München, aus. Nicht zuletzt, weil für das Institut in diesem Jahr der 100. „Geburtstag" ansteht – 1884 wurde die Bayerische Landesbodenkreditanstalt gegründet, eine der beiden Vorgängerbanken. Ein Ereignis, zum dem man nach den Worten von Landesbankpräsident Ludwig Huber auch ein „rundes Ergebnis" präsentieren möchte. Was er darunter versteht – außer, daß es „zufriedenstellend" sein soll –, wollte er anläßlich der Vorlage des Geschäftsberichts 1983 nicht näher erläutern.

Nur so viel scheint festzustehen: Ein „Geburtstagsgeschenk" sollen nur die über 4000 Mitarbeiter erhalten, nicht aber die Gewährträger der Bank. Die 7 Prozent Dividende, die auch für 1983 wieder ausgeschüttet werden, nehmen sich im Vergleich zu vielen Privatbanken „in der Optik nicht gerade üppig aus", unter den Landesbanken, so Huber, sei dies aber doch ein „bemerkenswerter Satz". In Rechnung gestellt werden müsse dabei, daß alle Kapitalerhöhungen seit 1972 – das waren immerhin acht über 450 Mill. DM auf jetzt 850 Mill. DM Grundkapital – zu pari durchgeführt worden seien, eine „durchaus attraktive Rendite".

Im ersten Quartal 1984 hat sich die Ertragslage der Bank etwa auf dem Niveau des Vorjahres bewegt. Wegen saisonaler Einflüsse und der niedrigeren Bewertung des Dollars im März ging die Bilanzsumme um 3,2 Prozent auf 97,2 Mrd. DM zurück. Ein Abbau der Gesamtverbindlichkeiten um fast 4,0 Mrd. DM und ein um rund 1 Mrd. DM geringeres Kreditvolumen bei gleichzeitiger Zunahme des Umlaufs an Schuldverschreibungen um 1,5 Mrd. DM seien die „markantesten Veränderungen" gewesen.

Im Geschäftsjahr 1983, das national wie international „unter dem Primat Qualität vor Quantität" gestanden habe, ist es der Landesbank gelungen, an ihre bisherigen Erfolge anzuknüpfen. Huber: „Wir sind auf Kurs geblieben und konnten sicher anlegen." Die Verbesserungen des Teilbetriebsergebnisses ist erneut vor allem auf den Anstieg des Zinsüberschusses auf die Rekordmarke von fast 850 Mill. DM zurückzuführen. Die Zinsmarge konnte dabei „ganz leicht auf knapp unter 1 Prozent" zulegen. Einschließlich des Eigenhandelsertrags dürfte das Gesamtbetriebsergebnis der Bank etwa 690 Mill. DM erreicht haben. Zum Ausdruck kommt die Ertragssteigerung auch in dem höheren Steueraufwand von knapp 88 (79,9) Mill. DM.

Von Rekordzahlen möchte Huber dennoch wegen der hohen Risikovorsorge nicht sprechen, die allerdings keine Mühe bereitete. Für Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen wurden 233,5 (157,9) Mill. DM aufgebracht, dabei sei aber, so Huber, zwischen „müssen" und „können" ein großes Gefälle. Weniger als die Hälfte von diesem Betrag entfalle auf Auslandsengagements. Keine Erklärung gab der Landesbankpräsident dazu, warum die Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen mehr als deutlich von 0,5 Mill. auf 18,9 Mill. DM gestiegen sind.

Im Kreditgeschäft, in dem man sich vor allem auf langfristige Ausleihungen an die Energiewirtschaft und die öffentliche Hand konzentriert, bekam die Landesbank das noch langsame Wirtschaftswachstum im ersten Halbjahr zu spüren. Ausländische Kunden standen Ende 1983 mit rund 7,4 Mrd. DM (plus 5,7 Prozent) als Schuldner in den Büchern der Bank. Von Vorteil für die Ertragslage erwies sich bei der Refinanzierung, daß die erhöhten Gesamtverbindlichkeiten und der Nettoerlös aus dem Verkauf eigener Schuldverschreibungen der Bank einen Mittelzufluß von 4,5 (3,6) Mrd. DM brachte, der zu 75 (63) Prozent vom Kreditgeschäft beansprucht würde.

Bayerische Landesb.[1]	1983	±%
Bilanzsumme (Mrd. DM)	100,5	+ 4,7
Eigenkapital	2,8	+ 5,9
Gesamtkreditvolumen	68,6	+ 3,8
Gesamtverbindlichktn.	42,7	+ 2,4
Begebene Schuldverschreibungen	40,8	+ 6,9
Teilbetriebsergebnis (Mill. DM)	524,3	+ 25,9
Zinsüberschuß	849,9	+ 16,0
Provisionsüberschuß	113,1	+ 25,2
Gewinn vor Steuern	224,1	+ 5,5
Jahresüberschuß	136,0	+ 2,6
Bilanzgewinn	56,0	+ 6,7

[1] einschl. Bayerische Landesbausparkasse

Bast-Bau wächst weiterhin flott

HARALD POSNY, Düsseldorf

Aufgrund des vorliegenden Auftragsbestands rechnet die E. Bast Bauunternehmen und Bast-Bau-Betreuungs-KG, Erkrath, 1984 mit einer Gesamtleistung von rund 400 Mill. DM. Eine Verkaufsprognose fällt Alleininhaber Emil Bast freilich schwer. Es sei nicht auszuschließen, daß neben dem Wegfall der Mehrwertsteueroption durch eine ungünstige Zinsentwicklung und eventuelle negative gesetzgeberische Maßnahmen eine Verschlechterung der Voraussetzungen für Erwerber und Verkäufer eintreten könnte.

Der derzeit ungünstigeren Situation auf dem Markt will Bast „als erstes Bauunternehmen" mit einer 10-Jahres-Garantie für alle eigenen, vom Unternehmen selbst technisch durchgeplanten Objekte begegnen. Dabei haftet er auch für alle Leistungen seiner Subunternehmer.

Das Unternehmen, eines der langfristig am schnellsten und stetigsten wachsenden auf dem Baumarkt, hat 1983 seine Gesamtleistung um 30 Prozent auf 376 Mill. DM gesteigert. Dabei ging der Rohbau-Anteil (ausschließlich für fremde Auftraggeber) auf 12 (18) Mill. DM zurück, während sich der Bauträgerbereich mit 74 Mill. DM fast verdoppelte. Auch Schlüsselfertigbau und Betreuung hatten mit 210 (173) und 80 (60) Mill. DM kräftige Zuwächse. Es wurden insgesamt 1291 (1396) Objekte aller Art im Wert von 400 (411) Mill. DM verkauft. Zum Jahresende wurde ein Auftragsbestand von 283 Mill. DM (plus 10 Prozent) ausgewiesen.

Die Investitionen erhöhten sich auf 14,6 (5,4) Mill. DM, denen Abschreibungen von 6,6 (3,5) Mill. DM gegenüberstanden. Die Ertragslage bezeichnete Bast als zufriedenstellend. Zum besseren Ergebnis hätten hauptsächlich die Bereiche Bauträger und Schlüsselfertigbau beigetragen. Auch die Belegschaft hatte davon ihren Nutzen. Neben den leistungsbezogenen Prämien werden für 1983 rund 1,4 (1,1) Mill. DM als Ertragsbeteiligung an die 812 (682) Mitarbeiter ausgeschüttet.

SUBVENTIONEN / DIW gegen einseitigen Abbau

Erhöhter Handlungsbedarf

PETER WEERTZ, Berlin

Gegen eine einseitige fiskalische Sicht beim Abbau von Subventionen wendet sich das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW). Im Rahmen einer effizienten und zielgerichteten Subventionspolitik komme es vielmehr darauf an, nicht nur Einsparungen, sondern zugleich Verlagerungen und Umstrukturierungen im Subventionshaushalt vorzunehmen. Angesichts der wirtschaftlichen Probleme, besonders der Massenarbeitslosigkeit, lasse sich ein erhöhter Handlungsbedarf des Staates kaum leugnen, unterstreichen die Berliner Wirtschaftsforscher.

Wie aus den Angaben des Berliner Instituts hervorgeht, haben sich die staatlichen Subventionen von 1970 bis 1979 mehr als verdoppelt; seither sind sie jedoch gesunken. Für das gesamte System kennzeichnend sei die Konzentration der Subventionen auf wenige Wirtschaftsbereiche wie Bundesbahn, Wohungsvermietung, Landwirtschaft, Ernährungsgewerbe, Großhandel und Bergbau mit einem Anteil von 70 Prozent an dem Gesamtvolumen.

Für den Agrarbereich, den Kohlebergbau, die Wohnungsbauförderung sowie Modernisierungshilfen und direkte Preissubventionen hat das Berliner Institut zwar einen Katalog von abbauwürdigen Subventionen von insgesamt 6,2 Milliarden Mark zusammengestellt; es schließt aber Erhöhungen in anderen Bereichen nicht aus.

Gleichzeitig befürwortet das Institut bei den Subventionen eher Finanzhilfen als Steuervergünstigungen wegen der größeren Transparenz und dem höheren Nutzen der gezielten Förderung. Gefordert wird darüber hinaus die Orientierung an längerfristigen Zielen.

HOCHSEEFISCHER / Unzufrieden mit Fangquoten

Flotte wird noch schrumpfen

W. WESSENDORF, Bremen

Die deutschen Hochseefischer schippern weiter einer ungewissen Zukunft entgegen. Das meint der Vorsitzende des Verbandes der deutschen Hochseefischereien e. V. in Bremerhaven, Dieter Koch. Er ist unzufrieden mit den Fangquoten unter Grönland und Island: „Wenn das so weitergeht, dann wird unsere Fischereiflotte noch weiter schrumpfen." 1972 gab es noch insgesamt 97 Schiffe in der deutschen Hochseeflotte, heute sind es nur noch 22.

Zwar sei ein Vertrag mit den Grönländern auf fünf Jahre festgeschrieben, aber die vereinbarten Fangmengen seien zu gering, kritisierte der Verbandsvorsitzende. Dies betreffe insbesondere den lukrativen Kabeljaufang. Koch: „Uns fehlen jährlich fast 30 000 Tonnen Kabeljau." Diese Lücke habe Auswirkungen auf die Fangfabrikflotte, die sich nur noch aus 14 Schiffen zusammensetze: „Diese Schiffe sind nur in einem bestimmten wirtschaftlichen Rahmen einsetzbar, der aber gegenwärtig nicht gegeben ist."

Seit 1977 könnten die Deutschen nicht mehr in ihren „angestammten Fischgründen" unter Island fischen. Seitdem hätten die Importe isländischen Fisches in zweistelligen Prozentzahlen zugenommen, betonte Koch. Er kritisierte außerdem, daß den Isländern bei der Einfuhr keine Zollschranken gesetzt werden. „Und ohne Zugang zu Island ist unsere Frischfischflotte gefährdet." Zudem könnten die Isländer in der Bundesrepublik ihren Fisch zehn Prozent billiger anlanden als die Deutschen, die ihren Fisch unter Grönland unter sehr schweren Bedingungen (Eis) fischen müßten.

VÖEST-ALPINE / Seit Jahren Verluste in beinahe allen Unternehmensbereichen

Verbesserung des Ergebnisses erwartet

WOLFGANG FREISLEBEN, Wien

Noch hat Österreichs größtes Unternehmen, die Vöest-Alpine AG, den Weg aus der Krise nicht gefunden. Der Stahlkonzern macht seit Jahren Verluste, die in fast allen Unternehmensbereichen angefallen sind. 1983 hatten sich die Verluste sogar auf 2,5 Mrd. Schilling (356 Mill. DM) verdoppelt. Für dieses Jahr erwartet die Unternehmensführung wieder eine Verbesserung des Ergebnisses.

Nachdem schon 1982 die Reserven des Konzerns weitgehend aufgezehrt waren, mußten zur Finanzierung der Betriebsabgänge finanzielle Unterstützungen seitens des Eigentümers Staat in Anspruch genommen werden. Bilanzwirksam wurden für 1983 drei Mrd. Schilling zugeschossen. Für 1984 hat die Vöest neuerlich Finanzwünsche von gut zwei Mrd. Schilling angemeldet.

Angesichts der schwierigen Lage des Unternehmens will das Management nach wie vor an der Kürzung der üppigen freiwilligen Sozialleistungen festhalten. Dies, obwohl nach massiven Streikdrohungen der Belegschaft Bundeskanzler Fred Sinowatz erst vor wenigen Wochen entsprechende Verhandlungen zwischen Management und Belegschaftsvertretern einseitig beendet hatte, in denen das Management letztlich klein beigeben mußte. Ebenfalls in den Sanierungsplänen vorgesehen ist eine weitere Reduktion der Belegschaft von derzeit 72 000 Mitarbeitern im Gesamtkonzern.

Hauptursache für die anhaltend triste Situation des Staatsbetriebes ist wohl die durch ständige politische Intervention bisher immer garantierte Strukturkonservierung. Entgegen den Veränderungen auf den Weltmärkten wurde solcherart sicherlich auch infolge mangelnder Durchschlagskraft des Managements die Schließung von unrentablen Produktionen verhindert. Auf der anderen Seite ist es dem Unternehmen jahrelang nicht gelungen, in den als zukunftsträchtig bezeichneten Bereichen Finalindustrie und Anlagenbau die Verluste zu beseitigen.

Als größte Problembereiche bezeichnet Generaldirektor Heribert Apfalter derzeit die Schmieden und Gießereien sowie den Stahl- und Apparatebau. Der mit Abstand größte Verlustträger bleibt jedoch nach wie vor die Tochtergesellschaft Vereinigte Edelstahlwerke (VEW). Dort gilt es vor allem, ein schwer defizitäres Stahlwerk zu schließen und ein eisernes Sanierungsprogramm durchzuziehen. Nachdem zuvor schon einige Vorstandsmitglieder sukzessive ausgewechselt wurden, mußte jetzt auch VEW-Generaldirektor Adolf Bayer vorzeitig eine Vertragsauflösung akzeptieren. Die Belegschaft soll binnen drei Jahren von 12 600 auf 9500 Mitarbeiter weiter reduziert werden.

Eine bemerkenswerte Entwicklung nimmt derzeit die Vöest-eigene Handelsgesellschaft „Intertrading", die erst vor knapp sechs Jahren zur Abwicklung von Kompensationsgeschäften mit dem Ostblock gegründet wurde. Nachdem schon im Vorjahr die Steigerung des Vöest-Konzernumsatzes um 40 Prozent auf 100 Mrd. Schilling in erster Linie auf die starke Expansion dieser Handelsgesellschaft zurückzuführen war, wird die „Intertrading" heuer ihren Umsatz nochmals von 31 auf 70 Mrd. Schilling mehr als verdoppeln. 1982 waren es erst 7,5 Mrd. Schilling gewesen. Diese Tochtergesellschaft macht damit mit nur 200 Mitarbeitern ebensoviel Umsatz wie die produzierende Muttergesellschaft. 94 Prozent davon kommen außerhalb Europas zustande. Der österreichische Markt ist für die „Intertradig" praktisch unbedeutend. Wesentlichen Anteil an der raschen Expansion hat der Handel mit Rohöl, der zuletzt rund 70 Prozent des Gesamtgeschäfts ausmachte und mit einem Kontrakt mit iranischen Lieferanten begonnen hatte.

DETEWE / Bedeutung der Digitaltechnik nimmt zu

Ertragslage wieder besser

PETER WEERTZ, Berlin

Als „Bewährungsprobe für neue Produkte", besonders bei ihren elektronischen Telefonanlagen, sieht der Vorstand der deutschen Telephonwerke und Kabelindustrie AG (Detewe) das Geschäftsjahr 1983. In den nächsten Jahren wird nach Ansicht des Unternehmens die Entwicklung in der Kommunikationstechnik zunehmend von der Digitaltechnik bestimmt. Auf diesen Trend sei Detewe in der öffentlichen (Bundespost) und privaten Vermittlungstechnik durch Eigenproduktion vorbereitet, heißt es im Geschäftsbericht.

Im vergangenen Jahr ist der Umsatz mit einem Prozent auf 537 Mill. DM allerdings nur leicht gewachsen, die Ertragslage hat sich hingegen deutlich verbessert. Aufgrund des höheren Auftragseingangs (plus zwei Prozent) und der Zunahme des Exports uwrde besonders das Privatgeschäft weiter ausgebaut. Hierzu hat auch die Bürokommunikation beigetragen. Gewachsen sind zugleich die Investitionen um 8,2 auf 24,6 Mill. DM. Ihr Schwerpunkt lag bei rechnergesteuerten Fertigungs- und Prüfanlagen sowie der Gebäudeerneuerung in Berlin. Mit 4781 Beschäftigten am Jahresende war die Zahl der Mitarbeiter nahezu unverändert.

Zu Jahresbeginn 1983 wurden die beiden Tochtergesellschaften Francotyp und Postalien zur Franco-Postalia GmbH, Berlin und Offenbach, zusammengelegt. Der Umsatz stieg 1983 um 8 Prozent auf 84 Mill. DM, vor allem im Inlandsgeschäft mit Frankiermaschinen und im Export in 80 Länder.

Der Vorstand *bezeichnet die hohen* flüssigen Mittel, die in der Bilanz von Detewe von 176,6 auf 240,7 Mill. DM zugenommen haben, als „Risikovorsorge". Außerdem sucht das Unternehmen für die moderne Kooperation Partner. Aus dem Jahresüberschuß von 10,8 (Vorjahr 9,6) Mill. DM werden vorab 5,4 (4,8) Mill. DM den offenen Rücklagen zugeführt, die dadurch mit 62,5 Mill. DM doppelt so hoch sind wie das Aktienkapital von 30 Mill. DM.

Infolge der positiven Ertragslage wird der Hauptversammlung am 28. Juni nicht nur wieder eine Dividende von 16 Prozent für 1983, sondern zusätzlich auch ein Bonus von zwei Prozent vorgeschlagen. Alleinaktionär ist die Holding Bergman-Elektricitäts-Werke AG.

IBERO-AMERIKA-BANK / Neue Verzögerungen

Vorsichtiges Kreditgeschäft

J. BRECH, Hamburg

Vor dem Hintergrund wirtschaftlicher Schwierigkeiten im lateinamerikanischen Raum hat die Ibero-Amerika-Bank AG, Bremen, an der seit Jahren geübten Zurückhaltung in der Geschäftspolitik festgehaten. Wie es im Geschäftsbericht heißt, seien in dieser Region neben den bekannten Umschuldungsproblemen zum ersten Mal auch Zahlungsverzögerungen im kommerziellen Bereich eingetreten. Dies gelte allerdings nicht für die Erfüllung der Verpflichtungen aus der Finanzierung *lateinamerikanischer* Rohstoffexporte, dem Geschäftsschwerpunkt der Bank.

In ihrem traditionellen Geschäft der kurzfristigen Auslandsfinanzierung, so heißt es, habe sich das Institut mehr denn je von strengen Auswahlkriterien leiten lassen. Die Steigerung des Kreditvolumens um 39 Prozent auf 326 Mill. DM sei aufgrund einer saisonbedingten Ausweitung der Kreditinanspruchnahme der ausländischen Kundschaft stichtagsbezogen. Das Volumen habe im Durchschnitt des Berichtsjahres unter dem des Vorjahres gelegen. Die Bilanzsumme der Bank verringerte sich um 1,5 Prozent auf 322 Mill. DM, während das Geschäftsvolumen durch die Zunahme der Eventualverbindlichkeiten um 4,8 Prozent stieg.

Bei geringerem Kreditgeschäft ging der Zinsüberschuß um rund 4 Prozent auf 5,7 Mill. DM zurück, während der Provisionsüberschuß um 13,6 Prozent auf 4,8 Mill. DM stieg. *Das* Betriebsergebnis wird *mit* 5,2 Mill. DM (plus 11 Prozent) angegeben. Nach umfassender Risikovorsoge, die auch Länderrisiken berücksichtigt, werden aus dem unveränderten Jahresüberschuß von 1,5 Mill. DM 0,75 Mill. DM den offenen Rücklagen zugeführt, der Rest in Form von 7,5 (7) Prozent Dividende ausgeschüttet. Am Kapital von 10 Mill. DM ist der Bremer Kaufmann Walther J. Jacobs mit mehr als 25 Prozent beteiligt.

BAYER / Dem glanzvollen Abschluß kann in diesem Jahr ein noch besserer folgen – Nochmals Optionsanleihe

Chemiekonjunktur läuft auf allen Märkten gut

J. GEHLHOFF, Leverkusen

Es ist noch nicht der Gipfel des Glücks, was der scheidende Vorstandsvorsitzende Prof. Herbert Grünewald den 350 000 Aktionären der Bayer AG, Leverkusen, zur Hauptversammlung am 27. Juni mit dem glanzvollen 1983er Abschluß präsentiert. Sein Amtsnachfolger Hermann-Josef Strenger, mit dem erstmals ein vom Lehrling emporgestiegener Kaufmann an die Spitze eines deutschen Chemie-Weltkonzerns rückt, kann vermutlich übers Jahr noch Schöneres präsentieren.

Denn daheim und erst recht auf den Weltmärkten gewinnt derzeit der Aufschwung der Chemiekonjunktur noch an Breite und Kraft. Der Bayer-Weltumsatz dürfte nach Grünewalds Prognose 1984 mit 10 Prozent Plusrate die 40-Milliarden-Schwelle schaffen. Weitere Ertragsbesserung ist dabei in Sicht, auch wenn die Plusraten *fürs volle Jahr sicherlich* niedriger anzunehmen sind als im ersten Quartal, in dem der Gewinn vor Steuern bei der AG mit 320 Mill. DM (plus 35 Prozent) und bei Bayer-Welt mit 636 Mill. DM (plus 40,1 Prozent) sehr deutlich höher als schon vor Jahresfrist ausfiel.

Bei fast durchweg stabilen Verkaufs- und Rohstoffpreisen verdankte Bayer den 1983er Ertragsaufschwung vor allem der Erholung im Mengenabsatz, der die durchschnittliche Kapazitätsauslastung nun wieder auf 85 Prozent (im 2. Halbjahr 1982 nur 70 Prozent) verbesserte und entsprechende Kostendegression bescherte. Den großen Schwung brachte ab 2. Halbjahr 1983 die unerwartet starke Belebung im Auslandsgeschäft. Die hält an und läßt zumal für das USA-Geschäft erwarten, daß dort *1984 der Bayer-Umsatz mit 4 Mrd.* Dollar erstmals größer ist als auf dem Heimatmarkt.

Noch stattlicher als beim Gewinn vor Steuern nimmt sich die 1983 erzielte Ertragsbesserung im DVFA-Nettoergebnis je Aktie aus. Es stieg bei der AG um 79 Prozent auf 17,44 (9,76) DM und im Weltbereich um 155 Prozent auf 26,55 (10,41) DM. Der mehr als verdoppelte Welt-Gewinn vor Steuern bedarf der Relativierung. Er liegt mit 5,8 (2,8) Prozent des Umsatzes *erst wieder auf dem Niveau der* späten 70er Jahre und immer noch deutlich niedriger als bei der großen US-Konkurrenz.

Die Aktionäre dieser mit 2,53 Mrd. DM Aktienkapital größten deutschen Publikumsgesellschaft profitieren vom Ertragsaufschwung, der mit rund 400 Mill. DM mehr als die Hälfte vom Welt-Jahresüberschuß für die Rücklagen reserviert, mit kompletter Wiedergutmachung des vorjährigen Dividendensturzes und nun wieder 7 (4) DM je Aktie. Dazu, so tröstet Grünewald noch höher gespannte Erwartungen, habe der Aktionär ja auch noch durchschnittlich 1,80 DM Bezugsrechtswert je Aktie bei der im März 1984 emittierten 500-Mill.-DM-Optionsanleihe kassieren können.

Da damit der Ermächtigungsrahmen *des bedingten Kapitals (175 Mill.* DM) ausgeschöpft ist, will der Vorstand von den Aktionären nun eine neue Ermächtigung mit 300 Mill. DM bedingtem Kapital für die Emission neuer Wandel- oder Optionsanleihen bis zu 600 Mill. DM. Dies vorerst nur als Vorratsbeschluß. Optionsanleihen bringen zwar sehr zinsgünstige Mittel. Aber bei anhaltend kompletter Innenfinanzierung der Investitionen und einem auch noch zu beträchtlichem Finanzschulden-Abbau reichenden Cash-flow hat der Konzern mit dem Zufluß frischen Kapitals keine Eile. Desgleichen nicht angesichts der konstant stolzen Eigenkapitalquote von 53 Prozent des AG-Bilanzvolumens.

Die Sachinvestitionen plant Bayer-Welt für 1984 mit konstanten 1,9 Mrd. DM. Ab 1985, meint Grünewald, könnte es mehr werden. Das deutlichste Wachstum der „Investitionen in die Zukunft" jedoch zeigt der Forschungsaufwand. Er stieg 1983 weiter auf 1,69 (1,55) Mrd. DM, soll 1984 mehr als 1,8 Mrd. DM betragen und dürfte in diesem Trend bald das Volumen der Sachinvestitionen übertreffen. Der mit besonders konjunkturanfälligen Massenprodukten ohnehin weniger als andere beschäftigte Bayer-Konzern verfolgt da offensichtlich konsequent die Linie zu *„intelligenten" (und ertragskräftigen)* Produkten. Indiz dafür ist auch, daß die ertragsstarken Sparten Pharma und Pflanzenschutz zwar mittlerweile rund 30 Prozent vom Weltumsatz stellen, aber schon mehr als die Hälfte vom Forschungsaufwand beanspruchen.

Bayer (Welt)	1983	± %
Umsatz (Mill. DM)	37 336	+ 7,2
dav. Bayer AG	14 647	+ 10,2
Auslandsanteil (%)	76,8	(76,7)
Belegschaft	174 760	– 2,6
Personalaufwand	10 759	+ 5,8
Gesamtinvestitionen	2043	– 6,8
Sachinvestitionen	1872	– 9,0
Cash flow [1]	4705	+ 52,3
netto [1]	2925	+ 48,1
Gewinn vor Steuern	2163	+123,0
Jahresüberschuß	754	(64)
dto. Bayer AG	504	+ 90,9
Ausschüttung	354	+ 75,2

[1] Gewinn vor Steuern und Abschreibungen und Zuführung Pensionsrückstellungen; netto = ohne Steuern und Ausschüttung

HEGENER + GLASER

Elektronik-Aktie an der Börse

DANKWARD SEITZ, München

Mit der Hegener + Glaser AG, München, Hersteller und Distributor von Bauelementen, kommt jetzt ein weiteres Unternehmen aus der Elektronikbranche an die Börse. Unter Führung der Portfolio Management GmbH, München, werden ab 21. Mai 25 000 Stammaktien zum Kurs von 225 DM je 50-DM-Aktie zum Kauf angeboten. 25 Prozent des Grundkapitals von 5,0 Mill. DM – daneben besteht ein genehmigtes Kapital von 1,87 Mill. DM – befinden sich danach in Publikumsbesitz. Die übrigen 75 Prozent werden von den beiden Vorständen Manfred Hegener und Florian Glaser gehalten, die sich verpflichtet haben, 50 Prozent der Aktien mindestens fünf Jahre lang nicht zu verkaufen. Ab 4. Juni sollen die Aktien im Münchner und Hamburger Freiverkehr gehandelt werden.

Hegener + Glaser, in der breiten *Öffentlichkeit seit 1981* vor *allem* als Hersteller von Schachcomputern (Marke „Mephisto") bekannt, sieht nicht nur auf diesem Gebiet große Wachstumschancen, sondern auch im Bereich Bauelemente und Optoelektronik. Außer im Maschinenbau und in vielen Konsumgütern werden Opto-Anzeigegeräte auch in der Kfz-Industrie (Audi-Quattro) eingesetzt.

Für 1984 stellt das Unternehmen eine Dividende von 11 DM in Aussicht. 1983 wurde ein Umsatz von 27,2 (21,5) Mill. DM erreicht; 1984 sollen es 33,1 Mill. DM *sein. Als Gewinn je* Aktie (nach DVFA) werden 19 (12,58) DM erwartet.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Alljanz nicht interessiert

München (dpa/VWD) – Die Allianz AG, München, ist nicht mehr an einer Übernahme der Versicherungsgruppe des US-Stahlkonzerns Armco Inc., Middletown/Ohio, interessiert. Wie der Versicherungskonzern mitteilte, wurden die wochenlangen Gespräche mit dem möglichen amerikanischen Partner jetzt beendet. Die Allianz habe allerdings weiter die Absicht, das *US-Geschäft auszubauen.*

Attraktive Kfz-Elektrik

Düsseldorf (Py.) – Das Kfz-Elektrikerhandwerk hat nach wie vor große Anziehungskraft bei jungen Meistern, die sich selbständig machen wollen. Die Zahl der Fachbetriebe ist 1983 um 1,6 Prozent auf 1802 Betriebe gewachsen. Wegen der leicht rückläufigen Betriebsgröße auf knapp 9 (10) Beschäftigte kann dies als eine Verdichtung des Werkstattnetzes angesehen werden. Der Umsatz der Auto-Elektrikbetriebe wuchs im letzten Jahr um 4,6 (preisbereinigt um 1,6) Prozent auf über 1,1 Mrd. DM. Gegenüber dem Geschäftsverlauf 1983 ist im 1. Quartal des laufenden Jahres die Werkstattauslastung leicht auf über 70 Prozent gestiegen.

Schuhpreise steigen

Primasens (dpa/VWD) – Die Schuhpreise steigen weiter. Nach deutlichen Preiserhöhungen für die kommende Herbst- und Wintersaison müssen die Kunden auch im nächsten Frühjahr wegen des teurer werdenden Leders mit steigenden Schuhpreisen rechnen. Zum Auftakt der dreitägen 28. Pirmasenser Lederwoche International begründet der Verband der deutschen Lederindustrie die anhaltend steigenden Preise mit der Verteuerung der Rohwaren. Auf der Messe zeigen rund 600 Aussteller aus 27 Nationen Leder und andere für Schuhherstellung notwendigen Materialien.

Guano zahlt 20 Prozent

Hamburg (VWD) – Nach einem Bilanzverlust von 2,3 Mill. DM im Geschäftsjahr 1982 schließt die Guano-*Werke AG, Hamburg,* 1983 *mit einem* Bilanzgewinn von 3,4 Mill. DM ab. Die Verwaltung der Gesellschaft schlägt der Hauptversammlung am 28. Juni vor, eine Dividende von 20 Prozent auszuschütten.

Zehn DM Dividende

Langenfeld (VWD) – Die mehrheitlich in Privatbesitz befindliche ARA Schuhfabriken AG will für 1983 aus dem Bilanzgewinn von 3,1 (3,4) Mill. DM wie im Vorjahr eine Dividende von 10 DM je 50 DM-Aktie zahlen. Der Hauptversammlung am 14. Juni soll außerdem die Ausgabe von Belegschaftsaktien und in diesem Zusammenhang die Erhöhung des genehmigten Kapitals um 100 000 DM vorgeschlagen werden.

Neckarwerke stocken auf

Stuttgart (nl) – Der HV der Neckarwerke Elektrizitätsversorgungs-AG, Esslingen/Neckar, am 29. Juni 1984 wird vorgeschlagen, für 1983 eine Dividende von unverändert 14 Prozent auf das Grundkapital von 150,3 Mill. DM auszuschütten. Ferner soll das Aktienkapital im Verhältnis 5 : 1 um 30,06 Mill. auf 180,36 Mill. DM aufgestockt werden (Ausgabekurs: 200 Prozent).

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Coburg: Hedos Polstermöbel GmbH & Co. Werk Frohnlach KG, Ebersdorf b. Cbg.; **Delmenhorst:** Korbl LKW Reparaturwerkstatt GmbH; **Hannover:** Karl-Friedrich Schulz, Friseurmeister; **Krefeld:** Engels GmbH; **Langen:** Klaus Grigull, Hagen; **München:** Nachl. d. Günter Erich Schmidt, Markt Schwaben; Nachl. d. Klaus Dieter Frolka, Landsberied; UMAT Handels- u. Speditions GmbH; **Nürnberg:** Alltax Steuerberatungsges. mbH; **Wittlich:** Ulrike Hagedorn, Wengerohr.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Eschwege: Alfred Hendrich Bekleidungswerke KG; Alfred Hendrich, Ringgau-Renda; Berkataler Rockfabrik GmbH, Berkatal

Vergleich beantragt: Biberach/Riß: KMS Electronic Service GmbH, Oggelshausen; **Landshut:** Franz Eder, Reisbach-Niederreisbach.

FINANZANZEIGEN

UNILEVER

Konsolidierte Bilanzen zum 31. Dezember 1983
in Millionen Gulden

	Total	N.V.	PLC
Anlagevermögen			
Sachanlagen	11 110	6 276	4 834
Finanzanlagen	1 454	560	894
Umlaufvermögen			
Vorräte	9 267	5 191	4 076
Debitoren	8 336	4 778	3 558
Wertpapiere	1 744	1 151	593
Kasse und Bankguthaben	2 400	1 188	1 212
	21 747	12 308	9 439
Abzüglich:			
Kreditoren, die innerhalb eines Jahres fällig werden			
Kreditaufnahmen	(2 032)	(1 080)	(952)
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie andere Kreditoren	(8 362)	(5 165)	(3 197)
Rückstellungen für Ertragsteuern	(949)	(574)	(375)
Dividenden	(432)	(280)	(152)
Netto-Umlaufvermögen	9 972	5 209	4 763
Anlagevermögen und Netto-Umlaufvermögen	22 536	12 045	10 491
Kreditoren, die nach mehr als einem Jahr fällig werden			
Kreditaufnahmen	2 739	2 194	545
Sonstige Kreditoren	429	223	206
Rückstellungen für Verbindlichkeiten			
Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	2 526	1 865	661
Latente Steuern und sonstige Rückstellungen	2 213	969	1 244
Gegenseitige Posten – N.V./PLC	–	+65	–65
Anteil Dritter am Vermögen von Konzerngesellschaften	597	303	294
Eigenkapital			
Eingefordertes Aktienkapital	1 477	905	572
Rücklagen aus Agio	91	52	39
Sonstige Rücklagen	(346)	–	(346)
Im Betrieb einbehaltener Gewinn	12 810	5 469	7 341
	14 032	6 426	7 606
Betriebskapital insgesamt	22 536	12 045	10 491

Konsolidierte Gewinn- und Verlustrechnungen 1983
in Millionen Gulden

	Total	N.V.	PLC
Umsatzerlöse	59 434	35 657	23 777
Kosten	(56 111)	(33 601)	(22 510)
Betriebsgewinn	3 323	2 056	1 267
Erträge und Aufwendungen aus Finanzanlagen	264	49	215
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	494	314	180
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	(665)	(468)	(197)
Finanzielle Erträge und Aufwendungen	93	(105)	198
Gewinn der normalen Geschäftstätigkeit vor Steuern	3 416	1 951	1 465
Ertragsteuern	(1 566)	(918)	(648)
Gewinn der normalen Geschäftstätigkeit nach Steuern	1 850	1 033	817
Anteil Dritter am Gewinn der Konzerngesellschaften und Dividenden auf Vorzugsaktienkapital	(153)	(89)	(64)
Inhabern von Stammaktien zustehender Gewinn	1 697	944	753
Außerordentliche Erträge und Aufwendungen nach Steuern und Anteilen Dritter	–	–	–
	1 697	944	753
Dividende auf Stammkapital	(634)	(417)	(217)
Im Betrieb einzubehaltender Gewinn	1 063	527	536
Änderungen des im Betrieb einbehaltener Gewinn			
Im Betrieb einzubehaltender Gewinn	1 063	527	536
Goodwill	(51)	(43)	(8)
Einfluß von Wechselkursänderungen	128	119	9
Wertänderung Pfund Sterling gegenüber Gulden	322	–	322
Per Saldo dem im Betrieb einbehaltener Gewinn zuzuführen	1 462	603	859
Saldo am 1. Januar	11 348	4 866	6 482
Saldo am 31. Dezember	12 810	5 469	7 341

Der Geschäftsbericht der Unilever N.V., der auch Erläuterungen zu den Abschlußzahlen und die Prüfungsvermerke der Abschlußprüfer enthält, ist bei den untengenannten Banken und Unilever N.V., Afdeling Externe Betrekkingen, Postbus 760, 3000 DK Rotterdam, Niederlande, erhältlich.

UNILEVER N.V.

ROTTERDAM

DIVIDENDENBEKANNTMACHUNG

Der Verwaltungsrat der UNILEVER N.V. gibt bekannt, daß auf die **Stammaktien** zu hfl. 20,– eine Schlußdividende 1983 von hfl. 8,58 abzüglich 25% niederländischer Dividendensteuer zur Ausschüttung gelangt.

Demgemäß wird auf die von der N.V. Nederlandsch Administratie- en Trustkantoor ausgegebenen **Zertifikate von Stammaktien** der Gesellschaft eine entsprechende Dividende von hfl. 8,58 abzüglich 25% niederländischer Dividendensteuer ausgeschüttet.

Die Dividende ist gegen Einreichung des Dividendenscheins Nr. 112 zu den Stammaktien bzw. den Zertifikaten von Stammaktien **ab 29. Mai 1984** erhältlich; sie wird in der Bundesrepublik Deutschland und in Berlin bei folgenden Banken gezahlt:

Dresdner Bank AG., Hamburg, Düsseldorf, Frankfurt/Main, München
Deutsche Bank AG., Hamburg, Düsseldorf, Frankfurt/Main, München
Bank für Handel und Industrie AG., Berlin
Deutsche Bank Berlin AG., Berlin.

Amsterdam, den 16. Mai 1984

Die Auszahlung erfolgt spesenfrei in Deutscher Mark, umgerechnet zum jeweiligen Tagesgeldkurs, sofern nicht ausdrücklich eine Gutschrift in holländischen Gulden gewünscht wird.

Von der niederländischen Dividendensteuer von 25% werden aufgrund des deutsch-niederländischen Doppelbesteuerungsabkommens an Steuerinländer zwei Fünftel vergütet, sofern baldmöglichst ein vom Wohnsitz-Finanzamt bestätigter Antrag auf dem dafür vorgeschriebenen Formular „92 D“ vorgelegt wird, der über die Zentralzahlstelle an die Gesellschaft geleitet wird.

Der endgültig in den Niederlanden verbleibende Teil der niederländischen Dividendensteuer ist auf die für diese Einkünfte zu zahlende deutsche Einkommen- bzw. Körperschaftsteuer anrechenbar.

N.V. NEDERLANDSCH ADMINISTRATIE- EN TRUSTKANTOOR



BRAUEREI AG BREMEN

AKTIVA — **Zusammengefaßter Jahresabschluß – Bilanz zum 30. September 1983** — **PASSIVA**

Aktiva	30. 9. 1983 TDM	30. 9. 1982 TDM
Sachanlagen	2 961	3 359
Beteiligungen	40 005	39 104
Forderungen an verbundene Unternehmen	7 270	2 435
Sonstige Vermögensgegenstände	—	223
	50 236	45 121

Passiva	30. 9. 1983 TDM	30. 9. 1982 TDM
Grundkapital	12 288	12 288
Rücklagen	31 900	30 100
Sonderposten mit Rücklageanteil	921	—
Rückstellungen	3 099	1 769
Verbindlichkeiten	27	36
Bilanzgewinn	2 001	928
	50 236	45 121

Gewinn- und Verlustrechnung vom 1. Oktober 1982 bis zum 30. September 1983

	30. 9. 1983 TDM	30. 9. 1983 TDM	30. 9. 1982 TDM	30. 9. 1982 TDM
Umsatzerlöse		13 658		13 460
Aufwendungen für Betriebsstoffe und sonstige Fremdleistungen		12 439		12 277
Rohertrag		1 219		1 183
Erträge aus Beteiligungen		5 325		3 053
Zinserträge		162		—
Gewinne aus Anlageabgängen		957		—
Sonstige Erträge		—		733
Übertrag		7 663		4 969

	30. 9. 1983 TDM	30. 9. 1983 TDM	30. 9. 1982 TDM	30. 9. 1982 TDM
Übertrag		7 663		4 969
Abschreibungen	132		145	
Zinsaufwand	—		27	
Steuern vom Einkommen, vom Ertrag und vom Vermögen	2 345		2 703	
Einstellungen in Sonderposten	921		—	
Sonstige Aufwendungen	484		686	
		3 868		3 559
Jahresüberschuß		3 795		1 410
Gewinnvortrag		6		18
		3 801		1 428
Einstellung in die freien Rücklagen		1 800		500
Bilanzgewinn		2 001		928

Bremen, im März 1984

Der vollständige Jahresabschluß, versehen mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk der Prüfungsgesellschaft, wird demnächst im Bundesanzeiger veröffentlicht.

Die in der Hauptversammlung vom 8. Mai 1984 genehmigte Dividende von 16 % kann gegen Einreichung des Dividendenscheines Nr. 31 sofort erhoben werden.

Zahlstellen: Bremer Bank, Niederlassung der Dresdner Bank AG, Bremen, Deutsche Bank AG, Bremen, Deutsche Bank AG, Hamburg; Deutsche Bank AG, Hannover; Dresdner Bank AG, Hamburg

Aufsichtsrat: Rechtsanwalt Josef Hattig, Bremen, Vorsitzender, Prof. Dr. Karl-Eberhard Schorr, Hamburg, stellv. Vorsitzender; Dr. Hans-Jürgen Nölle, Bremen.

Vorstand: Dr. Hellmut Gribkowsky, Bremen



Deutsche Bank
Aktiengesellschaft — **Frankfurt am Main**

Dividendenbekanntmachung

Die ordentliche Hauptversammlung vom 16. Mai 1984 hat beschlossen, den Bilanzgewinn des Geschäftsjahres 1983 von 325 472 136 DM zur Verteilung **einer Dividende von 12 DM je Aktie im Nennbetrag von 50 DM** zu verwenden.

Die Dividende wird gegen Einreichung des Gewinnanteilscheins Nr. 42 unter Abzug von 25% Kapitalertragsteuer bei den im Bundesanzeiger Nr. 93 vom 17. Mai 1984 aufgeführten Zahlstellen gezahlt.

Zahlstellen in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin (West) sind:
Sämtliche Niederlassungen der
Deutschen Bank AG, Frankfurt am Main,
Deutschen Bank Berlin AG, Berlin,
Deutschen Bank Saar AG, Saarbrücken,
Handelsbank in Lübeck AG, Lübeck.

Mit der Dividende ist ein Steuerguthaben von 9/16 der Dividende verbunden, das bei inländischen, nicht von der Steuer befreiten Aktionären ebenso wie die Kapitalertragsteuer auf Einkommen- oder Körperschaftsteuer angerechnet wird.

Vom Abzug der Kapitalertragsteuer wird abgesehen, wenn eine inländische natürliche Person dem depotführenden Kreditinstitut eine Nicht-Veranlagungsbescheinigung des Wohnsitzfinanzamts eingereicht hat. In diesem Falle wird auch das Steuerguthaben vom depotführenden Kreditinstitut gutgeschrieben.

Frankfurt am Main, den 17. Mai 1984

Der Vorstand

PFÄLZISCHE HYPOTHEKENBANK

AKTIENGESELLSCHAFT — 6700 LUDWIGSHAFEN A. RH.
An der Rheinschanze 1, Telefon 0621/5997-1, Fernschreiber 464 826

Aus dem Jahresabschluß 1983:

Schuldverschreibungen	9.952.3 Mill. DM
Langfristige Darlehen	10.164.3 Mill. DM
Dividende + Bonus	12.50 DM (25%)
Zuweisung zu den Rücklagen	16.0 Mill. DM
Eigenkapital	234.0 Mill. DM
Bilanzsumme	10.963.2 Mill. DM

Die vollständige Bilanz mit Gewinn- und Verlustrechnung wird im Bundesanzeiger veröffentlicht.

Der Vorstand

Ludwigshafen, 17. Mai 1984

Bayer



Bayer Aktiengesellschaft · Leverkusen

Wir berufen hiermit unsere

ordentliche Hauptversammlung

ein auf Mittwoch, den 27. Juni 1984, um 10.30 Uhr, in die Kongreßhalle (Halle 8), Messegelände Köln-Deutz (Eingang Ecke Auenweg/Rheinparkweg).

Tagesordnung:

1. Vorlage von Jahresabschluß, Geschäftsbericht, Bericht des Aufsichtsrats, Konzernabschluß und Konzerngeschäftsbericht für 1983. Beschlußfassung über die Gewinnverwendung.
2. Entlastung des Vorstands.
3. Entlastung des Aufsichtsrats.
4. Wahlen zum Aufsichtsrat.
5. Ermächtigung zur Begebung von Wandel- und Optionsanleihen sowie Schaffung bedingten Kapitals hierfür; entsprechende Änderung von §3 der Satzung.
6. Wahl von Abschlußprüfer und Konzernabschlußprüfer für das Geschäftsjahr 1984.

Die vollständige Einberufung mit dem Wortlaut der Vorschläge zur Beschlußfassung ist im Bundesanzeiger abgedruckt.

Ein Abdruck der Einberufung sowie Unterlagen mit den ungekürzten Vorlagen zu Punkt 1 der Tagesordnung oder in Form einer Kurzinformation werden den Kreditinstituten, die Aktien unseres Unternehmens verwahren, sowie den Vereinigungen von Aktionären, die in der letzten Hauptversammlung Stimmrechte für Aktionäre ausgeübt oder die Mitteilung verlangt haben, zur Weiterleitung an die Aktionäre zur Verfügung gestellt. Falls eine Zusendung nicht, wie vorgesehen, bis Anfang Juni erfolgt sein sollte, bitten wir die Aktionäre, die Unterlagen bei ihrem Kreditinstitut oder bei ihrer Aktionärvereinigung anzufordern.

Zur Teilnahme an der Hauptversammlung und zur Ausübung des Stimmrechts sind diejenigen Aktionäre berechtigt, die ihre Aktien bis spätestens 19. Juni 1984 bei einem Notar, bei einer Wertpapiersammelbank oder bei einem der nachstehend aufgeführten Kreditinstitute während der üblichen Geschäftsstunden hinterlegt haben und bis zur Beendigung der Hauptversammlung dort belassen:

Deutsche Bank Aktiengesellschaft
Deutsche Bank Berlin Aktiengesellschaft
Bankhaus H. Aufhäuser
Bank für Handel und Industrie Aktiengesellschaft
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank Aktiengesellschaft
Bayerische Landesbank Girozentrale
Bayerische Vereinsbank Aktiengesellschaft
Berliner Commerzbank Aktiengesellschaft
Berliner Handels- und Frankfurter Bank
Bankhaus Gebrüder Bethmann
Commerzbank Aktiengesellschaft
Delbrück & Co.
Deutsche Länderbank Aktiengesellschaft
DG Bank Deutsche Genossenschaftsbank
Dresdner Bank Aktiengesellschaft
Georg Hauck & Sohn Bankiers KGaA
Hessische Landesbank – Girozentrale –
Landesbank Schleswig-Holstein Girozentrale
Merck, Finck & Co.
Metallbank GmbH
B. Metzler seel. Sohn & Co.
Norddeutsche Landesbank Girozentrale
Sal. Oppenheim jr. & Cie.
Reuschel & Co.
Simonbank Aktiengesellschaft
J. H. Stein
Trinkaus & Burkhardt
Vereins- und Westbank Aktiengesellschaft
M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co.
Westdeutsche Landesbank Girozentrale
Westfalenbank Aktiengesellschaft

Commerz-Credit-Bank Aktiengesellschaft Europartner
Deutsche Bank Saar Aktiengesellschaft

Die Hinterlegung gilt auch dann als bei einer der vorgenannten Stellen bewirkt, wenn die Aktien mit Zustimmung einer solchen Stelle für diese bei einem Kreditinstitut bis zur Beendigung der Hauptversammlung gesperrt werden. Im Falle der Hinterlegung bei einem Notar ist die von diesem hierüber auszustellende Bescheinigung spätestens am 20. Juni 1984 bei einer der vorgenannten Stellen einzureichen.

Leverkusen, im Mai 1984

Der Vorstand der
Bayer Aktiengesellschaft
Grünewald Schaub

IWKA / Bei den Robotern geht es mit abgeschwächtem Wachstum aufwärts

Nach zehn Jahren wieder Dividende

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Nach einer zehnjährigen dividendenlosen Zeit peilt die Industrie-Werke Karlsruhe Augsburg AG (IWKA), Karlsruhe, für das Jahr 1984 erstmals wieder eine Dividendenausschüttung an. Jedenfalls geht Vorstandsvorsitzender Wolf Hartmut Prellwitz davon aus, daß der in 1984 erzielbare Überschuß dafür reichen werde. Ursprünglich war für die Aufnahme einer Dividendenzahlung das Jahr 1985 ins Auge gefaßt worden. Zuletzt hatte IWKA für 1973 eine Dividende von 5 Prozent gezahlt.

Der bisherige Geschäftsverlauf dieses Jahres zeigt bei der IWKA ein uneinheitliches Bild. Verpackungsmaschinen und Regler profitieren von der konjunkturellen Belebung, doch macht sich in der Schweißtechnik das rückläufige Investitionsvolumen der europäischen Autoindustrie bemerkbar. Ähnliche Entwicklungen zeigen sich bei Kompensatoren und im Handelsgeschäft mit den Comecon-Ländern.

Weiter aufwärts, wenn auch mit abgeschwächten Zuwachsraten, tendiert das Geschäft mit Industrierobotern, in dem IWKA mit seinen Produkten (Marke „Kuka") zu den führenden Herstellern zählt. In dieser Sparte prognostiziert Prellwitz einen Umsatzanstieg auf 100 Mill. DM in 1984. Insgesamt liegt der Auftragseingang bisher um etwa 10 Prozent unter dem Vorjahr, wobei freilich die Zahlen beispielsweise durch Abgabe des Bereichs Umwelttechnik und auch der Stahlflaschen nicht vergleichbar sind. Dies trifft auch für die Umsatzprognose 1984 zu: Prellwitz rechnet für die Gruppe und den Inlandskonzern mit einem Rückgang in einer Größenordnung von weniger als 10 Prozent.

In 1983 war der Gruppenumsatz um 10,4 Prozent auf 759 Mill. DM zurückgegangen. Ausschlaggebend dafür waren geringere Aufträge im Anlagenbau, das schwache Geschäft mit Kommunalfahrzeugen (dieser Bereich wurde inzwischen an Faun verkauft) und bei Stahlflaschen, sowie mit der Einstellung der Spezialmaschinen-Fertigung bei der französischen Tochter ARO. Größter Umsatzträger mit 45 (46) Prozent Anteil am Umsatz des Inlandskonzerns, der sich auf 586 (605) Mill. DM verringerte – bei knapp einem Drittel Exportquote – war die Sparte Schweißanlagen/Montagetechnik/Roboter.

Zwar blieb der Umsatz der Tochter Kuka Schweißanlagen + Roboter GmbH, Augsburg, mit 203 Mill. DM leicht unter dem Vorjahresresultat, doch stieg allein der Umsatz mit Robotern um 20 Prozent auf über 86 Mill. DM. Fortschritte macht auch die amerikanische Tochter Expert Automation Inc., deren Umsatz in diesem Jahr von 15 auf über 20 Mill. Dollar anwachsen dürfte. Zweitgrößte Sparte bei IWKA ist der Bereich Regeltechnik/Kompensatoren mit 16 (14) Prozent Umsatzanteil, gefolgt von der Wehrtechnik mit 14 (19) Prozent und der Verpackungstechnik mit 13 Prozent.

In all diesen Sparten wurden schwarze Zahlen geschrieben. Nach den Bemühungen um Umstrukturierung und Konsolidierung denkt man bei der IWKA nunmehr an eine gezielte Verstärkung und einen Ausbau (möglicherweise durch Beteiligung) vorzugsweise in den vier Kernbereichen.

In Sachanlagen investiert wurden im Konzern 26,7 (18,4) Mill. DM und abgeschrieben 17,9 (13,8) Mill. DM. Ausgewiesen wird ein Jahresüberschuß von 14,2 (9,9) Mill. DM, der wiederum voll den Rücklagen zugeführt wird. Die Eigenkapitalquote verbesserte sich auf 38,7 (33,6) Prozent. Die Gruppe zählt gut 5500 Mitarbeiter (minus 7 Prozent).

CARL SCHENCK / Mit 40 000 Aktien an die Börse

Überzeichnung erwartet

JOACHIM WEBER, Darmstadt

Mit einem vergleichsweise bescheidenen Volumen von 40 000 Aktien im Nominalwert von 2 Mill. DM will nun auch die Carl Schenck AG, Darmstadt, an die Börse gehen. Die Papiere werden in der Zeit vom 21. bis 24. Mai zum Kurs von 160 DM je 50-DM-Aktie zum Kauf angeboten. „Die zahlreichen Anfragen lassen eine deutliche Überzeichnung erwarten", meint Wolfgang Graebner, Geschäftsinhaber der emittierenden BHF-Bank.

Frank Niethammer, als Vorstandschef des Schenck-Mehrheitsaktionärs Agiv (gut 50 Prozent von nun 56 Mill. DM Grundkapital, die insgesamt in den Frankfurter Freiverkehr eingeführt werden), begründet das geringe Volumen in erster Linie damit, daß bei dem Wagen-, Prüf- und Auswuchtmaschinenbauer kein akuter Kapitalbedarf herrsche, zumal das Kapital im September 1983 gerade auf 54 (42) Mill. DM erhöht wurde. Der Gang zur Börse – nach Art des Hauses betont behutsam – sei vielmehr die „Vorbereitung der Gesellschaft auf einen größeren Schritt, den ich im nächsten Jahrzehnt durchaus kommen sehe". Dabei wird in erster Linie an eine Ausweitung der Produktionsbasis in den USA gedacht.

Das technologiebetonte Unternehmen, das seinen Umsatz 1982/83 (30. 9.) mit 497 (535) Mill. DM zwar nicht halten konnte, das DVFA-Ergebnis je Aktie (auf 42 Mill. DM Grundkapital) aber auf 14,13 (10,10) DM steigerte, will 1983/84 auch auf das erhöhte und bereits voll dividendenberechtigte Kapital von 56 Mill. DM die 14 DM je Aktie verdienen. Die neuen Eigenmittel von 6,4 Mill. DM einschließlich Agio dienen weiteren Investitionen.

Großaktionäre sind neben der Agiv die Quandt-Beteiligungsgesellschaft Inda Verwaltungsgesellschaft mbH und Co. KG mit gut 25 Prozent und die Prinzessin Margaret von Hessen und bei Rhein mit 12,6 Prozent. Der Rest liegt bei Mitgliedern der Familie Schenck, die sich Ende 1973 weitgehend von ihren damaligen GmbH-Anteilen getrennt hatte. Nach der Übernahme von mehr als 70 Prozent des Kapitals durch die Agiv und die Harpener AG war das Unternehmen Anfang 1974 in eine AG umgewandelt worden, deren Anteile zehn Jahre lang von einem geschlossenen Gesellschafterkreis gehalten wurden.

Bremer Wolle mit mehr Aufträgen

JAN BRECH, Hamburg

Bei der Bremer Woll-Kämmerei AG hat sich die Auftragslage seit Beginn dieses Jahres spürbar gebessert und zu einer befriedigenden Auslastung der Produktionsanlagen geführt. Wie es im Geschäftsbericht für das Jahr 1983 heißt, bewirke die zügige Disposition der Kammgarnspinnereien einen stetigen Abbau der Lagerbestände. Der daraus resultierende Nachholbedarf werde sich positiv auf die weitere Beschäftigung auswirken.

Für das Berichtsjahr weist die Gesellschaft, *die im vergangenen Jahr* ihr 100jähriges Jubiläum feierte, einen fast unveränderten Umsatz von 185 Mill. DM aus. Dabei erreichte die Wollkämmerei die Vorjahresproduktion und auch die Auslastung für die Antifilzausrüstung von Wollkammzügen entsprach dem Vorjahr. In der Chemiefaserverarbeitung, die etwa 40 Prozent des Geschäfts ausmacht, seien stagnierende Lohnzuweisungen durch mehr Eigengeschäft ausgeglichen worden. Allgemein, so heißt es, sei die gesamte Produktion von den in- und ausländischen Abnehmern zügig aufgenommen worden. Der Exportanteil erhöhte sich um 3,5 Prozentpunkte auf 47,5 Prozent.

Als Jahresüberschuß weist *die* Bremer Wolle 2,8 Mill. DM aus; das entspricht einer leichten Verbesserung von 3,7 Prozent. Davon gehen 0,4 Mill. DM in die freien Rücklagen, der Rest wird in Form von 12 Prozent Dividende ausgeschüttet. Die Hauptversammlung findet am 8. Juni in Bremen statt.

STAHL BOCHUM / Blechgeschäft noch im Minus

Leichte Erholung erhofft

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Wiederum nur die Garantiedividende von 3 DM je Aktie erhalten die freien Aktionäre, die noch mit 3 Prozent an 24,2 Mill. DM Aktienkapital der Stahlwerke Bochum AG beteiligt sind, auch für 1983 (Hauptversammlung am 26. Juni). Abermals nur noch aperiodische Erträge schaffte dieser in Paritätspartnerschaft von Thyssen und Otto Wolff-Gruppe geführte Produzent von Flachstahl aus Thyssen-Vormaterial 1983 wenigstens einen ausgeglichenen Abschluß. Besseres erwartet der Vorstand von 1984. Dies einerseits wegen der allgemeinen Konjunkturbelebung, die über steigende Investitonsgüterproduktion auch auf die Stahlindustrie übergreifen werde. Und andererseits wegen Verlängerung der amtlichen EG-Marktregelungen bis Ende 1985.

Sonderlich groß schätzt er die mögliche Erholung allerdings noch nicht ein. Leichte Mengenbesserung erlebte das Unternehmen 1983 nur im Absatz von (nicht den EG-Produktionsdrosselungsquoten unterliegenden) Elektroblechen, der aber mit 185 000 (170 000) t um gut ein Drittel unter der im letzten Stahlboomjahr 1974 erreichten Spitze zurückblieb. Der Feinblechabsatz erreichte mit 190 000 (200 000) t einen neuen Tiefpunkt. Besonders drastisch fiel 1983 der Absatz von Stahlformguß auf 5895 (8395) t zurück. Kapazitätsanpassungen auch beim Personal waren die Folge.

Vor allem durch den Einbruch im Stahlformguß-Geschäft sank der Umsatz von Stahl Bochum auf 487 (504) Mill. DM. Die Belegschaft wurde weiter auf noch 1972 (2162) Mitarbeiter mit nur noch 105 (112) Mill. DM Personalaufwand reduziert. Einen weiteren Rationalisierungseffekt auch beim Personal bringt ab 1984 die Inbetriebnahme einer neuen Kaltbandwalzanlage, mit der die Elektro- und Feinblechfertigung auf nur noch zwei (drei) Walzanlagen „bei wesentlicher Qualitätssteigerung" konzentriert wird.

NAMEN

Werner Brodt, Europa-Chef des amerikanischen Software-Marketing-Unternehmens MicroPro, hat aufgrund unterschiedlicher Auffassung in der Geschäftspolitik das Unternehmen Ende April verlassen.

Dr. Wilfried Prewo, Leiter der Deutschen Anlagen Leasing Service GmbH, Mainz, wurde zum Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Hannover-Hildesheim bestellt. Er ist Nachfolger des zum Jahresende ausscheidenden **Franz-Hubert Hädicke**.

Heinz C. Schmitz, Direktor der Japan Air Lines für Nordrhein-Westfalen, tritt in den Ruhestand. Sein Nachfolger ist **Takayoshi Matsuda** (49).

HENNINGER / Bei der Dividende müssen sich die Aktionäre weiter in Geduld üben

Bierausstoß nochmals gesteigert

INGE ADHAM, Frankfurt

Hauptaktionär Reemtsa (rund 83 Prozent) und die freien Aktionäre der Henninger-Bräu AG, Frankfurt, müssen *sich*, was die Dividende angeht, weiter in Geduld üben. Zwar kann der Vorstand der Frankfurter Brauerei deutliche Erfolge bei der Verbesserung der internen Struktur im Geschäftsjahr 1983 vorweisen, aber die desolate Lage bei der griechischen Beteiligung brachte die AG um die Früchte dieser Anstrengungen: Die Erfolgsrechnung schließt mit einem Verlust von 0,9 Mill. DM, nachdem im Vorjahr mit dem bescheidenen Überschuß von 0,7 Mill. DM die langjährige Verlustphase beendet schien.

Bereits 1982 hatte die Henninger Hellas S. A., an der Henninger mit knapp 37 Prozent beteiligt ist und die zu den großen griechischen Brauereien zählt, gut 7 Mill. DM Teilwertabschreibung erfordert. Auch im vergangenen Jahr ist die einst profitable Beteiligung nicht aus der Klemme von Bierpreisstopp sowie galoppierender Inflation und Zinsen herausgekommen. Ein „existenzgefährdender Verlust", so Henninger Vorstands-Vorsitzender Diether Weiss, machte eine totale Bereinigung des Engagements erforderlich. Sie kostet Henninger immerhin 20,2 Mill. DM, die durch Auflösung von 6,9 Mill. DM 6b-Rücklage, Buchgewinne aus Grundstücksverkäufen (2,9 Mill. DM) und dem erwirtschafteten Betriebsergebnis (gut 10 Mill. DM) abgedeckt werden.

Ob die derzeit laufenden weiteren Sanierungsbemühungen bei Henninger *Hellas erfolgreich sein werden, ist* noch offen. Henninger jedenfalls, so unterstrich Weiss, sei nicht mehr bereit, sozialistische Experimente zu finanzieren, jetzt seien die griechischen Partner am Zuge.

Mit den inländischen Beteiligungen, die 5,4 (4,3) Mill. DM Gewinne abführten, ist Henninger zufrieden: „Erstmals seit Jahren" schlossen alle mit Gewinn ab und verhalfen überdies der Mutter mit Darlehen zu einem weiteren deutlichen Abbau der langfristigen Bankverbindlichkeiten auf 66 (88) Mill. DM.

Insgesamt steigerte Henninger-Bräu im vergangenen Jahr seinen Bierausstoß mit 966 (991) Beschäftigten um 3,2 Prozent auf 1,96 Mill. Hektoliter und damit deutlich stärker als die Branche (plus 0,2 Prozent auf 95 Mill. hl). Beim Umsatz wurden 2,9 Prozent auf 265,4 (258) Mill. DM zugelegt, wobei der reine Biererlös um 4 Prozent wuchs. Mit der gleichen Rate zog auch der Rohertrag an. Der Cashflow stieg um 34,6 Prozent auf 35 Mill. DM und zeigt damit am deutlichsten die erreichten „kräftigen Strukturverbesserungen". Investiert wurden gut 25 (22) Mill. DM in Sachanlagen bei knapp 28 (26) Mill. DM Abschreibungen.

Mit der Neuordnung des Sortiments und der Einführung eines neuen „regionalen Spitzenbieres" (Christian Henninger) sieht sich Henninger in guter Ausgangsbasis für dieses Jahr, in dem aber nicht mit einer wesentlichen Ausweitung des Inlandsumsatzes gerechnet wird. Der Gruppen-Ausstoß für 1983 wird mit 3,38 (3,3) Mill. hl angegeben.

Aktien kräftig erholt

Streiks spielten bei der Tendenzbildung kaum noch eine Rolle

DW.- Von Börsenbeginn an wurde die Tendenz am Aktienmarkt durch Meinungskäufe bestimmt. Sie führten auf breiter Front zu steigenden Kursen. Als Gründe für die wiedererwachte Risikobereitschaft wurden sowohl der leicht nachgebene Dollar als auch der geringfügige Zinsrückgang in den USA genannt. Überrascht hat, daß sich der verhärtende Arbeitskampf in der Metallindustrie kaum auf die Kursbildung auswirkte. Der Berufshandel verfuhr nach dem Motto „Streiktage sind Kauftage" und deckte sich mit Material reichlich ein.

Zu den bevorzugten Papieren zählten Porsche und Daimler, wo die Kursgewinne zweistellig waren. Kräftige Kurserholungen gab es auch bei den Bankaktien, weil nach der jüngsten Zinsentwicklung in den USA und nach dem erneut nachgebenden Dollarkurs zunächst keine Diskonterhöhung in der Bundesrepublik zu befürchten ist. Der Markt der Großchemiewerte wurde abgestützt durch den guten Bayer-Bericht. Im Elektrobereich setzten PKI-Aktien ihre nach Bekanntwerden der Superausschüttung begonnenen Kursanstieg fort. Für Aktien von Siemens und der Deutschen Bank sollen erstmals wieder Kaufaufträge aus dem Ausland vorgelegen haben.

Düsseldorf: AEG Kabel Rheydt erhöhten um 10 DM und Alexander um 12 DM. Audi NSU stockten um 9 DM auf und Conc. Chemie um 30 DM. Gerresheimer Glas verbesserten sich um 3 DM. Rheag schlossen um 12 DM fester und Kuppersbusch um 5 DM. Nachgegeben haben DAT um 4 DM und Thüring. Gas um 8 DM. Bei den Versicherungen verloren Aachener Rück 10 DM. Allianz Leben erhöhten um 50 DM.

Frankfurt: ADT verloren 3,90 DM auf 111,10 DM. Altana stockten um 6 DM auf 314 DM auf und Pfälzische Hypo gaben um 10 DM auf 465 DM nach. Seitz Enzinger stockten um 5 DM auf 186 DM auf und Vogele verminderten um 4 DM auf 132 DM. Westafrikanische Victoria erholten sich um 10 DM.

Hamburg: Beiersdorf erhöhten um 6 DM auf 344 DM. Phoenix Gummi gingen zu 136 DM und Bremer Vulkan zu 58,50 DM aus dem Markt. HEW veränderten sich bei 96,60 DM (plus 0,10 DM) kaum und NWK-Vz. wurden mit 180 DM (plus 1 DM) bezahlt. Vereins- und Westbank stiegen um 2 DM auf 300 DM.

München: Etienne Aigner erhöhten um 2 DM und Agrob St. auch um 2 DM. Deckel AG stockten um 1,50 DM auf 135,50 DM auf. Sywidag verbesserten sich um 1 DM und Großkraft Franken um 2 DM. Nachgegeben haben Gehe AG um 3 DM. Leonische Draht um 4 DM und NAK Stoffe um 3 DM.

Berlin: DeTeWe zogen um 10 DM, Rheinmetall um 6 DM und Schering um 5 DM an. Herlitz St. verbesserten sich um 2,50 DM. DUB-Schultheiss ermäßigten sich um 4 DM und Kempinski wurden um 3 DM niedriger taxiert. Orenstein gaben um 2 DM nach.

Nachbörse: freundlich

WELT-Aktienindex: 149,9 (148,9)
WELT-Umsatzindex: 1477 (1441)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf · Frankfurt · Hamburg · München · Aktien-Umsätze

Inlandszertifikate

DM-Anleihen

Ungeregelt. Freiverkehr

Freiverkehr

Unnotierte Werte

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

Ausland

New York · Toronto · London · Mailand · Amsterdam · Tokio · Wien · Kopenhagen · Zürich · Brüssel · Madrid · Hongkong · Singapur · Paris · Sydney

Optionshandel

Euro-Geldmarktsätze

Goldmünzen

Devisen und Sorten

Devisen

Devisenterminmarkt

Geldmarktsätze

**TASK FREDUSR 2
**DECK 7, OUTPUT 16
**TIME 100, OUTLIM 9
BANNER DATE CLM
(%2/? (WC-I), \#7 OP
LIST←TASK/SUPR : USR
$ ERROR\ABORT\WARN
? ? SYNTAX ERROR/
**TASK FREDUSR 2
**DECK 7, OUTPUT 160

Warum lernen Sie noch immer Computersprachen,
wenn es doch einen Computer
gibt, der dieselbe Sprache spricht wie Sie?

Warenpreise – Termine

Etwas fester schlossen am Dienstag die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen am Terminmarkt der New Yorker Comex. Mit Ausnahme der ersten beiden Sichten, die schwächer notierten, ging Kaffee leicht befestigt aus dem Markt. Kleine Gewinne in allen Kontrakten verzeichnete Kakao.

Getreide und Getreideprodukte

	15. 5.	14. 5.
Weizen Chicago (c/bush)		
Mai	360,00	356,00
Juli	343,00	340,75
Sept	342,50	341,00
Weizen Winnipeg (can. $/t)	15. 5.	14. 5.
Wheat Board cif St. Lawrence 1 CW	246,55	247,15
Amber Durum	233,65	233,75
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Mai	135,50	137,00
Juli	137,50	139,00
Okt	141,00	141,20
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Mai	142,00	141,60
Juli	134,50	133,30
Okt	126,00	125,30
Hafer Chicago (c/bush)	15. 5.	14. 5.
Mai	187,00	185,50
Juli	185,75	184,50
Sept	184,00	185,25
Mais Chicago (c/bush)		
Mai	347,75	345,00
Juli	343,75	342,50
Sept	315,50	314,25
Gerste Winnipeg (can. $/t)	15. 5.	14. 5.
Mai	140,50	140,20
Juli	137,50	137,20
Okt	129,40	129,20

Genußmittel

	15. 5.	14. 5.
Kaffee New York (c/lb)		
Terminkontr. Mai	152,20	152,50
Juli	151,90	151,25
Sept	147,80	147,60
Kakao New York ($/t)	15. 5.	14. 5.
Terminkontr. Mai	2599	2560
Juli	2587	2570
Sept.	2605	2590
Umsatz	4974	7493
Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Juli	5,75	5,75
Sept	6,04	6,07
Okt.	6,31	6,30
Jan.	6,80	6,80
März	7,46	7,47
Umsatz	8 868	6 667
Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	5,25	5,28
Kaffee London (£/t) Robusta-	15. 5.	14. 5.
Kontrakt Mai	2287–2290	2250–2260
Juli	2327–2329	2270–2275
Sept.	2275–2276	2242–2244
Umsatz	5044	6709
Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Mai	1933–1935	1900–1910
Juli	1951–1952	1937–1939
Sept.	1950–1951	1940–1943
Umsatz	5325	–
Zucker London ($/t), Nr. 6		
Aug.	157,20–157,60	153,80–154,00
Okt.	167,00–167,20	164,00–164,20
Dez.	174,60–174,80	–171,80
Umsatz	2095	1879
Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	15. 5.	14. 5.
schw. Sarawak spez.	geschl.	350,00
weißer Sarawak	geschl.	645,00
weißer Muntok	geschl.	652,50
Orangensaft New York (c/lb)	15. 5.	14. 5.
Mai	188,00	188,50
Juli	188,40	189,20
Sept.	187,10	188,00
Nov.	183,80	184,80
Jan.	182,80	183,45
Umsatz	850	800

Öle, Fette, Tierprodukte

	15. 5.	14. 5.
Erdnußöl New York (c/lb) Südstaaten fob Werk	58,00	58,00
Maisöl New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk	38,25	–
Sojaöl Chicago (c/lb) Mai	39,15	38,90
Juli	38,40	38,40
Aug.	36,90	36,95
Sept.	34,80	34,85
Okt.	31,40	31,75
Dez.	29,95	30,05
Jan.	29,25	29,60
Baumwollsaatöl New York (c/lb) Mississippi-Tal	41,00	40,00
Schmalz Chicago (c/lb) loco lose	33,00	32,00
Choise white hog 4% fr. F.	24,50	24,50
Talg New York (c/lb) top white	22,00	22,00
fancy	21,75	21,75
bleichfähig	20,00	20,00
yellow max. 10% fr. F.	18,25	18,25
Schweine Chicago (c/lb) Juni	53,50	54,00
Juli	57,40	58,00
Aug.	58,00	58,10
Schweinebäuche Chicago (c/lb) Mai	64,90	64,80
Juli	64,40	64,40
Aug.	63,45	63,50
Häute Chicago (c/lb)	15. 5.	14. 5.
Ochsen enth. schwere River Northern	67,00	68,00
Kühe enth. schwere River Northern	73,00	70,00
Sojabohnen Chicago (c/bush)		
Mai	848,00	856,00
Juli	849,00	861,00
Aug.	834,50	843,50
Sept.	775,00	776,50
Nov.	731,50	728,50
Jan.	744,00	739,50
März	754,50	750,50
Sojaschrot Chicago ($/sht)		
Mai	185,00	189,00
Juli	191,00	195,00
Aug.	192,50	195,80
Sept.	189,00	192,50
Okt.	183,00	184,00
Dez.	184,50	185,50
Jan.	186,50	186,50
Leinsaat Winnip. (can. $/t)	15. 5.	14. 5.
Mai	373,00	372,00
Juli	377,00	375,00
Okt.	374,80	374,50
Kokosöl New York (c/lb) Westküste fob Werk	60,50	58,50
Erdnußöl Rotterdam ($/t) jegl. Herk. cif	16. 5. 1175,00	15. 5. 1205,00
Leinöl Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank	635,00	640,00
Palmöl Rotterdam ($/lgt) Sumatra cif	595,00	565,00
Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk	292,00	294,50
Kokosöl Rotterdam ($/lgt) Philippinen cif	1450,00	1385,00
Leinsaat Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	337,50	335,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

	15. 5.	14. 5.
Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2:		
Juli	81,70	82,30
Aug.	79,50	80,00
Okt.	78,25	79,25
Dez.	75,75	76,80
März	76,90	77,80
Mai	77,50	78,25
Kautschuk New York (c/lb): Händlerpreis loco RSS –1:	52,00	52,00
Wolle Lond. (Neuseel. c/kg) Kreuzz. Nr. 2:	15. 5.	14. 5.
Mai	420–432	420
Aug.	450–451	450–451
Okt.	452–453	451–452
Umsatz	74	75
Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge:	16. 5.	14. 5.
Mai	51,90	51,70
Juli	50,00	50,00
Okt.	50,50	50,50
Dez.	50,50	50,40
Umsatz	0	4500
		Tendenz: stetig
Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	15. 5.	14. 5.
Mai	584,5–585,0	585,0–586,0
Juli	577,0–577,5	578,00
Okt.	569,0–571,0	577,0–578,0
Umsatz	31	20
Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	15. 5.	14. 5.
East African 3 long	670,00	670,00
undergraded:	640,00	640,00
Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	15. 5.	14. 5.
Mai	13 905	13 903
Juni	13 880	13 884
Kautschuk London (p/kg)	15. 5.	14. 5.
Nr. 1 RSS loco	72,00–74,00	72,50–74,50
Juni	71,50–72,90	72,00–74,50
Juli	73,50–73,90	73,50–74,50
Aug.	74,30–74,80	74,00–75,30
		Tendenz: ruhig
Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	15. 5.	14. 5.
Juni	geschl.	229,50–229,75
Juli	geschl.	235,00–235,75
Nr. 2 RSS Juni	geschl.	226,00–227,00
Nr. 3 RSS Juni	geschl.	222,50–223,50
Nr. 4 RSS Juni	geschl.	215,50–216,50
		Tendenz: –
Jute London (£/lgt)	15. 5.	14. 5.
BWC	512,00	512,00
BWD	500,00	500,00
BTC	512,00	512,00
BTD	500,00	500,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g; 1 lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)

	16. 5.	15. 5.
Blei: Basis London		
laufend. Monat	123,23–128,42	121,79–121,99
drittfolg. Monat	124,95–125,05	123,90–124,09
Zink: Basis London		
laufend. Monat	274,01–274,40	263,47–263,86
drittfolg. Monat	258,90–259,09	254,68–254,87
Produz.-Preis	298,60	300,50
Reinzinn 99,9%	3833–3871	geschlossen

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	16. 5.	15. 5.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz*)	395,71–397,63	393,87–395,78
Blei in Kabeln	131,00–132,00	129,50–130,50
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	455,00–458,50	455,00–458,50
Vorziehdraht	464,00–464,50	464,00–464,50

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferhändler.

Messingnotierungen

	16. 5.	15. 5.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	388–389	388
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	430–432	428
MS 63	421–428	420–425

Zinn-Preis Penang

	16. 5.	14. 5.
Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring./kg)	29,15	29,15

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	16. 5.	15. 5.
Leg. 225	415–428	415–433
Leg. 226	417–430	417–435
Leg. 231	447–460	447–465
Leg. 233	457–470	457–475

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	16. 5.	15. 5.
Platin (DM je g)	37,00	36,85
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkpr.	33 500	33 500
Rücknahmepr.	32 750	32 750
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkpr.	33 370	33 480
Rücknahmepr.	32 850	32 940
verarbeitet	35 020	35 120
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	32 930	33 185
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkpr.	799,40	795,10
Rücknahmepr.	783,30	779,20
verarbeitet	834,90	830,30

Internationale Edelmetalle

	16. 5.	15. 5.
Gold (US-$/Feinunze) London		
10.30	374,80	373,35
15.00	375,25	373,25
Zürich mittags	375,50–378,00	373,30–373,80
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	101 100	101 400
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	640,40	637,90
3 Monate	654,95	652,40
6 Monate	670,30	668,65
12 Monate	700,80	699,55
Platin (£-Feinunze) London fr. Markt	16. 5. 276,30	14. 5. 277,30
Palladium (£-Feinunze) London fr. Händlerpr.	111,40	109,65

New Yorker Preise	15. 5.	14. 5.
Gold H & H Ankauf	373,25	372,55
Silber H & H Ankauf	824,00	876,00
Platin fr. Händlerpr.	382,50–385,50	382,50–385,50
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	154,00–155,00	152,30–153,50
Produz.-Preis	130,00	130,00
Silber (c/Feinunze)		
Mai	888,80	882,00
Juni	892,90	887,00
Juli	900,00	895,00
Sept.	917,00	912,00
Dez.	945,50	941,10
Jan.	957,00	950,90
März	976,70	971,00
Umsatz	24 000	23 500

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	16. 5.	14. 5.
Mai	63,15	62,80
Juni	63,50	63,20
Juli	64,10	63,80
Sept.	65,50	65,25
Dez.	67,65	67,25
Jan.	68,20	67,85
März	69,55	69,20
Umsatz	9 000	6 500

Londoner Metallbörse

	16. 5.	15. 5.
Aluminium (£/t) Kasse	898,00–899,00	902,00–903,00
3 Monate	917,00–917,50	921,00–921,50
Blei (£/t) Kasse	322,00–322,50	319,50–320,50
3 Monate	326,50–326,70	325,00–325,50
Kupfer Highgrade (£/t) mittags Kasse	1027,5–1022,0	1017,5–1018,0
3 Monate	1038,5–1039,0	1034,5–1035,0
abends Kasse	–	1021,5–1022,5
3 Monate	–	1038,5–1039,0
(Kupfer-Standard) Kasse	1022,0–1023,0	1023,5–1024,0
3 Monate	1034,0–1035,0	1034,0–1035,0
Zink (£/t) Kasse	716,00–717,00	698,00–699,00
3 Monate	676,50–677,00	665,00–665,50
Zinn (£/t) Kasse	8940–8950	9120–9130
3 Monate	8830–8840	9025–9030
Quecksilber ($/Fl.)	–	305–312
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	83–88

Der Herrgott hat durch eine unbekannte Krankheit nach langem Leiden unseren lieben Sohn, Vater, Bruder, Schwager und Onkel

Hans-Werner Kahn

* 16. 9. 1941 † 9. 5. 1984

zu sich genommen.

Im Namen aller Angehörigen
Tilla und Walter Kahn

Braunschweig, 16. Mai 1984

Die Beisetzung hat im engsten Familien- und Mitarbeiterkreis stattgefunden.

Unerklärlich und viel zu früh ist unser Gesellschafter und langjähriger Geschäftsführer

Hans-Werner Kahn

am 9. Mai 1984 im Alter von 42 Jahren von uns gegangen. Er hat die Geschicke unserer Unternehmen über ein Jahrzehnt lang wesentlich mitgestaltet. Wir werden sein Andenken stets in Ehre bewahren.

Braunschweig, Celle, Düsseldorf, 16. Mai 1984

Walter Kahn Reisebüro GmbH & Co. KG
und
Reisebüro Kahn GmbH
Gesellschafter Geschäftsführung
Betriebsräte und Mitarbeiter

Die Beisetzung hat im engsten Kreis stattgefunden.

FINANZANZEIGE

Buderus

Buderus Aktiengesellschaft Wetzlar

Die Aktionäre unserer Gesellschaft werden hiermit zur

Ordentlichen Hauptversammlung

auf Mittwoch, den 27. Juni 1984, 11.00 Uhr, nach Wetzlar
in das Hauptverwaltungsgebäude der Gesellschaft, Sophienstraße, eingeladen.

Tagesordnung

1. Vorlage des festgestellten Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr 1983 mit dem Bericht des Vorstands und dem Bericht des Aufsichtsrats.
2. Entlastung der Mitglieder des Vorstands.
   Vorstand und Aufsichtsrat schlagen Entlastung vor.
3. Entlastung der Mitglieder des Aufsichtsrats.
   Vorstand und Aufsichtsrat schlagen Entlastung vor.
4. Wahl der Abschlußprüfer für das Geschäftsjahr 1984.
   Der Aufsichtsrat schlägt vor, die Deutsche Treuhand-Gesellschaft Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt (Main) und die Warth & Klein GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Düsseldorf, als Abschlußprüfer für das Geschäftsjahr 1984 zu bestellen.

Zur Teilnahme an der Hauptversammlung ist jeder Aktionär berechtigt. Zur Ausübung des Stimmrechts und zur Stellung von Anträgen in der Hauptversammlung sind nur die Aktionäre berechtigt, die ihre Aktien spätestens am siebten Tag vor dem Tage der Hauptversammlung während der üblichen Geschäftsstunden bei der Gesellschaftskasse oder einer der nachstehend bezeichneten Banken oder einer ihrer Niederlassungen:

im Bundesgebiet:
Commerzbank AG
Deutsche Bank AG
Dresdner Bank AG
Georg Hauck & Sohn Bankiers KGaA
Bankhaus von der Heydt-Kersten & Söhne

in Berlin:
Berliner Commerzbank AG
Deutsche Bank Berlin AG
Bank für Handel und Industrie AG
Berliner Bank AG

hinterlegen und dort bis zur Beendigung der Hauptversammlung belassen. Die Hinterlegung ist auch in der Weise zulässig, daß die Aktien mit Zustimmung einer Hinterlegungsstelle für sie bei einem Kreditinstitut bis zur Beendigung der Hauptversammlung gesperrt werden. Die Hinterlegung kann auch bei einer zur Entgegennahme der Aktien befugten Wertpapiersammelbank oder bei einem deutschen Notar geschehen; in diesem Falle ist die Bescheinigung über die erfolgte Hinterlegung, die – soweit sie durch einen Notar ausgestellt ist – die Nummern der Aktien enthalten muß, spätestens am siebten Tage vor dem Tage der Hauptversammlung bei der Gesellschaft einzureichen.

Wetzlar, im Mai 1984 Der Vorstand

Wegen der Arbeitsruhe am Tage Christi Himmelfahrt fehlt uns wichtige Zeit bei der Vorbereitung unserer Wochenendausgabe vom 2. Juni.

Wir bitten deshalb unsere Inserenten:

Schicken Sie Anzeigenaufträge für die Samstag-Ausgabe vom 2. Juni möglichst frühzeitig an uns ab

Sie helfen uns damit, Ihre Aufträge mit üblicher Sorgfalt ausführen zu können.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

4300 Essen 18/Kettwig, Im Teelbruch 100
Telefon (0 20 54) 10 11
Telex 08-579 104

1 Berlin 61, Kochstraße 50
Telefon (0 30) 2 59 11
Telex 01-84 611

2 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 1
Telefon (0 40) 34 71
Telex 02-17 001 777

Der neue Macintosh von Apple spricht Ihre Sprache.



Langläufer verstärkt angeboten

Die weiterhin unsichere Zinsentwicklung in den USA löste am deutschen Rentenmarkt weitere Abgaben aus. Die Gefahr einer Diskont- und Lombardsatzerhöhung am 30. Mai ist nach Ansicht der Rentenhändler noch nicht völlig gebannt. Angeboten wurden besonders öffentliche Titel mit längeren Laufzeiten, deren Kurse erneut zurückgenommen wurden. Achteinviertelprozentige Emissionen mit Restlaufzeiten von rund neun Jahren wurden mit zirka 99,30 DM notiert. Die neue achteinviertelprozentige Bahnanleihe wird offiziell zu einhunderteinviertel angeboten.

Bundesanleihen

	15. 5.	14. 5.
[illegible]	[illegible]	[illegible]

Bundesbahn

	15. 5.	14. 5.
[illegible]	[illegible]	[illegible]

Bundespost

	15. 5.	14. 5.
[illegible]	[illegible]	[illegible]

Länder – Städte

	15. 5.	14. 5.
[illegible]	[illegible]	[illegible]

Bankschuldverschreib.

	15. 5.	14. 5.
M 5½ Bayer.Habs Pf 14	95,25bG	92,5G
6 dgl. Pf 20	82G	83G
6¾ dgl. Pf. 2	95,25bG	95,75G
7 dgl. Pf 3	94,75bG	95,5G
7 dgl. Pf 27	100bG	100,2G
6½ dgl. KS 14	97,5bG	99G
7½ dgl. KS 27	89,25bG	89,25bG
M 5 Bayer. Hypo Pf 33	122G	122G
5½ dgl. Pf 11	128G	128G
6 dgl. Pf 34	74,25bG	74,25G
[illegible]	[illegible]	[illegible]

	15. 5.	14. 5.
H 5 Hbg. Lbk. Pf 2	118G	118G
8 dgl. 14	90,1G	90,1G
8 dgl. 47	79	79
F 5 Helaba Pf 8	109G	109G
6 dgl. Pf 80	94,4	94,4
8 dgl. Pf 73	101,8G	101,9G
4 dgl. KO 5	102G	102G
H 6 Hyp u.Hbg. Pf 56	81,25	82G
[illegible]	[illegible]	[illegible]

	15. 5.	14. 5.
M 5 Verbank Mbg. Pf 55	117,5G	117,5G
6 dgl. Pf 95	79bG	77G
7 dgl. Pf 100	100,1bG	100,25G
D 8 WestLB Pf 350	101,2G	101,2G
6¾ dgl. Pf 403	97,8G	97,8G
9½ dgl. Pf 1007	105,35G	105,35G
8 dgl. Pf 1015	98,75G	98,75G
7 dgl. KO 556	100,35G	100,35G
6¼ dgl. KS 420	96,4G	96,4G
[illegible]	[illegible]	[illegible]

	15. 5.	14. 5.
[illegible]	[illegible]	[illegible]

Sonderinstitute

	15. 5.	14. 5.
[illegible]	[illegible]	[illegible]

Optionsscheine

	15. 5.	14. 5.
[illegible]	[illegible]	[illegible]

Optionsanleihen

	15. 5.	14. 5.
[illegible]	[illegible]	[illegible]

Währungsanleihen

	15. 5.	14. 5.
[illegible]	[illegible]	[illegible]

Industrieanleihen

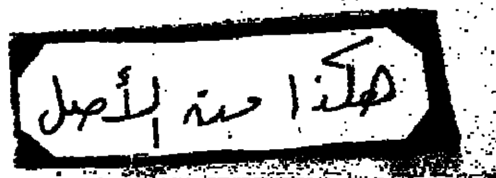
	15. 5.	14. 5.
[illegible]	[illegible]	[illegible]

Wandelanleihen

	15. 5.	14. 5.
[illegible]	[illegible]	[illegible]

Ausländische Aktien in DM

	15. 5.	14. 5.
[illegible]	[illegible]	[illegible]



Alt genug für Pasternak

cf – Julian Semjonow, der erfolgreiche Moskauer Thriller-Autor (in der Sowjetunion Gesamtauflage 20 Millionen), hat wieder einmal sein schickes Appartement in der Hauptstadt allein gelassen und auch seine Liegenschaften auf der Krim. Er ist zu Gast in Großbritannien, ganz privat natürlich, nur so – und verhandelt mit einem Londoner Agenten über den Ankauf der Briefsammlungen von Puschkin und von Lermontow. Bei der Flucht vor den Bolschewisten hatten die Besitzer sie einst mitgenommen. Die Sowjets hätten sie gern in dem Puschkin-Museum, das sie im wiederaufgebauten Rastelli-Palast nicht weit von St. Petersburg eingerichtet haben.

Die Stadt heißt heute ja Leningrad. Der alte Name rutschte nur versehentlich heraus, weil die ganze Geschichte, wie der „Observer" sie berichtet, so westlich-kapitalistisch klingt. In den Reiseplänen Semjonows ist auch ein gutes Gespräch über die Papiere eines wesentlich jüngeren Dichters vorgesehen. Es wird im Oxforder Haus der dreiundachtzigjährigen Maler-Tochter und Dichter-Schwester Josephine Pasternak stattfinden . Jüngst ist es den Sowjets eingefallen, den 1960 verstorbenen Nobelpreisträger Boris P. ein bißchen zu „rehabilitieren", und nun fehlen ihnen seine Manuskripte und Briefe doch sehr. Josephine P. hat bisher nur verlauten lassen, sie glaube nicht, daß der Gast aus Moskau etwas mitnehmen könne. Der Hauptteil des Archivs sei noch nicht geordnet und greifbar: „Da habe ich noch viel zu tun."

Nun ist es ja schon in freien Ländern nicht leicht, den Nachlaß von Autoren ordentlich zu archivieren. Das Sowjetverfahren, die örtliche Kultur erst mal ins Ausland zu verscheuchen und später einzusammeln, ist allerdings besonders kompliziert. Aber was hilft das? Semjonow ist erst 53 Jahre alt. Da wird er bei mäßigem Lebenswandel gewiß noch in der Lage sein, als rüstiger Greis in ein paar Jahrzehnten die USA zu besuchen und über Solschenizyns Papiere zu verhandeln.

Symposium über die Kunstförderung in Bayern

Durch die Steuer steuern

Die Stunde Null hat begonnen – die Kultur muß vom Luxusstand herunterkommen. Denn bei uns findet Kunst und Kultur nur 'trotzdem' statt. 'Investitionen' in künstlerischen Dingen müssen wieder einen Anreiz bieten", beschwor der Schriftsteller und Regisseur Kurt Wilhelm das Auditorium. Ort dieses eindringlichen Appells war das Schloß Blutenburg bei München, wohin der CSU-Kontaktkreis Politik, Wissenschaft, Kultur zu einem Symposium über die „Weiterentwicklung der Kunstförderung in Bayern" geladen hatte.

Einen besonders breiten Raum nahm in der Debatte die „Kunstförderung durch steuerpolitische Maßnahmen" ein. „Tragen sie der Kunstfreiheit und dem Subsidaritätsprinzip doch insoweit besonders Rechnung, ohne den Staat – aus haushaltsrechtlichen Gründen – ständig in Auswahl- und Bewertungszwang zu bringen", so der Landtagsabgeordnete Otto Wiesheu, einer der Initiatoren dieses politischen Kontaktkreises. Gerade bei Künstlern ist es ja besonders schwierig, berufliche wie private Ausgaben steuerlich zu unterscheiden, weil privater und beruflicher Lebensbereich ineinander übergehen.

Der Klagekatalog, den die betroffenen Künstler bei dieser Veranstaltung vortrugen, war ellenlang und wirkte mitunter recht kurios. Er begann mit einem Urteil des Bundesfinanzhofes, wonach „Künstlerreisen in Erholungsgebiete" nicht angerechnet werden, und schloß mit „der Versteuerung von Theaterkarten für Schauspieler am eigenen Haus". Das Ende vom Klagelied der (manchmal recht empfindlichen) Künstler war meist die Standardformel: „daß gerade unsere Gesellschaft gegenüber dem Künstler immer noch in tiefem *Mißtrauen verharre", denn „Künstler* haben immer eine Bringschuld". So z. B. die resignierende Feststellung des Malers Rolf Liese in Sachen Finanzamt und Steuer.

Zu der Behandlung dieser so heiklen fiskalischen Probleme war eigens der bayerische Ministerpräsident Strauß in die Blutenburg gekommen; ihm zur Seite stand der Staatssekretär Albert Meyer aus dem Finanzministerium. Beide Politiker maßen die Vorschläge des Kontaktkreises über steuerliche Maßnahmen zur Kunstförderung an den politischen Realitäten. Groß ist der Spielraum sowieso nicht. Steuerliche Erleichterungen können kaum im bayerischen Alleingang durchgeboxt werden. Chancen sieht Strauß dagegen bei der Forderung, die Besteuerung von öffentlichen Kunstpreisen ersatzlos zu streichen: „Was bei Lotto, Toto und Pferderennen möglich ist, muß auch hier möglich sein."

Auch erscheint es Strauß durchaus realisierbar, mittelfristig für jede Kunstart alle typischen Aufwendungen für Künstler zu ermitteln, um langfristig auf der Grundlage dieser Daten eine kunstartspezifische Werbungs- und Unkostenpauschale in die gesetzlichen Bestimmungen aufzunehmen. Hingegen hält er den Vorschlag, die Gewerbesteuer für den Kunsthandel entfallen zu lassen, um den Verkauf zeitgenössischer Kunst zu beleben, nicht für praktikabel, „solange noch keine europäische Steuerharmonisierung erreicht ist". Im übrigen plädierte Strauß dafür, die Anregungen noch einmal mit Fachleuten und Politikern im engsten Kreis zu erörtern, „um so größtmögliche Chancen zur Realisierung zu erreichen".

Natürlich kam man bei diesem Symposium auch auf das seit dem Januar '83 in Kraft getretene Künstlersozialversicherungsgesetz zu sprechen. Das bayerische Sozialministerium hat im März '84 eine Arbeitsgruppe gegründet, die die speziellen Probleme *dieses Gesetzes auflisten soll,* denn – so Staatssekretär Heinz Rosenbauer – „unsere Bedenken haben sich seit der hastigen Inkraftsetzung noch verstärkt".

ROSE-MARIE BORNGÄSSER

ZEITSCHRIFTENKRITIK: „London" von „Geo"

Nur blaues Blut zählt

Nach einem mehrwöchigen Aufenthalt in London greift der Zeitschriftenrezensent mit Spannung nach dem eben erschienenen Sonderheft „London" (12,80 DM) der Zeitschrift „Geo". *Er fragt sich, ob* es der Redaktion wohl gelungen sei, das so Widersprüchliche am London von heute zu zeigen. Wird er in dem Heft auch finden, was sich in der englischen Hauptstadt von Grund auf verändert hat?

Daß in einer Zeitschrift wie „Geo" der Bildteil anders bewertet werden muß als die Texte, ist selbstverständlich. Im redaktionellen Teil sind die Fotos durchweg farbig. Und Farbfotos haben ihre eigene Gesetzlichkeit in einer Zeitschrift, die zum Reisen verlocken will. Dazu eignet sich der Kontrast des Rots in den Garde-Uniformen und auf den Bussen mit dem Grün der vielen Parks vorzüglich. Die durch die Farbigen aus allen Resten des Empires sich bildenden Slums jedoch, die sich im Kranz um die Hauptstadt legen, hätten bloß düstere Töne anzubieten ...

Der Text zerfällt wieder in zwei Teile: in die Leitaufsätze und in den Adressenteil für die Touristen. Wie die Shopping-Anschriften, die der Nachtklubs und der sonstigen Vergnügungsetablissements in die auflagenstarke Zeitschrift eines Landes kommen, das 1983 etwa 630 000 Touristen über den Kanal sandte, das kann man sich vorstellen. Aber gerade aus diesem Grunde hätte man sich mehr Sorgfalt bei den rein kulturellen Hinweisen gewünscht. Da staunt man etwa bei den Museen darüber, daß eine Klitsche wie das Horniman-Museum aufgeführt wird, während die Wallace Collection, mit ihrer nur vom Louvre übertroffenen Sammlung französischer Malerei des 18. Jahrhunderts, fehlt ...

Die Leitaufsätze, fast ausschließlich von Engländern geschrieben, stechen davon mit ihrem Sinn für Gewichte und oft auch mit ihrer Ehrlichkeit ab. Ein Satz von Jan Morris *im Einführungs-Essay ist deshalb* nicht zu wörtlich zu nehmen: „In einer Welt voller Zweifel und Veränderungen ist London sich gleich geblieben." Was Morris weiter schreibt, zeigt nämlich, daß er dabei vor allem an das Weiterdauern der englischen Fähigkeit zum Assimilieren alles von außen Einströmenden glaubt.

Einen der interessantesten Beiträge schrieb Tina Brown über die unter dem Leitbild von Lady Di sich vollziehende „Gegenreformation" in der englischen Gesellschaft. In unserer letzten Kolumne berichteten wir bereits über das „Sloane-Ranger-Handbook" als Manifest dieser „Bewegung". Nach Frau Brown ist die „Identitätskrise" in Englands Upper-Class vorbei, „seit Lady Di Furore macht". „Nach der Unordnung der sechziger und den Schuldkomplexen der siebziger Jahre" habe diese Schicht nun ihr Selbstbewußtsein zurückgewonnen.

Was allerdings als wichtigste Folge dieses neuen Upper-Class-Bewußtseins genannt wird, paßt eigentlich gar nicht in einen solchen London-Führer: „Man arbeitet in London, aber man lebt und amüsiert sich auf dem Lande. In London gibt man sich bescheiden, draußen feiert man rauschende Feste."

Frau Brown warnt jedoch davor, dies mit dem andernorts üblichen Jet-Set-Betrieb zu verwechseln: „Anders als in New York, wo nur Erfolg für die Society qualifiziert, zählt in England allein blaues Blut." (Mrs. Thatcher würde also kaum zu einem solchen Fest zugelassen werden.)

ANTON MADLER

Mythos und Geschlechterkampf – Die „Woche des jungen französischen Theaters" in Saarbrücken

Von Euripides zu Humphrey Bogart

Das Festival ist inzwischen zur Institution geworden. Zum siebten Mal schon fand in Saarbrücken die „Woche des jungen französischen Theaters" statt; sie hatte diesmal dreizehn freie Theatergruppen der französischen Avantgarde zu Gast, die vierzig Aufführungen boten. Das Programm war von den Veranstaltern sehr sorgfältig zusammengestellt worden, sollte es doch einen Überblick über die aktuellen Tendenzen in einer uns nicht nur räumlich, sondern auch geistig eng benachbarten Theaterlandschaft vermitteln, zumindest was die jungen freien Truppen angeht, die so ganz anders organisiert sind als bei uns.

In Frankreich gibt es zur Zeit ein knappes Dutzend vom Staat bezuschußter Bühnen; fünf davon arbeiten in Paris, und Ariane Mnouchkine dürfte, was die Freien (immerhin rund 430) angeht, die „Sonnenkönigin" sein, mit einem Etat von 1,5 Millionen Mark. Die Gruppen, die jetzt in Saarbrücken unter dem traditionellen Motto „perspectives" einen Überblick über ihre Programme gaben, müssen sich alle – wenn sie überhaupt etwas bekommen - mit höchst kümmerlichen Zuwendungen begnügen.



Einen genialen Strauß gebunden: Szene aus Jean Gaudins Choreographie „Les Autruches" bei der französischen Theaterwoche in Saarbrücken FOTO: ROGER PAULET

Dem aufmerksamen Zuschauer fielen einige Merkmale auf, die den meisten Gruppen gemeinsam zu sein scheinen, so vor allem die eifrige Benutzung antik-mythologischer Vorlagen und deren Bearbeitung sowie die leidenschaftliche Auseinandersetzung mit der Geschlechterrolle. Viele Aufführungen wirkten dadurch allerdings ein bißchen so, als seien sie aus *der Zeit herausgefallen. Es regierte* ein (höchst artistischer) Eskapismus.

Sehr eindrucksvoll „Die Bacchantinnen" von Euripides in der Adaption von François Michel Pesenti (Théâtre du Point Aveugle, Marseille), der im vergangenen Jahr schon mit einer Prometheus-Inszenierung für Gesprächsstoff gesorgt hatte. Die zehn Aufführungen seines Ensembles waren alle gut besucht, was nicht zuletzt an den knappen, niemals ermüdenden Szenenarrangements gelegen haben mag. Als hätte es Grübers Antikenprojekt nie gegeben, spielte die Truppe die (mit 70 bis 80 Minuten) wohl kürzeste Bacchantinnen-Aufführung, die es je gegeben hat.

Das große Alterswerk des Euripides wird allgemein als das letzte Werk der griechischen Tragödie überhaupt verstanden. Der ephebisch schöne Dionysos (Eric Doye) ist die Hauptfigur. Zwischen dem Erdreich des Bühnenbildbodens und dem Industriehallenhimmel – Aufführungsort war wieder die Atlas-Copco-Halle – und inmitten des rechteckig mit hohen Wänden eingesetzten „Theben" nimmt die androgyne, auf Götterfraß und Zweikampf zugespitzte Handlung ihren Lauf. Das war faszinierend sinnliches Theater, das sich um Theorie nicht scherte.

Dem „individuellen Gruppentheater" von Pesenti stand die Arbeit zweier Frauen der Compagnie la Poursuite, Paris, gegenüber: der Schauspielerin Anna Zenour und der Regisseurin Hélène Lassalle. Unter Verwendung von Textauszügen aus Euripides, Aischylos, Sartre und Ezra Pound zeigte die Zenour, die 1982 in Saarbrücken im „Café du Commerce" brilliert hatte, mit „L'Incendie" eine Kassandraparaphrase von schier umwerfender Unmittelbarkeit.

Zenours Darbietung war ohne allen Zeifel der beste Beitrag einer einzelnen Schauspielerin auf diesen Saarbrücker Theatertagen: ein Einsatz bis an den Rand der Selbstaufgabe, Körperlichkeit bis in die Fingerspitzen, dabei sparsamste Requisite, die aber bis ins letzte durchdacht war und dem kräftezehrenden Solopart auf ingeniöse Weise beistand. Aurore Prieto (Paris) spielte als Victoire in ihrem Einpersonenstück „Les Horreurs de la Victoire" übrigens vergleichbar intensiv. In Rückblenden, Traum- und Phantasiefetzen verlebendigte sie die Biographie einer in Frankreich fremd gebliebenen alten spanischen Einwanderin.

Eine große Rolle wird im freien französischen Theater von heute offenbar dem Tanz zugemessen. Der überzeugendste, an Rigorosität und konzeptioneller Eindeutigkeit konsequenteste Beitrag war dabei eine Choreographie von Jean Gaudin, Paris. Sein Stück „Les Autruches" bot geniale Maßarbeit. Eindrucksvoll auch die Compagnie Patrick Ponce et Philippe Car, Marseille, mit einer rasanten Tanzparodie auf Hollywoods „Humphrey und Co." und die Compagnie Karine Saporta aus Paris, die ein „Kraftballett" zeigte. Beide Truppen konnten freilich die Schwelle nicht ganz niedertanzen, die bloßes Hand- und Fußwerk von wirklicher Kunst trennt. Das blieb hier allein Jean Gaudin vorbehalten.

Für den Abschlußabend hatte man sich die Staatspreisträgerin Maguy Marin mit ihrem „Ballet Théâtre de l'Arche" aus Paris geholt. Ihre Choreographie „Babel Babel" im Saarländischen Staatstheater lag mit ihrer, die Menschheitsgeschichte umspielenden, Grundidee ganz auf der Linie dieser so anregenden Theatertage. Dadurch wurde die gewisse Einseitigkeit, die das Geschehen prägte, freilich noch einmal unterstrichen.

Die Gegenwart blieb – sieht man von einem Auftritt von Frau Ingrid Schmidt aus Burbach, genannt Ingrid Caven, die als Geschenk des Fördervereins der Theatertage ein Heimkonzert gab, ab – auf eigentümliche Weise ausgeblendet. Das ist, man muß es sagen, doch ein ziemliches Manko. Vermissen mußte man besonders zeitgenössische junge ernsthafte Bühnenautoren. Gibt es die im Frankreich von heute überhaupt?

Dennoch bleibt für Saarbrücken, zumal das Festival auch für die kommenden Jahre finanziell schon gesichert ist, trotz des Wechsels seines verdienten künstlerischen Leiters Jochen Zoerner-Erb nach München die gar nicht hoch genug einzuschätzende Chance, eine deutsch-französische Vermittlerfunktion wahrzunehmen, die in dieser Spezifik bis auf weiteres einmalig sein dürfte.

REINER NERVAL

Ein neues Podium für den musikalischen Nachwuchs – Der „Frühling der Künste" in Monte Carlo

Mit Hugo Wolfs Liedern an Gracia Patricia denken

Der Frühling in Monte Carlo war seit je eine Reise wert, und in Zukunft soll er durch die Künste noch schöner werden. Der erste „Printemps des Arts", von Prinzessin Caroline zum Gedenken an ihre Mutter ins Leben gerufen und von ihr mit Feuereifer höchstpersönlich betreut, gibt einstweilen einer einzigen Kunst den Vorzug: der *Musik. Aber das ist* schließlich kein Schade. Immer schon hat in Monte Carlo von allen Künsten stets die Musik im Zentrum fürstlicher Förderungen gestanden.

Das verwundert nicht. In den letzten Jahren hat sich Monte Carlo überdies zum Nicht-Wiedererkennen verwandelt. Rund um die Avenue Princesse Grace, an der die Wolkenkratzer wie Riesenpilze aus dem ehemaligen Meerboden schießen, ihren steinernen Altsassen und Hintermännern geradezu wollüstig den Ausblick aufs Wasser verbauend, siedelt dicht an dicht die internationale Sänger-Elite: Von Placido Domingo bis Ingvar Wixell und Renato Bruson – freilich *nicht gerade aus künstlerischen oder* einzig klimatischen Gründen. Es ist eher das freundliche monegassische Steuerklima.

Diese Situation hat das Fürstentum künstlerisch bislang noch nicht recht zu nutzen verstanden. Noch immer neigen die Stars, nach denen jedes Opernhaus lechzt, ausgerechnet im heimischen Monte dazu, den kostbaren Singmund geschlossen zu halten. *Dabei haben auf der Bühne der gold*strotzenden Opern-Bonboniere Garniers, dem Bau des Casinos einkomponiert, einst Sänger vom Kaliber Schaljapins, Carusos und Nellie Melbas gestanden. Diese alten großen Opernzeiten sollen nun wiederkehren. In John Mordler, dem langjährigen Opernproduzenten von EMI London, hat man einen neuen Intendanten gefunden, der von Juli an das Haus leiten wird, und ihm spielt der monegassische Kunstfrühling wegbereitend schon in die Hände.

Ruggero Raimondi, Mirella Freni, Ileana Cotrubas, alle drei dem Fürstentum seit langem verbunden, präsentieren sich als Liedersänger, und künstlerisch beiläufig geht es dabei *durchaus nicht zu. Die Cotrubas hat* sich ein höchst anspruchsvolles Programm zusammengestellt, das Schubert, Fauré und Debussy einschließt und am Schluß, über die Köpfe der des Deutschen ohnmächtigen Zuhörer hinweg, im Italienischen Liederbuch Hugo Wolfs mündet, dessen miniaturhafte Gesänge freilich so dicht an der italienischen Grenze reichlich ortsfremd wirken.

Die alte Ballett-Tradition Monte Carlos beschwören Gastspiele des Niederländischen Tanztheaters unter Kylian und des Klassischen Balletts Moskau, das sich um Maximowa und Wassiljew konstituiert hat, um die Zugkraft der Bolschoi-Starnamen zu nutzen.

Am wichtigsten aber (und so soll es in Zukunft auch bleiben) ist die Unterstützung, die man dem Nachwuchs gewährt. Mit Jesus Li Cecilio stellt sich der junge Tenor vor, der den Wiener Gesangswettbewerb gewann. Auch die Geigerin Mihaela Martin, Preisträgerin von Indianapolis, konzertiert erstmals in Monte Carlo, und in dem 19jährigen Pianisten Andrea Lucchesini sehen sowieso schon viele den herausragenden Jungmann der Stunde.

Der Italiener Lucchesini ist ein Klavierspieler mit außerordentlich leichtgängiger, stupender Technik, der jedoch der eigenen Virtuosität nicht in die Falle geht. Er trumpft nicht auf, daß die Fetzen fliegen. Sein Vortrag bleibt derart durchsichtig und feingliedrig, daß man beinahe meinen könnte, in den berühmten „Paganini-Variationen" habe vielleicht doch Paganini Brahms variiert – und nicht umgekehrt. Lucchesini spielt das 1. Heft der Variationen auf überaus geistreiche Weise. Beinahe witzig stellt er die sich häufenden Schwierigkeiten wie beiläufig aus. Aus dem Tastendonner macht er (im Geiste des Sommernachtstraum-Shakespeare) „such sweet thunder".

Und wie er Liszts vielgeprüfte „Campanella"-Etüde streng und genau dahinklingeln läßt, pointensicher und gut gelaunt, löst ein Entzücken selbst noch des abgebrühtesten Musikverstandes aus. Lucchesini ist schon jetzt ein Interpret von jener seltenen Originalität, dem es ein Vergnügen sein kann, den Werken, die er spielt, spürsinnig treu zu bleiben.

KLAUS GEITEL

Zum erstenmal in Europa – Gastspiel des Marionettentheaters aus Burma

Menschenfresser an sechzig Fäden

Mit einem einfachen „Galgen" ist es nicht getan. Die sieben Fäden, mit denen normalerweise bei uns eine Marionette geführt wird, reichen den Puppenspielern aus Burma nicht. Sie wollen nicht nur (à la Kleist) den „Schwerpunkt im Inneren der Figur" regieren, auf daß „die Glieder, die nichts als Pendel wären, folgten". Von der burmesischen Marionette wird mehr als die Eleganz eines klassischen Tänzers verlangt. Sie verfügt über ein ungewöhnliches Bewegungsrepertoire, weil Hand und Ellbogen, Fuß und Knie, Kopf und Körper an eigenen Fäden hängen. Bis zu sechzig Schnüre sollen es bei besonders komplizierten Puppen sein.

Aber auch bei einfacheren Figuren fällt die Vielzahl der Fäden auf, wenn die Spieler zum Dank für den Beifall am Schluß vor den Vorhang treten und zeigen, welche Kunstfertigkeit da am Werke war. Der Puppenkörper wird durch ein Holzkreuz (Galgen) mit der Linken dirigiert, während die Fäden von Arm und Bein ohne eine solche Hilfe von der rechten Hand bewegt werden. Und wenn die Puppe ihren eigenartigen zeremoniellen Tanz beginnt, dann verlangt sie vom Spieler Hand- und Fingerbewegungen, die in ihrer Harmonie einer ganzen komplizierten Choreographie gehorchen.

Eine Puppentheaterkunst, die ohne Vorbild in Asien ist: Marionette aus Burma beim Gastspiel in Bochum FOTO: FIDENA

Das Marionettentheater aus Burma war die Attraktion des Fidena-(Figurentheater der Nationen-)Festivals in Bochum, weil eine solche Truppe – sie besteht aus sieben Marionettenspielern, sieben Musikern und drei Schauspielern/Sängern – noch nie in Europa zu sehen war. Ihr Spiel beginnt mit einer musikalischen Introduktion, der mehrere Szenen über die Entstehung der Welt aus dem Urchaos, wie sie in volkstümlichen Ausschmückungen der buddhistischen Schöpfungsmythen überliefert werden, folgen. Das Hauptstück erzählt dann von dem ehrerbietigen Sohn, der sich an des Königs statt dem Menschenfresser opfern will, weil seine alte Mutter von dem Geld, das er dafür erhält, auskömmlich leben kann. So viel Pietät bleibt natürlich nicht unbelohnt. Der Menschenfresser bekehrt sich zu Buddha, und der Sohn wird zum Nachfolger des Königs bestimmt.

Die reichgeschmückten Puppen bewegen sich im Rhythmus der Musik und „ihres" Gesanges (Sprechpartien sind selten) mit einer Virtuosität, die Schauspielern und Tänzern kaum möglich ist. Dabei bleibt aber stets die menschliche Anatomie verbindlich. Was kein Mensch vollführen kann, zeigen die Puppen auch nicht. Allerdings könnte nur ein sehr guter Artist nachmachen, was ihm die Marionetten vorführen.

Das Eigenartige in Burma ist, daß man dort nur Marionetten, nicht aber Schattenspielfiguren oder Handpuppen wie in den Nachbarländern kennt. Wie überhaupt das burmesische Figurentheater ohne Vorbild ist, obwohl es sich erst seit dem 15. Jahrhundert (also gut anderthalb Jahrtausende nach den ersten Nachrichten über das Puppenspiel in China) nachweisen läßt.

Die Auftritte der hölzernen Aristokraten und einfachen Leute, der Menschenfresser und Zauberer, der Elefanten, Pferde und anderen Tiere genossen in Burma bald höchstes Ansehen. Zeitweilig gab es sogar einen Minister für das Marionettenspiel. Da ist es verständlich, wenn auch der Europäer der Faszination dieses Spiels erliegt – soweit er nur ein wenig Sinn für asiatische Bild- und Bühnenkunst hat.

PETER DITTMAR

Weitere Tourneestationen: Oeynhausen (18.), Braunschweig (19.), Bochum (20.), Leverkusen (21.), Osnabrück (22.), Schweich-Trier (24.).

JOURNAL

Tavernier und Inoue PEN-Vizepräsidenten

AFP, Tokio

Der Franzose René Tavernier und der Japaner Yasushi Inoue sind zu Vizepräsidenten des Internationa*len PEN-Clubs gewählt worden.* Der Schriftstellerverband veranstaltet seit Anfang der Woche in Tokio seinen 47. Kongreß zum Thema „Literatur im Atomzeitalter – warum schreiben wir?" Inoue ist Präsident des japanischen PEN-Club und nach dem Literatur-Nobelpreisträger Yasunari Kawabata der zweite Japaner in diesem Amt.

Ehrendoktorwürde an Havel und Borges

AFP, Toulouse/Athen

Dem tschechoslowakischen Theaterautor Vaclav Havel, ehemaliger Sprecher der Bürgerrechtsbewegung „Charta 77", ist von der Universität Toulouse die Ehrendoktorwürde verliehen worden. Sein britischer Schriftstellerkollege Tom Stoppard nahm die Ehrung für Havel entgegen, der selbst nicht kam, weil er nicht Gefahr laufen wollte, zu einem „unfreiwilligen Auswanderer" zu werden, wie er sagte.

Der argentinische Lyriker und Schriftsteller Jorge Luis Borges (85), der mit dem 1935 erschienenen Erzählband „Historia universal de la infamia" (auf deutsch: „Der schwarze Spiegel") zu Weltruhm gelangte, ist von der philosophischen Fakultät der Universität Kreta mit der Ehrendoktorwürde ausgezeichnet worden.

Buchillustrationen von Odysseus bis Felix Krull

DW. Unna

Oft werden sie nur als dekoratives Beiwerk der Literatur (und als Broterwerb für noch nicht arrivierte Künstler) betrachtet: die Buchillustrationen. Doch wer sich ein wenig genauer mit der Illustrationskunst beschäftigt, erkennt schnell, welche künstlerischen Leistungen da zu entdecken sind. Diese Möglichkeit bietet eine Ausstellung der Kunstbibliothek in Berlin, die jetzt auf Schloß Cappenberg bei Unna (bis 24. Juni) zu sehen ist. Sie zeigt Buchillustrationen des 19. und 20. Jahrhunderts zu Gestalten der Weltliteratur: „Von Odysseus bis Felix Krull". Das umfangreiche Unternehmen begleitet ein reichhaltiger und informativer Katalog. Er kostet in der Ausstellung 28 Mark, im Buchhandel, Reimer Verlag Berlin, 48 Mark.

Eine Goldmedaille für Bonns Kußmund

dpa, Essen

Das Plakat mit dem berühmten „Kußmund", der das „o" in Bonn ersetzt, ist vom Deutschen Plakatmuseum in Essen bei der „Triennale '83" mit einer Goldmedaille ausgezeichnet worden. Doris Schlüter-Casse (Düsseldorf) erhielt dafür die *„Henri-de-Toulouse-Lautrec-Me*daille" in der Sparte Tourismus und Verkehr. Die Silbermedaille ging an Bruno K. Wiese (Hamburg) für „100 Jahre Kieler Woche". In der Sparte „Plakate zur Wirtschaftswerbung" wurde Tomi Ungerer eine Goldmedaille zugesprochen. Bei der umfangreichsten Gruppe, „Plakate zu kulturellen und sportlichen Anlässen", bekam das Team Rambow/Lienemeyer/van de Sand (Frankfurt) für seine Theaterwerbung den Preis. Heinz-Jürgen Kristahns (Berlin) Plakat „Genfer Abkommen – Recht auf Schutz – Pflicht zur Hilfe" wurde mit Gold in der Sparte „Plakate zu politischer, religiöser und humanitärer Werbung" geehrt.

Branchen-Handbuch vom Musikmarkt 1984

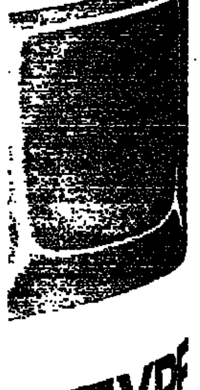
DW. Bonn

Bei welcher Plattenfirma steht George Harrison unter Vertrag? Auf welchen Label singt Dietrich Fischer-Dieskau? Wieviele Tonstudios gibt es in Dortmund oder München, und über welche technische Einrichtung verfügen sie? Antworten auf diese Frage gibt das Musikmarkt Branchenhandbuch 1984. Darüber hinaus informiert es über Konzertagenturen und Künstlervermittlungen, Musikverlage, Verbände und Preßwerke. Teil zwei und drei des Führers behandeln den Musikmarkt in Österreich und der *Schweiz. Der „Musikmarkt" kostet* 23,95 Mark.

Thonet-Abteilung in der Kurtrierischen Burg

DW. Boppard

Bugholzmöbel der Firma Thonet gehören inzwischen zu den museumswürdigen Beispielen eines frühen Möbeldesigns für maschinelle Fertigung. Sie werden heute noch in denselben Formen wie vor 140 Jahren produziert, allerdings sind inzwischen auch eine Reihe neuer Varianten dazugekommen. Diese Entwicklung dokumentiert das Museum der Stadt Boppard in der Kurtrierischen Burg mit seiner neuen Thonet-Abteilung, die heute eingeweiht wird.







Langer Anlauf zum Erfolg: 10 Jahre fliegt der „flüsternde Riese"

Von KLAUS WOHLT

Der Erfolg ließ auf sich warten: Als im Mai 1974, vor zehn Jahren, der erste Airbus A 300 B der Air France den Liniendienst aufnahm, standen erst gut 20 Maschinen des im wesentlichen von Frankreich und Deutschland gemeinsam entwickelten Typs in den Orderbüchern der Dachgesellschaft „Airbus Industrie". Die Branchenriesen in den USA nahmen den Newcomer aus der Alten Welt nicht ernst, glauben an einen Mißerfolg, wie ihn die Europäer mit anderen Mustern hatten erleben müssen. Aber sie täuschten sich: Heute fliegen knapp 300 Mitglieder der inzwischen auf zwei Muster angewachsenen Airbus-Familie, haben sich die Märkte in Europa, Asien und Afrika erobert und die Amerikaner das Fürchten gelehrt.

Der Weg zum Erfolg war beschwerlich. Seit Mitte der 60er Jahre hatten Flugzeugbauer in Frankreich, Großbritannien und Deutschland daran gearbeitet, um ein zweistrahliges Großraumflugzeug für Kurz- und *Mittelstrecken zu entwickeln.* Es dauerte bis 1970, ehe wenigstens die Regierungen in Bonn und Paris sich über die Finanzierung einigten, die damals auf 1,6 Milliarden Mark geschätzt wurde. Kurz vor Weihnachten 1970 unterzeichneten Franz Josef Strauß für die Deutsche Airbus GmbH und Henri Ziegler für den französischen Partner Aerospatiale den Vertrag über die Gründung der gemeinsamen Dachgesellschaft Airbus Industrie.

Air France war – unter leichtem Druck der französischen Regierung – erster Kunde. Die Deutsche Lufthansa zögerte länger, sie stellte ihren ersten 250sitzigen A 300 erst etwa eineinhalb Jahre nach den Franzosen in Dienst. Es war schwer für die Europäer, auf dem damals fast völlig von den Amerikanern beherrschten *Markt Fuß zu fassen. Der* Durchbruch schien erreicht, als der Präsident der großen amerikanischen Fluggesellschaft Eastern Airlines gleich 25 der sparsamen Europäer bestellte, zu außergewöhnlich günstigen Konditionen, wie die amerikanische Konkurrenz nicht ganz zu unrecht argwöhnte.

Aber Mitte der 70er Jahre gab es eigentlich keine Konkurrenz mehr für den Airbus. Weder der Branchenführer Boeing noch die kleineren Mitbewerber McDonnell-Douglas und Lockheed konnten ein Flugzeug in dieser Klasse anbieten. So konnte Bernard Lathiere, Präsident der Airbus Industrie, Ende der 70er Jahre stolz verkünden, die Europäer hätten aus dem Stand ein Drittel des Weltmarktes für Großraumflugzeuge er*obert.*

Daraufhin wurde der „kleinere" Bruder A 310 für 210 Passagiere konzipiert. Diesmal griff die Lufthansa sofort zu. Mit 25 Bestellungen und Optionen auf 25 weitere Flugzeuge vergab sie, noch ehe der Prototyp flog, den größten Einzelauftrag ihrer Geschichte. Boeing hatte zwar mit seinem Muster 767 ein Konkurrenzmodell anzubieten, diesmal aber entschied sich die deutsche Gesellschaft sofort für ein europäisches Produkt. Auch die Swissair vertraute auf europäische Werkarbeit, vergab erstmals einen Großauftrag diesseits des Atlantik.

Zum Frohlocken freilich blieb Airbus Industrie wenig Anlaß. Die Rezession traf auch ihre Kunden. Seit Ende der 70er Jahre tröpfelten die Kaufaufträge der großen Fluggesellschaften nur noch spärlich. Die sparsamen Flugzeuge, die in den schlechten Jahren hätten helfen sollen, die Kosten zu senken, konnten nicht gekauft werden, weil die Kassen leer waren. Bis heute hat sich das kaum geändert.

Trotzdem steht der Airbus-Familie ein neues Mitglied ins Haus: Vor kurzem erst einigte man sich in Paris, Bonn und London, die Gelder für die Entwicklung des lange diskutierten 150-Sitzers A 320 freizugeben. Boeing – Lockheed hat sich inzwischen aus dem zivilen Markt zurückgezogen, McDonnell-Douglas hat neue Projekte vorerst eingefroren – hat bisher sein angekündigtes neues Konzept nicht deutlich gemacht.

Ein Flugzeug jedoch, auf das nicht nur die Deutsche Lufthansa sehnlichst hofft, läßt noch auf sich warten: der Nachfolger für den veralteten Boeing 707 auf jenen Langstrecken, für die Großraumflugzeuge nicht rentabel genug sind. Für ein solches Flugzeug gibt es zwar bei Airbus Industrie Studien. Aber trotz des gewachsenen Interesses sind die Chancen zur Zeit gering, daß dieses TA-11 genannte Projekt in absehbarer Zeit finanziert werden kann.

Führte Lebovici ein Doppelleben?

Der französische Produzent hatte Kontakt zur Unterwelt

JOCHEN LEIBEL, Paris

Einem Ermordeten verdanken drei Pariser Kriminalbeamte einen Touristen-Traum: Sie durften eine ausführliche USA-Reise antreten. Auf der Suche nach den Mördern des prominenten französischen Filmproduzenten Gerard Lebovici sind die Fahnder nämlich auf eine „amerikanische Piste" gestoßen.

Gerard Lebovici, 52, war am 7. März in einer Pariser Tiefgarage am Triumphbogen tot neben seinem Auto entdeckt worden. Offenbar hatte man ihn aus nächster Nähe mit vier Schüssen regelrecht hingerichtet. Für die Pariser High-Society kam die Mord-Meldung wie ein Schock: Lebovici galt als die „graue Eminenz" der französischen Filmwirtschaft und hatte von Romy Schneider über Yves Montand bis zu Jean-Paul Belmondo alles gemanagt, was heute auf der gallischen Kinoleinwand Rang und Namen hat.

Anfangs bewegten sich die Kriminalisten völlig im dunkeln. Lebovici galt als sehr diskreter Millionär, bis die Beamten herausfanden, daß der prominente Filmboß ein geheimnisvolles Doppelleben führte. Er finanzierte nicht nur millionenteure Leinwandschinken, sondern auch linksextreme Terroristen und Gangster.

Kurz vor seinem gewaltsamen Tod hatte er gerade noch die Neuauflage eines höchstumstrittenen Buches über Frankreichs ehemaligen „Gangster Nummer eins" Jacques Mesrine organisiert. Aus dem Buch wollte er außerdem einen Film machen und stand deswegen in sehr engem Kontakt mit der Tochter des von der Pariser Polizei erschossenen Verbrechers.

Dieses Film-Projekt, so vermuten nun die Kriminalisten, könnte einer der Schlüssel für den Prominenten-Mord sein. Den Beamten liegen Indizien vor, wonach Lebovici Kontakt mit der Pariser Unterwelt aufgenommen habe.

Französische Gangsterbosse aber *stehen in engem Kontakt mit ihren* „Kollegen" in den Vereinigten Staaten. So hatte sich vor einiger Zeit William Zemmour, eines der Mitglieder des gleichnamigen Pariser Gangster-Clans, in Miami niedergelassen – und war dort erschossen worden. Kurze Zeit später starb in Paris sein Bruder Gilbert, ebenfalls durch Kugeln. Für die Pariser Kriminalisten gab es deshalb keine Zweifel über eine Verbrecher-Achse Paris–Florida.

In diese Achse, so heißt es jetzt, könnte sich Gerard Lebovici verstrickt haben. Eine der Vermutungen ist, daß der zwielichtige Filmproduzent ins blühende Geschäft der Video-Raubkassetten einsteigen wollte. Ein Großteil der in Europa illegal angebotenen Kassetten wird durch die amerikanische Unterwelt beschafft. Nach Schätzungen werden allein in Frankreich jährlich für mehr als 200 Millionen Mark Raubkassetten verkauft.

Was die drei Pariser Kriminalisten auf ihrem US-Trip erfahren haben, blieb bisher ihr Geheimnis. Sicher scheint nur zu sein, daß der Mord an Gerard Lebovici vom einfachen Verbrechen immer mehr zu einem Pariser Gesellschaftsskandal wird.

(SAD)



Heute noch Pflichtprogramm für Berlin-Touristen und Kriegsmahnmal: Das Eingangsportal des einstigen Fernbahnhofs. FOTO: E. KASPERSKI

Eine Ruine erwacht aus dem Dornröschenschlaf

Der Anhalter-Bahnhof soll wieder aufgebaut werden

F. DIEDERICHS, Berlin

Die Signale, die an Berlins berühmtester Ruine seit mehr als 38 Jahren von Gestrüpp und Unterholz umwuchert werden, könnten nach dem Willen prominenter Berliner Politiker und Denkmalpfleger schon bald wieder freie Fahrt für Züge in das gesamte westliche Europa geben: An der Spree konzentrieren sich derzeit ernsthafte Überlegungen auf die Vorstellung, die heutige markante Gründerzeit-Ruine des bis 1944 größten europäischem Fernbahnhofs, dem „Anhalter", zu einem repräsentativen und das Stadtbild prägenden Eisenbahn-Drehkreuz wiederzubeleben.

Daß die Berliner, vor allem aber die rund um die Ruine ansässigen Kreuzberger Bürger von einer derartigen Belebung ihres ansonsten „toten Viertels" träumen, verdanken sie den detaillierten Planungen des Berliner Denkmalpflegers und Architekten Peter G. Kliem, der sich des Schicksals des 1944 von Bomben zerstörten und 1960 nahezu völlig abgerissenen Bauwerks annahm. Lediglich die Rundbögen der Eingangsfassaden, Pflichtstation jeder Berlin-Stadtrundfahrt, erinnern heute noch an die zerstörerischen Folgen des Zweiten Weltkriegs.

Der Vorschlag Kliems, das brachliegende Trümmer-Gelände um den ruinierten Porticus wieder für den Schienenverkehr herzurichten, stützt sich auf die unbefriedigende Situation im Eisenbahnverkehr zwischen Berlin und dem übrigen Bundesgebiet. So wickelt sich bislang der gesamte Fernverkehr auf der Schiene über den der „DDR"-Reichsbahn unterstehenden Bahnhof Zoo im Herzen der City ab – ungepflegter und architektonisch abschreckender Ausgangspunkt zu einer Trasse, deren vor mehr als 100 Jahren errichteten Viadukt-Bögen für schnelle, schwere Intercity-Fernzüge nicht gewachsen sind. Seit langem fordern politische Stimmen neue Verhandlungen mit Ost-Berlin, um dem freien Teil der Stadt mit einem neuen Zentralbahnhof bessere, komfortablere und schnellere Anbindungen an das Bundesgebiet zu bieten.

Daß die bisherige Touristen-Attraktion in Kreuzberg für rund 150 Millionen Mark aus dem Dornröschenschlaf geweckt werden und eine verkehrspolitisch hoch bedeutsame Funktion einnehmen könnte, haben Bauexperten dem Berliner Senat und auch der Bundesregierung bereits vorgerechnet. Von der regierenden Berliner CDU sieht momentan deren kulturpolitischer Sprecher Uwe Lehmann-Brauns die „Stimmen für den Wiederaufbau überwiegen", und auch im Bonner Verkehrsministerium fragt man sich derzeit, ob nicht „an gleicher Stelle ein zentraler attraktiver Fernbahnhof im Gewande der alten Architektur, wie in Hamburg oder Frankfurt, wiedererstehen" könnte.

Zusätzlich will eine Aktionsgemeinschaft am 3. Juni bereits den Wiederaufbau in Angriff nehmen: Sie prägt für zehn Mark in alte Klinkersteine des „Anhalter"-Portals den Namen der Spender ein, um mit diesen Steinen dann nach Originalplänen einen eigenen Wiederaufbau zu starten.

Kassenärzte verurteilen Rechnungsbetrug

AP, Münster

Mit großer Entschiedenheit hat sich die Kassenärztliche Vereinigung Westfalen-Lippe von dem Verhalten ihrer Standesgenossen distanziert, die allein in Bochum durch Falschabrechnungen und Rezeptschwindeleien die Krankenkassen um mehrere Millionen Mark betrogen haben sollen. „Mit allen zu Gebote stehenden Mitteln" müßten die Kassenärzte einen Trennungsstrich zu „solchen sogenannten Kollegen" ziehen, forderte der Erste Vorsitzende der Vereinigung Gert Rusche. Es dürfe keinen Zweifel geben, daß nach dem Schuldspruch strenge disziplinarische Verfahren einsetzten, „an deren Ende die Berufsunwürdigkeit" stehe. Die Diffamierung der Ärzteschaft bezeichnete Rusche als unerträglich und warnte vor den Gefahren, die daraus für das Verhältnis zwischen Arzt und Patienten erwachsen könne.

Embryos im Müll

SAD, Milwaukee

Zahlreiche in Säcke verpackte menschliche Föten aus Abtreibungen fanden spielende Kinder im Müllcontainer einer Klinik in Milwaukee im US-Bundesstaat Wisconsin. Die durchsichtigen Plastiksäcke trugen Aufschriften mit den Namen der Patientinnen und dem Datum der Abtreibung. Die Klinikverwaltung erklärte „bedauerlicherweise" habe der beauftragte Fahrer die Säcke in den Müll statt in die Verbrennungsanlage gefahren.

Brummi-Kinder

AFP, Newcastle

Eine Zwölfjährige hat zusammen mit zwei Freundinnen am Steuer eines Lkw halb Nordamerika durchquert. Die drei Mädchen hatten den schweren Lastkraftwagen von Colorado durch Kansas, Missouri, Illinois und Indiana gesteuert, ohne einer Polizeipatrouille aufzufallen.

Drohungs-Archiv

dpa, Stockholm

In 1200 Erpresserbriefen wollte ein Stockholmer Taxifahrer seit Februar vergangenen Jahres Industriebetriebe, Behörden, Botschaften und die Polizei um zusammen eine Milliarde Kronen (rund 340 Millionen Mark) erpressen. Anderenfalls würden 88 Fabriken in die Luft gejagt. Die Polizei fand in der Wohnung des Chauffeurs die Kopien sämtlicher Erpresserbriefe und adressierte Umschläge für die nächste Serie von Drohbriefen.

Zug-Aufprall

dpa, London

Bei einem Zugunglück in einem Londoner Bahnhof sind am Mittwoch 50 Menschen verletzt worden. Nach Angaben der Behörden befinden sich fünf Verletzte in kritischem Zustand im Krankenhaus. Der Vorortzug aus Braintree in der Grafschaft Essex war mit erheblicher Wucht gegen die Puffer am Gleisende geprallt.

Neues Krebs-Mittel?

dpa, Baltimore

Wissenschaftler der Johns Hopkins-Universität haben ein neues Krebsmittel mit dem Namen „Ampligen" vorgestellt. Es aktiviert angeblich gleichzeitig die körpereigenen Abwehrstoffe und stört das Wachstum der Krebszellen. Bei Tierversuchen hat die Universität Erfolgsquoten bis zu 75 Prozent erzielt. Erste Versuche an Krebspatienten zeigten keine gefährlichen Nebenwirkungen. Möglicherweise ist „Ampligen" auch ein erstes Mittel gegen die Krankheit Aids. Die Genehmigung zum Einsatz des Mittels wollen die Wissenschaftler bei der US-Arzenimittelbehörde beantragen.

ZU GUTER LETZT

Eine amerikanische Touristin, die auf einer griechischen Insel eine Villa gemietet hatte, beklagte sich über die nach Landessitte weißgetünchten Wände: „Für soviel Geld, wie wir bezahlt haben, sollten die Räume wirklich tapeziert sein."

WETTER: Einzelne Schauer

Wetterlage: Eine flache Tiefdruckrinne über West- und Mitteleuropa bestimmt mit wolkenreicher, aber milder Meeresluft das Wetter in Deutschland.

Deutscher Wetterdienst 16. Mai 1984, nachm.

Vorhersage für Donnerstag:

Bundesgebiet und Berlin: Teils aufgeheitert, teils stärker wolkig mit einzelnen, zum Teil gewittrigen Schauern. Tageshöchsttemperaturen je nach Sonnenscheindauer 16 bis 21 Grad. Tiefste Temperaturen in der Nacht um 8 Grad. Von Schauerboen abgesehen schwachwindig.

Weitere Aussichten:

Insgesamt freundlich und mild.

Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:

Ort	°C	Ort	°C
Berlin	19°	Kairo	28°
Bonn	12°	Kopenhagen	15°
Dresden	19°	Las Palmas	21°
Essen	14°	London	13°
Frankfurt	17°	Madrid	10°
Hamburg	18°	Mailand	12°
List/Sylt	14°	Mallorca	17°
München	18°	Moskau	24°
Stuttgart	16°	Nizza	11°
Algier	20°	Oslo	11°
Amsterdam	15°	Paris	13°
Athen	22°	Prag	19°
Barcelona	15°	Rom	18°
Brüssel	12°	Stockholm	14°
Budapest	23°	Tel Aviv	21°
Bukarest	22°	Tunis	21°
Helsinki	21°	Wien	18°
Istanbul	22°	Zürich	16°

* Sonnenaufgang am Freitag: 5.27 Uhr, Untergang: 21.11 Uhr, Mondaufgang: 1.00 Uhr, Untergang 7.34 Uhr.
* in MESZ, zentraler Ort Kassel

Ein Prediger der Verständigung wurde ausgebootet

WALTER H. RUEB, Berlin

Im Oktober 1983 versuchten SPD, Alternative, Jusos und Autonome in Berlin aus den angekündigten neonazistischen Aktionen anläßlich eines Fußball-Länderspiels gegen die 120 000 Türken der Stadt politisches Kapital zu schlagen. Jetzt aber wurde der türkische Lehrer Muzaffer Andac von jenen, die sich noch vor wenigen Monaten als Anwälte der deutsch-türkischen Verständigung aufspielten, wegen seiner politischen Gesinnung und Mitgliedschaft in der CDU das Opfer einer SPD-Intrige: Andac verlor seinen Posten als Dozent an der Volkshochschule Neukölln.

„*Die* Volkshochschule Neukölln hat mich entlassen, weil ich Propaganda für den Marxismus verhindern wollte", heißt es in einem Brief des 52jährigen türkischen Lehrers. „Ich wollte, daß meine Schüler durch unseren gemeinsamen Gott selig werden und nicht durch Sozialismus oder Kommunismus."

Ausgerechnet sein ehemaliger Schüler Zafer Ilgar (33) betrieb Andac's Entlassung. Ilgar ist ebenfalls Türke, im Gegensatz zu Andac aber SPD-Mitglied. Andac: „Er wurde schon nach kurzer Zeit Volkshochschul-Leiter in Neukölln. Dafür sorgte der SPD-Klüngel unter Führung bekannter Parteigenossen. Meine Entlassung wurde damit begründet, daß ich den Anforderungen nicht genüge. *Um mich auszubooten,* nahm man sogar Zuflucht zu Tricks mit manipulierten Diktaten. Meine türkischen Landsleute stehen hinter mir, sie wagen aber aus Angst vor Repressalien und Entlassung nicht aufzumucken. Und von einer Klage beim Arbeitsgericht riet mir mein Anwalt ab, weil ich mit der Volkshochschule keinen schriftlichen Vertrag hatte."



Geschaßt aus politischen Gründen? Muzaffer Andac

Andac stammt aus Ostanatolien und ist von Haus aus Uran-Geologe. Er studierte und promovierte in München, arbeitete im Lagerstättenforschungsamt in Ankara und wechselte später an die TU Berlin. In Berlin war er an mehreren Forschungsarbeiten über deutsch-türkische Probleme beteiligt, gab populär-wissenschaftliche Vorlesungen über den Islam und unterrichtete an der Berliner Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege türkisch. Die letzten zwei Jahre war Andac an der Volkshochschule Neukölln als Lehrer bei den „Maßnahmen zur Berufsvorbereitung und sozialen Eingliederung junger Ausländer" eingesetzt. Diese Stelle wurde ihm nun gekündigt.

Einen Bittgang zum Haus von Barbara John, der Ausländerbeauftragten des Berliner Senats für Ausländerfragen unweit des Potsdamer Platzes, der Nationalgalerie und Staatsbibliothek, hat Muzaffar Andac bisher nicht unternommen. Dabei kennt kaum jemand besser als er Barbara Johns Kampagne für ein besseres Zusammenleben von Berlinern und türkischen Mitbewohnern der Stadt. Doch die von Barbara John initiierten Preisausschreiben, Videofilme, Patenschaften mit türkischen Familien und Plakataktionen unter dem Motto „Miteinander leben in Berlin" klingen angesichts des Umgangs mit dem Befürworter des Ausgleichs zwischen Christentum und Islam, zwischen Deutschen und Türken, wie Hohn. Muzaffar Andac aber hat die Hoffnung auf eine Wende in seinem persönlichen Bereich nicht aufgegeben.

Der Mann, der jahrelang für ein besseres Verhältnis zwischen Deutschen und Türken plädierte und sich dafür vorbehaltlos engagierte, wartet jetzt auf ein Engagement der anderen Seite zu seinen Gunsten. Er sagte: „Ich habe der Schul-Senatorin Hanna-Renate Laurien geschrieben und bin sicher, daß mir Gerechtigkeit widerfährt."